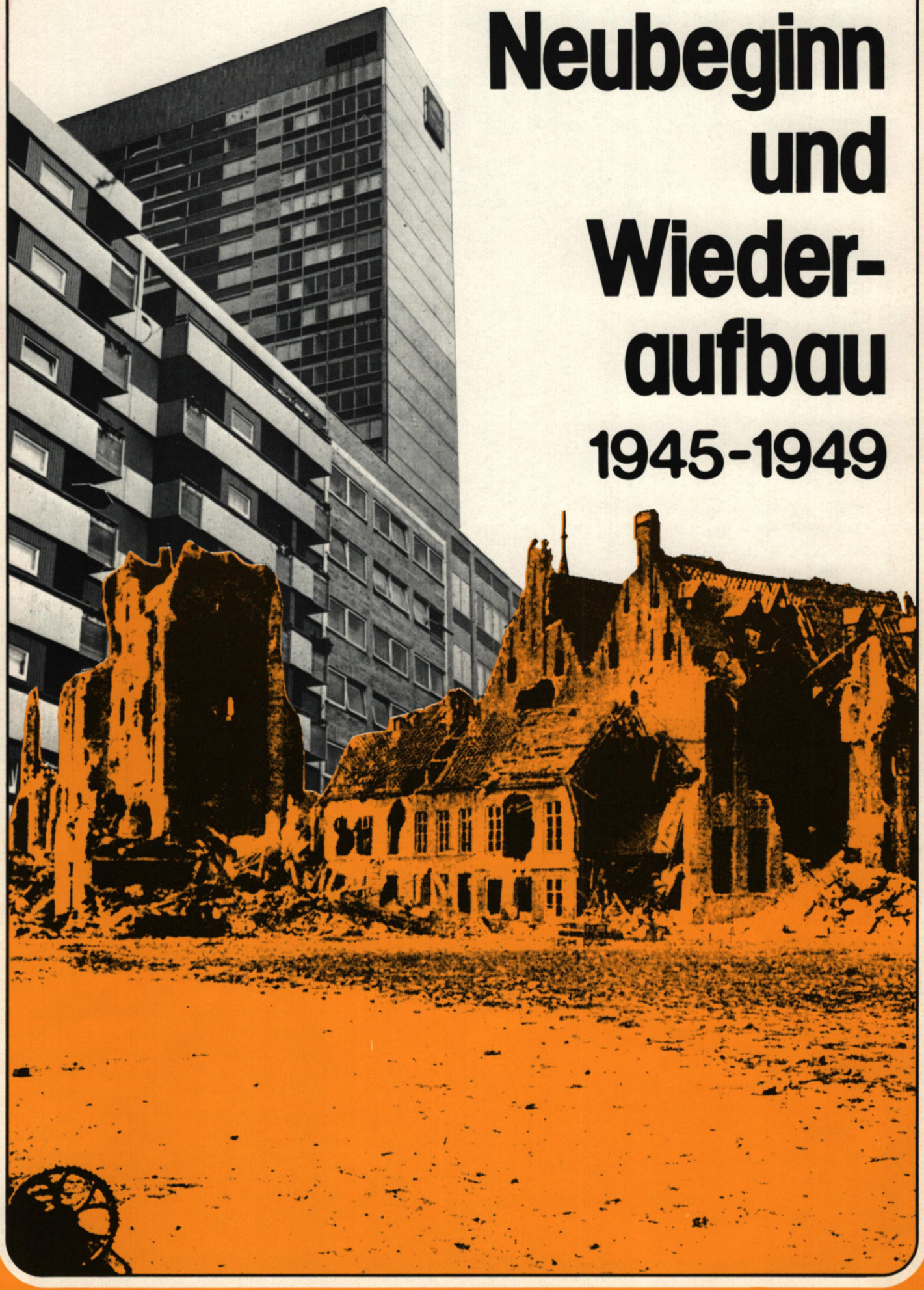
B 6897 F

Neubeginn und Wieder-aufbau 1945-1949



Neubeginn und Wiederaufbau 1945-1949

INHALTSÜBERSICHT Seite

Vorbemerkung

I. Die Ausgangslage
Mai 1945 — die „Stunde Null"? 1

II. Sorgen und Nöte der Bevölkerung 2
1. Die zerstörten Städte 2
2. Die Wohnungsnot 3
3. Flucht und Vertreibung 4
4. Die Suche nach Angehörigen 5
5. Die Ernährungslage 5
6. Der Schwarzmarkt 7
7. Die Hamsterfahrten 9

III. Die Besatzung 10

IV. Der Neubeginn des politischen Lebens 12
1. Aufbau der Verwaltung 12
2. Politische Parteien 13

V. Schuld und Strafe 17
1. Vergangenheitsbewältigung und Kollektivschuldthese 17
2. Entnazifizierung 18

VI. Eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung 19
1. Das Reisen in Deutschland 19
2. Produktion und Demontagen 20
3. Die Währungsreform 21
4. Die soziale Marktwirtschaft 22
5. Die Gewerkschaften 23
6. Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung 24

VII. Die Kirchen 25

VIII. Kultur und Kunst 26
1. Presse, Rundfunk und Film 26
2. Theater, Literatur und Musik 26
3. Jugend, Schule und Studium 27

IX. Bilanz und Ausblick 29
1. Erreichtes und Erhofftes 29
2. Weichenstellungen und prägende Ereignisse 30
3. Verpaßte Chancen? 31
4. Die Nachkriegsgeneration und ihre Erben 32

Literaturhinweise 3. Umschlagseite

Vorbemerkung

Das vorliegende Heft ist eine Ergänzung zu Heft Nr. 224 „Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland" der Informationen zur politischen Bildung. *Während dort die Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in ihren außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen und die Neugründung der politischen Parteien ausführlich dargestellt werden, stehen in diesem Heft der Alltag und die materielle und geistige Situation jener Zeit im Mittelpunkt der Betrachtung. Die vielfältigen Nöte und Probleme, die in den Jahren von 1945 bis 1949 zu bewältigen waren, spiegeln sich in den verschiedenartigsten Dokumenten, Erinnerungen, Beschreibungen und Kommentaren, die zu einem Quellen- und Leseheft zusammengestellt sind.*

Dieses Heft ist nicht chronologisch, sondern nach Sachbereichen gegliedert. Ausgehend von der Perspektive der Betroffenen werden zunächst die elementaren und unmittelbar lebenswichtigen Probleme der Nachkriegszeit dokumentiert (Arbeit, Nahrung, Wohnung, Kleidung). In den nachfolgenden Abschnitten wird dann diese persönliche Perspektive um andere wichtige Lebensbereiche erweitert (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur).

Über dreißig Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen. Fast zwei Drittel aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland haben den hier behandelten Zeitraum nicht oder lediglich als Kinder und Jugendliche erlebt. Wer jünger als vierzig Jahre ist, kann sich heute kaum vorstellen, wie Deutschland in jenen Jahren ausgesehen hat. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich wieder zu einem der wohlhabendsten Länder Europas entwickelt und ist gleichberechtigter Partner anderer europäischer und überseeischer Länder, die Deutschland 1945 besiegten.

I. Die Ausgangslage

Mai 1945 — die „Stunde Null"?

4. Mai 1945. Hamburg, zur offenen Stadt erklärt, war seit gestern in englischer Hand, Lübeck seit vorgestern. Das RAF Bomber Command hatte am 2./3. den letzten Angriff auf Deutschland geflogen: 174 t Bomben auf den Kieler Hafen. Die Masse der deutschen Truppen im mecklenburgischen Raum hatte sich in schweren Kämpfen gegen die Russen auf das Westufer der Elbe und die Linie Schwerin-Wismar durchgeschlagen und sich den Angelsachsen ergeben, die bereits nach Mecklenburg vorgestoßen waren. Die russischen Truppen hatten in Berlin den letzten Widerstand niedergekämpft. Auf den Trümmern des Reichstages wehte die sowjetische Flagge. München war in amerikanischer Hand. An der Donau nahmen amerikanische Verbände Linz und drangen auf Salzburg vor.

Kämpfe auf der Frischen Nehrung, Kampfpause in Kurland. Keine Kampfhandlungen im von deutschen Truppen besetzten Holland, in Dänemark und Norwegen. Die Heeresgruppe in Italien hatte kapituliert. Das Westheer befand sich in Auflösung. Die Armeen in Pommern, Brandenburg und Schlesien setzten sich in Richtung auf die Demarkationslinie ab, die der deutschen Führung als von den Alliierten vereinbartes angelsächsisches Besatzungsgebiet bekannt waren. Und vor der vorrückenden russischen Front die Flut der Millionen Flüchtlinge!

Trees, Wolfgang u. a.: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste), S. 13

RAF = Royal Air Force (Königlich-Britische Luftwaffe)

Am 8. Mai 1945 wurde die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches unterzeichnet. Die vier Alliierten — die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich — übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.

Die Empfindungen der Deutschen waren bei Kriegsende sehr unterschiedlich: sie reichten von der Freude über die Befreiung vom Terror der nationalsozialistischen Herrschaft bis hin zur Angst vor der Rache der Sieger.

Angst und Erleichterung

Wenige Ereignisse haben sich den Menschen so tief und nachhaltig eingeprägt wie die Tage im April 1945, als nach beinahe 6jährigem Krieg die alliierten Truppen den Rhein überschritten und das Land besetzten, das zuvor in einen Trümmerhaufen verwandelt worden war. Mit gemischten Gefühlen hat die Bevölkerung dies alles miterlebt. Die Angst vor dem Krieg in nächster Umgebung war gepaart mit der Erleichterung darüber, daß bald alles zu Ende sein würde; die Freude über das Aufhören der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des totalen Krieges stand neben der Trauer über die erneute und vollständige Niederlage nach Jahren des Leidens. Man stand vor den Trümmern einer politischen Welt, verursacht durch ein Regime, das 12 Jahre lang dem Menschen das Letzte abverlangt hatte. Der Anblick der zerstörten Städte, die Trauer um die Toten, die Sorge um die in der Ferne lebenden Gefangenen, die Ungewißheit über die Vermißten verstärkten die Trostlosigkeit des Augenblicks, die das Schlagwort von der „Stunde Null" aufkommen ließ. In der Tat gab es nichts, was heil geblieben war, und der Aufbau bedeutete nicht einfach nur eine Reparatur des Vorhandenen, sondern vielmehr eine völlige Neubegründung des Daseins. Zunächst freilich ging es in erster Linie um das Überleben, das der „Führer der deutschen Nation" dieser nicht hatte zugestehen wollen, falls sie den Krieg verlor. Was man tat, war von der Notwendigkeit der Stunde diktiert und hat erst allmählich und nachträglich seine geistige Formulierung, seinen politischen Gestaltungswillen gefunden. Aufräumungsarbeiten, Sicherung der Ernährung und Wohnung, Betreuung der Flüchtlinge und Heimkehrer, die Ausführung der Anordnungen der Besatzungsmächte und ihrer Organe waren die praktischen Forderungen des Alltags, denen man sich stellte.

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Karlsruhe 1975 (Generallandesarchiv), S. 12

Ein Gedicht aus dem Jahr 1948 mit einem Katalog von damals utopisch scheinenden, vielleicht nicht immer ernstgemeinten Bedingungen für den Frieden läßt ermessen, wieviel sich seitdem gewandelt hat.

Wann wird das sein?

Wenn in aller Welt die Kinder lachen,
Wenn die Mieten steigen und die Drachen,
Wenn die Ärzte nach Patienten schrein;
Wenn's von Häusern leuchtet:
„Frisch gestrichen",
Wenn man Hüte ablegt, deren Band verblichen,
Wenn der U-Bahn-Nachbar flüstert
„Sie verzeihn".
Dann wird endlich Frieden sein.

Wenn man Silos baut und Lagerschuppen,
Wenn ein Backfisch fragt:
„Was ist das — Truppen"...

Wenn das Zähnezieh'n die größte Pein;
Wenn die Zeitungen von Fettsucht melden,
Wenn nur Sportgewinner große Helden.
Dann wird endlich Frieden sein.

Wenn die Mütter froh die Kinder schwenken,
Wenn die Onkels Neffen Uhren schenken,
Wenn man Wohnung wechselt ohne Schein;
Wenn, wer's Auto kauft, auch selber steuert,
Wenn man Hausrat, der nicht paßt, erneuert,
Wenn man Fleisch hat und lädt Freunde ein.
Aber, Enkelchen, wann wird das sein?

Schnog, Karl, in: Ulenspiegel. Jg. 3, 1948, Nr. 5, S. 2

Nie wieder „normal"

Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als »normal« empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff »normal« die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können. Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.

Der amerikanische General Eisenhower in einer Rede aus Anlaß der Verleihung der Ehrenbürgerrechte der Stadt London (12. Juni 1945) in: Trees, Wolfgang u. a: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste), S. 43

Waren diese Jahre wirklich so lustig?

Auffallend viele Berichte über diese düstere Zeit erzählen von den heiteren Begleiterscheinungen. Da geht es darum, wie man Polizeistreifen narrte oder einfältigen Besatzungssoldaten glitzernden Firlefanz für Kaffee und Zigaretten verkaufte. Auch die Liebe kommt darin vor, die damals nach der Devise „Naturalien gegen Naturalien" gehandelt wurde. Gefälschte Raucher- und Zuckermarken, gute Beziehungen zu einem Vetter auf dem Wohnungsamt, unterschlagene Bezugsscheine ... aus diesen Stoffen wurden die heiteren Geschichten der Schwarzmarktzeit geformt. Viel Galgenhumor steckte dahinter, Spaß am Überleben und die Freude des kleinen Betrügers, wenn er den großen Betrüger übers Ohr gehauen hatte.

Ich habe darüber nie lachen können. Meistens fielen mir rechtzeitig diejenigen ein, für die am Ende nichts zu lachen übrigblieb, die den letzten Goldring schon im Sommer 1946 versetzt hatten und im Hungerwinter 1947 nichts Versetzbares mehr besaßen. An die Kältetoten des Eiswinters habe ich denken müssen und an alte Leute, die nicht mehr die Kraft besaßen, mit dem Rucksack über Land zu reisen. Meiner Belustigung im Wege stand stets auch die Erinnerung an jene Eltern, die ihre letzten Werte zusammenkratzten, um auf dem schwarzen Markt das Wundermittel Penicillin für ihr krankes Kind zu kaufen, und die nur ein wirkungsloses Pulver erhielten. In dem berühmten Film „Der dritte Mann" geht es um diese bitterböse Seite der Schwarzmarktzeit. Kein Zweifel, es war eine ernste Zeit; das Lachen darüber fing erst an, als sie vorbei war.

Surminski, Arno: Einleitung. In: Grube/Richter: Die Schwarzmarktzeit. Hamburg 1979 (Hoffmann und Campe), S. 7

II. Sorgen und Nöte der Bevölkerung

Köln 1945.

1. Die zerstörten Städte

Trampelpfad am Kölner Dom

Ich bin über einen Trampelpfad geschlichen, der vom Dom wegführte irgendwohin in eine Wüste aus Schutt, und habe erst hinterher erfahren, daß es die Hohe Straße war, das Zentrum des Kaufens und Verkaufens. Ich habe auf Schotter und Eisenträgern gestanden, habe mich in den Staub des Denkmals Jan von Werths gesetzt und nicht wahrhaben wollen, daß dies einst der Alter Markt war, auf dem der Karneval begann. Ich habe hinter den Resten des Spanischen Baus den Rathaussaal gesucht und nicht gefunden. Ich habe mich umgedreht und von überall her den Dom in seiner ganzen Größe gesehen und immer ganz nah. Denn da war nichts, was den Blick hinderte. Da waren nur Trümmer, nur schmale Schornsteine, nur entlaubte Baumstrünke, nur leere Fensterhöhlen in Fassaden, hinter denen kein Haus stand. Dies war eine eingewalzte Stadt, die keine mehr war.

Schallück, Paul: Köln. Aus: Drewitz, Ingeborg (Hrsg): Städte 1945. Köln 1970 (Eugen Diederichs) S. 71

Großangriffe auf 131 deutsche Städte

131 deutsche Städte waren während des Krieges durch Großangriffe aus der Luft betroffen worden. Die Statistik nennt 29 auf Berlin, 21 auf Braunschweig, 19 auf Ludwigshafen und Mannheim, je 18 auf Kiel, Köln und Frankfurt am Main, je 16 auf Hamburg und Münster, je 15 auf Koblenz und Hamm und je 11 auf Hannover und Magdeburg. Allein die britische Luftwaffe ließ mit 400 000 Flügen eine Million Bomben auf gegnerisches Gebiet niedergehen, zwei Drittel davon auf Deutschland. Über ein Fünftel wiederum davon waren Brandbomben. Die beiden Nachtangriffe vom 13. Februar 1945 durch die Lancaster-Bomber der RAF und der anschließende Tagesangriff durch die 8. USAAF auf das mit Flüchtlingen überfüllte Dresden war der furchtbarste Schlag des ganzen Krieges gegen die Zivilbevölkerung. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht zu ermitteln. Mindestens 35000 Menschen, so die wahrscheinlichste Schätzung, kamen um.

Als die alliierten Truppen auf deutsches Gebiet vorrückten, griffen die anglo-amerikanischen Flieger in die Erdkampfhandlungen ein. Vom 1. Januar bis zum 26. April 1945 wurden auf das Reichsgebiet 404 Angriffe geflogen, 137 bei Nacht, 267 über Tag. Tiefffliegerangriffe hatten den Eisenbahnverkehr, die Kanalschiffahrt, das Nachrichtennetz und die Versorgung nahezu lahmgelegt und auch der Bevölkerung hohe Verluste zugefügt.

Trees, Wolfgang u. a.: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste), S. 51

RAF = Royal Air Force (Königlich-Britische Luftwaffe)
USAAF = United States of America Air Force (Amerikanische Luftwaffe)

Brief eines Schriftstellers

Unser Tag beginnt um ½6 Uhr, wir werden dann durch unsre Mitbewohner geweckt, die ohne es nötig zu haben, vor lauter Übermut um diese Zeit aufstehn. Von 8 bis 3 Uhr halte ich im Geschäft aus, — erst ab 3 Uhr gehn die Verkehrsmittel wieder, — bin dann aber auch so erfroren, zumal ich nur zwei Scheiben trockenes Brot mitnehmen kann, daß ich kaum mehr gehen kann. Und dann beginnt ein harter Kampf um die U-Bahn. Inzwischen hat meine Frau morgens Stunden gegeben, eilt mittags eine Stunde weit, um das Essen aus der Volksküche zu holen, worauf wir mangels Gas, Elektrizität und Kochgelegenheit angewiesen sind, obwohl die meisten Lebensmittelmarken dabei drauf gehn, und die notwendigsten Besorgungen sind erledigt. Gegen 3 Uhr macht sie auf der Brennhexe unser Essen warm, dadurch wird das Zimmer ein wenig verschlagen. Nach dem Essen gibt es für mich immer zu handwerkern oder Holz zu verkleinern etc. Zwischen 5 und 6 Uhr versuche ich zu schlafen, um einen Vorhang vor den bisherigen Tag zu ziehen und die fehlenden Kalorien gleichzeitig zu ersetzen. Später nehmen wir noch etwas Teeartiges und einen kleinen Imbiss zu uns, und sitzen uns dann, wenn nicht gerade Besuch verabredet ist, arbeitend bei 15 Watt-Kerze gegenüber. Um 10 Uhr heult die Sirene 3 mal, um 10¼ zweimal und 10½ einmal; dann ist, wie es hier heißt ,,curfew'', also Ausgehverbot. Ich selber sitze meist in Decken gehüllt noch bis 1 Uhr auf, um dann erfroren ins Bett zu kriechen. Für einen Mann, der gewohnt ist, beim Schaffen im Zimmer auf und ab zu wandeln, sind diese Decken ein ärgerliches Problem. Da haben Sie ein Durchschnittsleben.

Hans-Erich Nossack in einem Brief vom 30. November 1945 an Hermann Kasack, in: Zeller, Bernhard: Als der Krieg zu Ende war. München 1973 (Kösel) S. 91

2. Die Wohnungsnot

Etwa 400 Millionen Kubikmeter Schuttmassen lagen 1945 auf Deutschland. Es wurde geschätzt, daß der Wiederaufbau etwa ein halbes Jahrhundert dauern werde. Fast 5 Millionen Wohnungen waren ganz oder teilweise zerstört. Die ausgebombte Bevölkerung war notdürftig in Kellern oder Barakkenlagern untergebracht. Die große Zahl der zu versorgenden Flüchtlinge und Vertriebenen vergrößerte noch die Wohnungsnot. Schließlich war noch in vielen Städten die Versorgung mit Energie (Strom, Gas) und Wasser zusammengebrochen.

Trümmerbeseitigung

Männer von 14 bis 65 und Frauen von 15 bis 50 Jahren unterlagen der von den Alliierten erlassenen Arbeitspflicht. Ob früher Nazi oder nicht — jedermann wurde eingespannt, um den Trümmerschutt beiseite zu räumen. Jeder gesunde Mann mußte mit Hand anlegen, wenn er seine Essensrationen erhalten wollte. Kleine Schulungszentren wurden in aller Eile aufgebaut, um Frauen notdürftig darauf vorzubereiten, wie man als Zimmermann, Klempner, Anstreicher oder Elektriker arbeitet.

Trees, Wolfgang u. a.: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste), S. 89

Die Hauptlast der gesamten Arbeit aber trugen die inzwischen legendär gewordenen Trümmerfrauen. Millionen von Ziegelsteinen säuberten sie Stück für Stück mit der Hand von Mörtel und Zement und bereiteten sie damit für die erneute Verwendung vor.

Kein Zuzug nach Hamburg

Hier eine 40jährige Frau, ärmlich gekleidet, ein bäuerliches Kopftuch um das früh ergraute Haar: ,,Ich bin Hamburgerin und möchte wieder zu Hause wohnen.''
,,Wo wohnen Sie jetzt?''
,,In Hamburg.''
,,Wo wohnen Sie in Hamburg?''
Die Frau zuckt die Schultern. Kurzes Schweigen. Dann beginnt sie von neuem.
,,Ich bin aus der russischen Zone gekommen. Aber ich bin Hamburgerin. Hier geboren.''
,,Welches Lager haben Sie durchlaufen, als Sie aus der russischen Zone kamen?''
,,Goslar.''
,,Warum wollen Sie nicht sagen, wo Sie jetzt in Hamburg wohnen?''
,,Ich wohne auf einem Kahn. Üble Zustände. Es geht so nicht weiter.''
,,Wann haben Sie vordem in Hamburg gelebt?''
Die Frau weist auf ihre Papiere: ,,Ich bin im August 1939 von Hamburg nach Prenzlau gezogen. Ich hatte mich dorthin verheiratet.''
,,Wo lebt ihr Mann?''
Als Antwort kommt die Frage: ,,Ob er wohl noch lebt, mein Mann?''
Der Beamte: ,,Sie können nicht in Hamburg bleiben. Sie sind zu früh weggegangen damals. Sie gingen im August. Aber der 1. September 1939 ist der Stichtag.''
Die Frau, den Tränen nahe: ,,Wo ist da der Unterschied? Doch nur ein paar Tage Differenz! Und ich bin doch Hamburgerin, hier getauft und aufgewachsen!''
,,Wohin wurden Sie von Goslar aus eingewiesen?''
,,In die Gegend von Uelzen!''
Der Beamte mit der Stimme eines Arztes, der in einem unabänderlichen Fall trösten möchte und doch sachlich bleiben muß:
,,Sie müssen in die Gegend von Uelzen zurück. Ich habe meine Vorschriften. Hamburg ist gesperrt. Oder — sind Sie ein Mangelberuf ...?''

Müller-Marein, Josef: Deutschland im Jahre 1. Hamburg 1968 (Christian Wegner Verlag) S. 34/35

Trümmerfrauen in Berlin.

3. Flucht und Vertreibung

Mehr als 12 Millionen Deutsche mußten in der größten Massenzwangswanderung der Neuzeit ihre Heimat im Osten und Südosten Europas verlassen. Häufig erreichten sie den Westen Deutschlands ohne Geld und persönliche Habe. Sie wurden zunächst entweder in Dörfern auf dem Land oder in Lagern untergebracht. In den Hauptaufnahmeländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern wurden die Notunterkünfte oftmals zu einem Dauerzustand über Jahre hinweg. Die soziale und berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen warf viele Probleme auf. Noch über 1949 hinaus waren die Vertriebenen in der Gesellschaft eine benachteiligte Gruppe.

Eine Halle — 190 Menschen

In dem oberbayerischen Ort Weilheim leben 190 Vertriebene zusammengepfercht in einer Viehauktionshalle. Die meisten stammen aus dem Sudetenland. Als sie 1946 in den Ort kamen, wurde ihnen die Halle als Durchgangslager zugewiesen. Inzwischen aber ist sie längst zum Daueraufenthalt geworden. Seit nahezu drei Jahren leben sie hier, fast ohne Arbeitsmöglichkeit. Nur achtzehn Männer und Frauen sind zur Zeit beschäftigt. Die übrigen versuchen, sich durch Heimarbeit einen kleinen Verdienst zu schaffen. Sie schnitzen Spielzeug, flechten Körbe oder machen Handarbeiten. Für alle, die ohne feste Arbeit sind, gibt es eine monatliche Unterstützung von vier bis acht Mark. Dazu kommen in letzter Zeit rund acht Mark im Monat Zusatzunterstützung zum Erwerb nichtbewirtschafteter Waren. Essen und Wohnen sind frei. Aber von dem ,,wohnen'' im üblichen Sinne kann man trotz der mustergültigen Sauberkeit, auf die die Vertriebenen selbst sehen, nicht sprechen. Seit 1946 kämpfen sie um eine menschenwürdige Unterbringung, aber erst jetzt ist das Interesse der Einheimischen dafür erwacht. Man befürchtet nämlich die Abwanderung der Viehmärkte, wenn die Halle nicht bald wieder frei wird. Ironie des Schicksals: erst der Sorge ums liebe Vieh verdanken die Menschen die Aussicht auf ein besseres Leben.

Aus „Sie" vom 1. Mai 1949

Ein Flüchtlingsschicksal

Frau Juliane Moser, Frau des vermißten Oberstudiendirektors Moser aus Kaliningrad (früher Königsberg in Preußen) verlor auf der Fahrt von Rauschen, wohin sie nach dem Septemberangriff 1944 aus Königsberg geflohen war, ein dreijähriges Kind auf dem offenen Kohlenwagen durch Erfrieren. Bei ihrer Schwester in Berlin wurde sie nach dem Einrücken der Russen in Gegenwart ihrer zwölfjährigen Tochter elfmal vergewaltigt und durch einen Pistolenschuß an der linken Schulter erheblich verletzt. Im Juli 1945 kam sie in ein kleines Dorf im Odenwald. Mit einem verstörten Kind, einem gehetzten Herzen, schwanger von der Vergewaltigung. Im Februar 1946 bringt sie ein Kind zur Welt, das nach sieben Stunden stirbt. Sie arbeitet bei dem Bauer Johann Grieser IV täglich elf Stunden, hat eine Kammer, trägt Holzschuhe mit dicken Sohlen. Spricht im Arbeitsgang kein Wort, sieht aus wie 50, und ist 34 Jahre alt. Sie verdient sieben Mark, bei 26 Arbeitstagen im Monat. Weil sie Lohnsteuer nicht bezahlte, wurde ihr der Pelzmantel gepfändet. Sie will nicht mehr leben und tut es doch, weil sie die Tochter hat, die sie schweigsam betrachtet, als wäre sie ein Wunder. Die verhaltene Zärtlichkeit der Ostdeutschen hilft der Mutter vielleicht doch einmal über diese Zeit.

Rümelin, Hans A. (Hrsg): So lebten wir ... Ein Querschnitt durch 1947. Willsbach (Württemberg) 1948, S. 14

Die Bevölkerung in den Ländern der westlichen Besatzungszonen 1939 und 1946 (Gebietsstand 13. 9. 1950)

Besatzungszone Land	Wohnbevölkerung 17. 5. 1939	 29. 10. 1946	Zu- bzw. Abnahme in vH
Britische Zone:			
Schleswig-Holstein	1589,0	2573,2	+61,9
Hamburg	1711,9	1403,3	—18,0
Niedersachsen	4539,7	6227,8	+37,2
Nordrhein-Westfalen	11934,4	11682,6	— 2,1
US-Zone:			
Bremen	562,9	484,5	—13,9
Hessen	3479,1	3973,6	+14,2
Württemberg-Baden	3217,4	3583,1	+11,4
Bayern	7037,6	8738,4	+24,2
Französische Zone:			
Rheinland-Pfalz	2960,0	2740,9	— 7,4
Baden	1229,7	1182,0	— 3,9
Württemberg-Hohenzollern	1075,9	1104,5	+ 2,7
Zusammen	39350,2	43978,3	+11,8

Einschließlich Kreisflüchtlingslager, jedoch ohne alle anderen deutschen Lagerinsassen (Kriegsgefangene, Internierte usw.) sowie ohne Insassen von DP-Lagern.

(aus: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952)

Die Eingliederung der Vertriebenen

— Von den früheren Gutsbesitzern und Bauern gelang es kaum einem, seinen Beruf wieder aufzunehmen, d. h. einen landwirtschaftlichen Betrieb selbständig zu führen. Denn der Grundbesitz in Westdeutschland wurde weder durch staatliche Maßnahmen umverteilt, noch war er in der Regel für die Flüchtlinge käuflich erwerbbar.

— Die Kaufleute und Unternehmer unter den Vertriebenen wurden zum großen Teil wieder unabhängig, nicht zuletzt deswegen, weil sie wegen ihres guten Rufes Kredit erhielten und/oder an alte Geschäftsbeziehungen anknüpfen konnten.

— Auch viele Handwerker konnten sich in ihrem alten Beruf durchsetzen, nachdem der Streit um ihre Zulassungsberechtigung zu ihren Gunsten entschieden worden war.

— Relativ reibungslos ließen sich in die westdeutsche Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur jene Berufsgruppen eingliedern, die nicht auf Produktionsmittel angewiesen sind, insbesondere die Angehörigen der freien Berufe sowie die öffentlichen Angestellten und die Beamten.

— Dagegen mußten die Angestellten in privaten Unternehmen, vor allem die kaufmännischen Angestellten, oft eine gehaltsmäßige und soziale Deklassierung hinnehmen.

— Hart getroffen durch die Vertreibung wurde schließlich auch die Masse der Arbeiter. Mit der Heimat büßte diese Berufsgruppe alle Ersparnisse und ihren ohnedies bescheidenen persönlichen Besitz ein. Da die Flüchtlinge unter den Arbeitern die undankbarsten und am schlechtesten bezahlten Stellen annehmen mußten (sie waren beispielsweise auch unter den Saisonarbeitern überproportional vertreten), fristeten sie nicht selten ein Leben hart am Rande des Existenzminimums.

Waldmann, Peter: Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft. In: Becker, Josef u.a.: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1979 (W. Fink) S. 179/180

Menschen auf der Flucht.

Wir leben noch.

4. Die Suche nach Angehörigen

Ursprünglich waren es 630 Kinder, die auf der Flucht aus dem Osten Deutschlands nicht nur ihre Eltern, sondern auch ihren Namen verloren hatten. 330 Kinder haben ihren Namen wiedergefunden, unter ihnen sind 230, die obendrein auch noch ihre Eltern wiederfanden. Dies danken sie dem Suchdienst des Roten Kreuzes, der in Hamburg und in München Zentralstellen unterhält: Zimmerfluchten, deren Hauptinhalt Kartotheken sind.

Der Suchdienst haust in Hamburg-Altona in einem weitläufigen Gerichtsgebäude. 660 Angestellte arbeiten hier in zwei Schichten. Richtet man das Wort an sie, so erwidern sie gern mit Zahlen: Die Namen von 15 Millionen Ostvertriebenen sind in Westdeutschland bekannt. Desgleichen von dreieinhalb Millionen Wehrmachtvermißten. Unter ihnen waren zehn Millionen, die von anderen Menschen gesucht wurden: Aufenthalt unbekannt! Vier Millionen Menschen sind bisher mit Hilfe der Kartei gefunden worden. Aber mehr als zwei Millionen Menschen ohne Adresse fanden ohne Hilfe des Suchdienstes ihre Angehörigen wieder oder wurden von diesen wiedergefunden. „Es bleiben also knapp vier Millionen Menschen, die noch gesucht werden; darunter sind mehr als eineinhalb Millionen Wehrmachtvermißte", sagte ein Mitarbeiter des Suchdienstes.

Müller-Marein, Josef: Deutschland im Jahre 1. Hamburg 1968 (Christian Wegner Verlag) S. 277/278

Vermißtenanzeigen

Stalingrader! Wer von euch kann Auskunft geben über Erich Plünnecke an seine Eltern R. Plünnecke, Wilmersdorf, Livländische Str. 16

Gesucht wird **Karl Obst von Werner und Charlotte.** Bitte sofort melden.

Schütze **Karl Heinz Hoven** war im April 1945 in Oranienburg bei Berlin. Wer kann Auskunft geben über den jetzigen Aufenthaltsort? Unkosten werden erstattet! Vera Gornig, Berlin-Steglitz, Plantagenstr. 6

Wer weiß etwas über den Verbleib meines Sohnes: Panzergrenadier **Peter Brauns.** Am 30. 3. OB-Schule für Panzergrenadiere, 1. Ko., Jena-Zwätzen? Eva Brauns, Bln.-Steglitz, Schöneberger Str. 86 I

Wo ist unser **Willi? Arbeitsmann** am 31. 3. 1945 im Auffanglager Lüneburger Heide. Frieda Hinze, O 17, Friedrichsfelder Str. 42

Wer kann mir Nachricht von **Waldenburg i. Schles.** geben oder nimmt von hier Brief nach dort mit? Schilpert, Bln.-Zehlendorf, Gartenstr. 15

Wer kann Nachricht geben über den Aufenthalt meines Sohnes **Hans-Joachim Lüßen,** geb. am 19. 12. 1928 Aurich/Ostfrld. War bis z. 16. 4. 45 Ar-

Vermißtenanzeigen, in „Der Berliner" vom 30. August 1945. Italiaander, Rolf u.a.: Berlins Stunde Null 1945. Düsseldorf 1979 (Droste) S. 106

5. Die Ernährungslage

Die wichtigste Aufgabe bei Kriegsende war zunächst die Sicherstellung der Ernährung. Die bereits während des Krieges eingeführte Zuteilung der Lebensmittel wurde beibehalten. In den Nachkriegsjahren erhielt ein Erwachsener in Deutschland zwischen 900 und 1300 Kalorien täglich. Der Mensch benötigt pro Tag jedoch 2200 Kalorien als Mindestmenge. Der Hunger wurde zum Hauptproblem der Bevölkerung, das sich im äußerst kalten Winter 1946/47 katastrophal zuspitzte.

Erst im Laufe des Jahres 1949 wurde der Hunger für die meisten Deutschen besiegt. Anfang 1950 wurden die letzten Lebensmittelkarten ausgegeben.

Bezugscheine und Schwarzer Markt

Die Ernährungswirtschaft nach dem 2. Weltkrieg war ein komplexes System, das vom Erzeuger über den Verteiler bis zum Verbraucher reichte. Obwohl in sich geschlossen, läßt es sich doch in zwei Bereiche untergliedern: das Bewirtschaftungssystem, das vor allem die Landwirtschaft betraf, und das Rationierungssystem, das die Verbraucher mit Lebensmitteln versorgte. Mittels Bewirtschaftungsvorschriften wurden der Landwirtschaft Anbau- und Ablieferungsauflagen gemacht, wobei von entscheidender Bedeutung war, in welchem Umfang Regierung und Verwaltung ihre Anordnungen durchsetzen konnten. Die möglichst vollständige Erfassung des landwirtschaftlichen Ertrages war das non plus ultra der Ernährungswirtschaft. Ihre andere Seite war das Rationierungssystem mit dem Ziel einer möglichst gleichmäßigen Versorgung aller Verbrauchergruppen mit den vorhandenen Lebensmitteln. Dazu kann anhand der Quellen ein fast lückenloser Überblick über die den einzelnen Verbrauchern zugeteilten Lebensmittelrationen gegeben werden. Es muß aber schon hier der Gefahr vorgebeugt werden, diese Rationen mit dem tatsächlichen Verbrauch gleichzusetzen, hat es doch nach dem 2. Weltkrieg nicht ein, sondern zwei ernährungswirtschaftliche Verteilungssysteme gegeben: das offizielle, das die Lebensmittel mittels Bezugscheinen grammweise an die Verbraucher verteilte und jedem eine Mindestmenge garantierte. Daneben gab es das illegale Verteilungssystem, den sogenannten Schwarzen Markt, der sich hinsichtlich Preis bzw. Tauschwert an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte, von den Behörden verfolgt wurde, aber dennoch funktionierte und den meisten Menschen das Leben gerettet hat.

Das Gemüsebeet am Brandenburger Tor.

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Boppard 1980 (Boldt), S. 4

Warum gab es (fast) nichts zu essen?

Das schlimmste war der Mangel an Dünger für die ausgezehrten Böden. Im Wirtschaftsjahr 1945/46 konnten der Landwirtschaft nur etwa 10 v. H. des normalen Bedarfs an Stickstoff, Kali und Phosphorsäure zugeteilt werden. Auch 1946/47 ist der Düngerbedarf nur zu 30—50 v. H. gedeckt worden. Dazu kamen der Verlust und die Überalterung von Maschinen und Geräten, die Schwierigkeiten der Neubeschaffung, der Mangel an Saatgut, an Treibstoff, Bindegarn, Handwerkszeug und Schädlingsbekämpfungsmitteln, die Viehverluste, das Fehlen von Kraftfutter, die Zerstörung und Beschädigung von Gebäuden und der Mangel an Baustoffen.

Zunächst machte sich auch der Ausfall der erfahrenen Arbeitskraft der noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen stark fühlbar; die zwangsweise einquartierten Flüchtlinge bedeuteten zunächst oft weniger einen Ersatz als eine Mehrbelastung. Sie brauchten eine gewisse Zeit der Eingewöhnung, bevor sie ihre später vielfach so entscheidende Bedeutung für die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften gewannen. Schließlich stand die gesamte Agrarproduktion unter den Auswirkungen der allgemeinwirtschaftlichen Kriegsfolgen: der Unterbindung des interzonalen Austausches, der Lähmung des Verkehrs, der reduzierten Industrieerzeugung, der Geldentwertung und der übermäßigen Besteuerung.

Schlange-Schöningen, Hans: Im Schatten des Hungers. Hamburg 1955 (Paul Parey) S. 25/26

Hungerrationen

Ehemann: „Was gibt es heute zu essen?"
Frau: „Kartoffeln!"
Ehemann: „Und was dazu?"
Frau: „Gabeln!"

Kartoffeln bildeten den Hauptbestandteil der Nachkriegsernährung, um die Kartoffeln kreiste das Denken der Menschen. Ohne die im großen und ganzen gelungene Versorgung mit 2—3 Ztr. pro Kopf hätte die Bevölkerung nicht überlebt. Brot war der andere Hauptbestandteil der täglichen Nahrung, doch konnte die für notwendig erachtete Menge von 300 g/Tag nicht in allen Regierungsbezirken ausgegeben werden. Brot war stets knapp. Um mit der vorhandenen Menge auszukommen, haben die Mütter in besonders kritischen Wochen die tägliche Ration auf dem Rücken des Brotleibes eingekerbt und die Scheiben abgewogen. Wurde das Maß überschritten, herrschte in den nächsten Tagen bitterer Hunger.

Gegenüber Kartoffeln und Brot traten alle übrigen Lebensmittel anteilmäßig weit zurück. An Fleisch standen monatlich 300—400 g zur Verfügung, das tägliche Mahl war mit Ausnahme von 2—3 Sonntagen fleischlos. Wurst fiel als Brotbelag fast vollkommen aus. Statt dessen behalf sich die Bevölkerung mit eingedickten Obstsäften. Besonders groß war der Mangel an Fetten (Butter, Öl, Margarine). Die monatlichen Rationen von 200-300 g, die Schmelz- und Streichfette einschlossen, haben den Bedarf auch nicht annähernd gedeckt. Butter konnte lediglich an Kinder und Kranke

Lebensmittelkarten.

regelmäßig ausgegeben werden, während Erwachsene meist mit Öl, Margarine und Sparfett vorlieb nehmen mußten.

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Boppard 1980 (Boldt), S. 109

Normalverbrauchers Wanderlied

Wem Gott will rechte Gunst erweisen,
Den schickt er in die weite Welt,
Allwo er zu verrückten Preisen
Vielleicht ein Hühnerei erhält.
Nicht jedem ist dies Glück beschieden,
Schon mancher zog voll Hoffnung aus
Und kam dann doch im Abendfrieden
Als Wandrer ohne Ei nach Haus.
Man muß indes sein Heil versuchen,
Ob man zu Fuß läuft oder fährt.
Ein sanft gebräunter Eierkuchen
Ist fünfzig Kilometer wert!

Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts. Köln/Berlin 1954 (Kiepenheuer & Witsch) Band 2, S. 26

Die Familie in der Not

Die Notlage hat das Familienleben in hohem Maße belastet. Dennoch wuchs bei den meisten Familien die Solidaritätsbereitschaft und lebte das Gemeinschaftsgefühl neu auf; man rückte näher zusammen. Bei anderen führte die Not zu schweren Krisen und stärkte vielfach den Fluchtwillen einzelner Familienmitglieder, vor allem der Ehemänner und der größeren Kinder.Die Ernährungsfrage war die Mitte der materiellen Existenzkrise, um die sich Wohnungsnot, Kleidermangel und fehlendes Heizmaterial als zusätzliche Sorgen scharten.
Wenn zwei oder noch mehr Wohnparteien in einer Wohnung zusammenlebten und die Küche gemeinsam benutzten, wie dies in den zerbombten Städten sehr häufig der Fall war, ergaben sich daraus zahlreiche Reibungsflächen, die an den Nerven zehrten. Schlimmer noch als der Kleidermangel, gegen den man sich mit umgearbeiteten Uniformen, Fahnen und Decken helfen konnte, wirkte sich das Fehlen von Schuhzeug aus. Vielfach mußten Mütter ihre Kinder im Winter von der Schule fernhalten oder sie in die Schule tragen. In dem milden Winter 1945/46 hatten noch hinreichend Kohlen und reichlich Trümmerholz zur Verfügung gestanden; im folgenden strengen Winter 1946/47 waren diese Quellen einerseits weitgehend versiegt, und andererseits sanken die Temperaturen in den Wohnungen in einem solchen Maße ab, daß Familien aus Verzweiflung Möbelstücke verheizten. Zu den materiellen Problemen kamen noch seelische, vor allem die Sorge um die in Gefangenschaft befindlichen bzw. vermißten Ehemänner und Söhne oder die drückende Last anstehender Entnazifizierungsverfahren.

Das war das Spannungsfeld, in dem sich das Familienleben bewegte. Wie haben die Familien auf die Herausforderung reagiert? Wenn sich jeder nach der Decke strecken muß, um zu überleben, drängen egoistische und querulantische Neigungen nach oben und überlagern vorhandene soziale und gemeinschaftsbewußte Züge. Der Hunger macht die Menschen gereizter, aggressiver und selbstsüchtiger. Wo den Familien die Selbstkontrolle weniger gelang, wurden Streit und Zank zur Dauererscheinung . . .

Ebensosehr wurden die heranwachsenden Kinder von der Ernährungskrise betroffen. Meist haben diese Kinder eine frühreife Verantwortungsbereitschaft entwickelt und die Mutter durch Holzsuchen, Hamstern und Schwarzhandel tatkräftig bei der Bewältigung der Ernährungskrise unterstützt; aber oft wuchs in ihnen auch der Fluchtwille, um dem tristen Alltag des Familienlebens zu entgehen. Dies barg stets die Gefahr sexueller Verwilderung in sich.

Auf den Schultern der Hausfrauen und Mütter ruhte die Hauptlast der Ernährungskrise. Ob das Familienleben weiter funktionierte, hing meist von der Kraft und Duldungsfähigkeit der Frauen ab. Sie beschafften, verteilten und kontrollierten die Lebensmittel und trugen damit die ganze nervliche und seelische Belastung, die mit der Ernährungskrise verbunden war. Die Gefahr, zum Prellbock unzufriedener und hungernder Familienmitglieder zu werden, war groß.

Meist konnten die Kinder und der Ehemann nur dadurch halbwegs zufriedengestellt werden, daß die Mutter auf einen Teil der ihr zustehenden Rationen verzichtete. Zwar können Frauen physiologisch mit einem geringeren Kaloriensatz auskommen, aber die körperliche Belastung der Frauen war, wenn man die langen Hamsterfahrten, die Holzsuche und das aufreibende Schlangestehen vor den Lebensmittelgeschäften bedenkt, sehr viel höher als in Normalzeiten. Die Hausfrauen und Mütter waren das letzte Glied in der Ernährungskette und haben physisch und seelisch die schwerste Last getragen.

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Boppard 1980 (Boldt), S. 166/167

Die Schöne und die Care-Pakete

In der Sparte der Heiratsanzeigen einer norddeutschen Zeitung sucht eine 28jährige Schöne einen Partner fürs Leben. Sie hat auch etwas zu bieten: eine Zweizimmer-Wohnung und monatlich zwei Care-Pakete! Sie brauchte ihre Schönheit und ihr häuslich anschmiegsames Wesen durch kein Photo zu dokumentieren. Der Erfolg des Inserates sprach für sich: Sie bekam 2437 Heiratsanträge.

Pressemeldung aus dem Jahr 1948

Deutschland konnte sich nur noch zur Hälfte mit Nahrungsmitteln versorgen. Es war auf die Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Die Amerikaner und Engländer führten Lebensmittel ein, internationale Hilfsorganisationen und Privatpersonen, vor allem in den USA, linderten die schlimmste Not durch Geschenksendungen, die Care-Pakete, nach Deutschland.

CARE ist die Abkürzung für Cooperative for American Remittances to Europe (etwa = Vereinigung für amerikanische Hilfssendungen nach Europa), zugleich bedeutet das Wort „für jemanden sorgen".

Dank des Kardinals Frings

„Wieviele tausend unschuldige Kinder sind vor Siechtum, ja vor Tod bewahrt worden durch die systematischen Kinderspeisungen! Wieviele Kranke haben Arzneien und Stärkungsmittel erhalten, sei es durch CARE-Pakete, sei es durch Sendungen im großen! Wieviel Hungernde und Darbende haben sich einmal satt essen, eine Tasse echten Kaffee trinken, einen Riegel Schokolade genießen können? Wieviele Frierende haben sich kleiden können, wieviel werdenden Müttern ist die Sorge abgenommen worden, worin sie ihre Kinder einwickeln sollten! Wieviel heimatlos gewordenen, wieviel aus Gefangenschaft Heimkehrenden konnte eine erste Gabe gereicht werden ... Herzinniger Dank sei all den Guten gesagt im Namen Christi, der in den Armen beschenkt wurde!"

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Boppard 1980 (Boldt), S. 151

6. Der Schwarzmarkt

Bedingt durch die hohen Ausgaben für die Kriegsrüstung gab es in Deutschland zu viel Geld im Umlauf und zu wenig Konsumgüter. Die Reichsmark war als Zahlungsmittel fast wertlos geworden. Man tauschte Ware gegen Ware. Zigaretten ersetzten das Geld als Währung. Es bildete sich ein eigener Markt heraus, auf dem Güter zu ihrem tatsächlichen Wert gehandelt wurden: der Schwarzmarkt. Obwohl das Schwarzhandeln verboten war und die Polizei scharf kontrollierte, konnte es nie vollständig unterbunden werden. Auf dem Schwarzen Markt war für entsprechende Gegenwerte fast alles zu haben.

Die pure Not trieb manchen zu illegalen Handlungen: zusätzliche „Versorgungsquellen" waren das Hamstern, die Veruntreuung, der Diebstahl und der Schmuggel.

Schwarzmarkt in Berlin.

Kompensationsgeschäfte

Einem hungrigen Freunde wurde ein Pfund Butter für 320 RM angeboten. Er nahm sie auf Kredit, weil er soviel Geld nicht hatte. Er wollte sie morgen bezahlen. Ein halbes Pfund bekam seine Frau. Mit dem Rest gingen wir „kompensieren": In einem Tabakladen gab es für das halbe Pfund 50 Zigaretten. Zehn Stück behielten wir für uns. Mit dem Rest gingen wir in eine Kneipe. Wir rauchten eine Zigarette, und das Geschäft war perfekt: Für die 40 Zigaretten

erhielten wir eine Flasche Wein und eine Flasche Schnaps. Den Wein brachten wir nach Hause. Mit dem Schnaps fuhren wir auf das Land. Bald fand sich ein Bauer, der uns für den Schnaps zwei Pfund Butter eintauschte. Am nächsten Morgen brachte mein Freund dem ersten Butterlieferanten sein Pfund zurück, weil es zu teuer war. Unsere Kompensation hatte 1½ Pfund Butter, eine Flasche Wein, zehn Zigaretten und das Vergnügen eines steuerfreien Gewerbes eingebracht.

Aus „Telegraf" vom 24. Juni 1947

Besuch auf dem Lande

Ich besuchte meine Eltern. In einer Kleinstadt. Sozusagen auf dem Lande. Meine Mutter, die gute, zauberte ein Stück Speck auf den Tisch. Von der Größe einer Griffeldose. „Du lieber Gott", sagte ich. Sie säbelte etwas herunter, sah sich in der Stube um, in der niemand war. „Weil du es bist", sagte sie. Plötzlich, ganz plötzlich, klingelte es. Ein Griff zur Griffeldose. Ab in die Kammer. „Deck das Tuch über das Brot!" befahl sie. Ich tat es.
Draußen war der Mann, der das Elektrische abliest.

Henkels, Walter: Kohlen für den Staatsanwalt. Düsseldorf 1969 (Econ), S. 109

Ein gutes Wort für die Schieber

Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und die Alliierten. Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die zehn Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes? Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war „normaler" als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der Schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente.

Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten.

Surminski, Arno: Einleitung. In: Grube/Richter: Die Schwarzmarktzeit. Hamburg 1979 (Hoffmann und Campe), S. 9

Budget einer Berliner Familie

Familie B. besteht aus dem Ehepaar, einer Tochter von 16 Jahren, einem Sohn von 15 und einem Sohn von 5 Jahren.

Der Vater ist gelernter Arbeiter in einer Fabrik.

Wochenverdienst: brutto 57,80 RM, netto 51,60 RM; im Monat netto 231,20 RM, monatliche Lehrvergütung des Sohnes 30 RM, der Tochter 32 RM, zusammen 293,20 RM. Im Sommer 1947 verkaufte das Ehepaar ein Dutzend silberne Bestecks für 1500 RM. Hiervon wird monatlich zugesetzt. Frau B. holt jeden Monat dreimal Gemüse und Kartoffeln von ihren Eltern aus der britischen Zone. Die Reisekosten werden mit 16 RM veranschlagt. Für die Lebensmittel gibt sie den Eltern durchschnittlich 25 bis 30 RM. Sie verkauft an Bekannte Gemüse zu mäßigen Schwarzmarktpreisen, um mindestens die Unkosten zu decken . . .

In Berlin wurde die Bevölkerung in fünf Gruppen aufgeteilt, die Lebensmittelkarten mit jeweils unterschiedlichen Rationshöhen bekamen: I Schwerarbeiter, II Handarbeiter, III Angestellte, IV Kinder unter 14 Jahren, V sonstige Bevölkerung einschließlich Hausfrauen und Arbeitslose. Im März 1947 wurde die Gruppe V abgeschafft, und alle ihr zugehörigen Personen wurden der Gruppe III zugeteilt.

Laufende Monatsausgaben	Sept. 1947
Miete	33,66 RM
Gas	9,80 RM
Licht	4,90 RM
Ration. Lebensmittel, Karte II (Vater)	14,79 RM
Ration. Lebensmittel, Karte III (Mutter)	11,34 RM
Ration. Lebensmittel, Karte II (erwachsener Sohn)	14,79 RM
Ration. Lebensmittel, Karte III (erwachsene Tochter)	11,34 RM
Ration. Lebensmittel, Karte IV (Kind)	13,76 RM
Kleine Sonderzuteilung	2,— RM
Obst laut Karte (Kind)	7,38 RM
Kartoffeln, 60 kg, laut Karte	7,20 RM
Gemüse laut Karte	5,30 RM
Schuhreparaturen	19,20 RM
Waschmittel	4,50 RM
Beiträge, Zeitungen	7,20 RM
Taschengeld für 2 erwachsene Kinder	20,— RM
Fahrgeld, Haarschneiden, Kino	18,— RM
Rauchwaren	9,60 RM
Summe	214,76 RM
Zusätzliche Ausgaben	Schwarzer Markt
2 Pfund Mehl, Puddingpulver	49,— RM
4 Brote je 1500 g	160,— RM
Waschmittel	10,50 RM
Petroleum für den Winter	36,— RM
Kohle für den Winter, bisher 2 Zentner	120,— RM
Summe	375,50 RM

Die Familie hat nach dieser Aufstellung im Monat September insgesamt verausgabt ..... 590,26 RM

Durch das Gehalt des Ehemannes und die Vergütung der Kinder konnten gedeckt werden ..... 293,20 RM

Es blieben aus anderen Einnahmequellen zu decken .... 297,06 RM

Grebing, Helga u.a., Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945—1949. Die wirtschaftlichen Grundlagen, Stuttgart 1980, (Metzler), S. 40 f.

Offizielle Preise und Schwarzmarktpreise 1946/1947

Ware	*Offizieller Preis 1947*	*Schwarzmarkt-Preise 1946/1947*
1 kg Fleisch	2,20 RM	60—80 RM
1 kg Brot	0,37 RM	20—30 RM
1 kg Brot		20 RM
1 kg Kartoffeln	0,12 RM	4 RM
1 kg Kartoffeln		12 RM
1 kg Zucker	1,07 RM	120—180 RM
20 Zigaretten	2,80 RM	70—100 RM (US.-Zig.)
		50 RM (Franz. Zig.)
1 l Speiseöl	2,50 RM	150—180 RM (1946)
1 l Speiseöl		230—360 RM (1947—48)
1 kg Butter	4,00 RM	350—550 RM
1 kg Milchpulver		140—160 RM
1 Flasche Wein	2,00 RM	30—40 RM
1 l Schnaps		300 RM
1 l Benzin		8—12 RM
1 Kaffee-Tasse		20 RM
1 Stück T-Seife	0,35 RM	30—50 RM
1 Messer		35 RM
1 Glühbirne		40 RM
1 Paar Schuhe (Leder)		500—800 RM
1 Kleid		250—1 200 RM
1 Fahrrad		1 500 RM
1 Pelzmantel		6 000 RM
1 Opel P 4		10 000 RM

Wo die offiziellen Preise fehlen, bestand nur ein minimales oder überhaupt kein Warenangebot. Zur Veranschaulichung des Preisniveaus sei der monatliche Lohn eines Arbeiters angeführt: er bewegte sich 1945—1948 zwischen 150,— und 200 RM.

Rothenberger, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Boppard 1980 (Boldt), S. 131

7. Die Hamsterfahrten

„Die Kartoffeltrecks"

Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands, in der Richtung von Südwest nach Nordost und umgekehrt, geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem Gesetz des Hungers und der Not.

Eigentlich „steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits zwei und drei Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz. Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend sein können, werden brutal. Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. Dieses Bild taucht immer dann auf, wenn sie etwa in diesen Tagen ihres Kartoffeltrecks geneigt wären, einmal zurückzustehen, einem anderen den Platz zu lassen.

So fahren sie, und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben sechsunddreißig, achtundvierzig und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham in sich niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.

Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander, und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten. — Muß nicht jeder versuchen, der erste an diesem Tage auf dem Bauernhof zu sein? Ist nicht jeder enttäuscht, wenn er nach fünf oder zehn Kilometern eilendem Fußmarsch sich innerlich einen Ruck gibt, in das erste Hoftor einbiegt und — schon zwei oder drei andere sieht, die noch schneller marschiert sind? Muß er nicht befürchten, daß gerade bevor er dran kommt, die Kartoffeln oder die Geduld des Bauern und der Bäuerin erschöpft sind?

Die Bauern gaben. Zuerst viel, dann immer weniger. Die Bäuerin teilte es ein, sie gab jedem ein paar Pfund. In manchem Haus wird schon am frühen Morgen ein Korb mit Kartoffeln bereitgestellt, dazu noch eine Blechbüchse als Maß, denn in kurzem werden die ersten eintreffen. Und selten läßt sich ein Bauer bewegen, mehr als die paar Pfennige je Pfund zu nehmen, die normaler Preis sind.

Menschen aller Berufe und Gesellschaftsschichten treffen sich beim Kartoffeltreck. Nicht Bettler sind es und auch nicht Hamsterer in beider Worte üblicher Bedeutung. Und wenn unter ein paar hundert einer ist, der etwa die Fahrt macht, um die Kartoffeln auf dem Schwarzen Markt zu verschieben — die Kartoffelsucher wären die ersten, die ihn steinigten, wenn sie wüßten, daß da ein Bandit aus ihrer Not ein Geschäft macht. Und wenn die Polizei sich einen solchen auf mehreren Zentnersäcken thronenden Kerl am Bahnhof greift, dann ist das die einzige Gelegenheit, bei der die Leute vom Kartoffeltreck das Auftauchen von Uniformen mit Gleichmut oder gar Genugtuung aufnehmen. Auf jedem Bahnhof und fast jeder Straße laufen sie Gefahr, ihre Kartoffeln zu verlieren.

Und erstaunlich ist: Daß der eingedrillte Respekt des deutschen Menschen vor der Uniform noch immer groß genug ist, um solche Beschlagnahmungen verhältnismäßig glatt abgehen zu lassen. In der rucksackbewehrten Menge ruht fraglos hochexplosiver Zündstoff, gemischt aus Erbitterung, Erregung, Verzweiflung. Jener vielbelächelte Respekt scheint das Pulver feucht zu halten und die Entzündung zu vermeiden.

Die hohen Kosten der Bahnfahrt, der Aufwand an Zeit und an körperlicher wie seelischer Energie machen jedem einzelnen die Kartoffel teuer, abgesehen von dem Risiko, sie überhaupt zu verlieren.

Stuttgarter Zeitung, Juni 1946. Aus: Schlange-Schöningen, Hans: Im Schatten des Hungers. Hamburg 1955 (Paul Parey) S. 69-71

„Nikotin-Bahn" und „Fisch-Expreß"

Vom Ruhrgebiet fährt man mit dem „Kartoffel-Zug" nach dem landwirtschaftlich gesegneteren Niedersachsen. Der „Kalorien-Expreß" von Köln und Hamburg nach München hat als Ziel die bayrischen Fleischtöpfe. Ein „Vitamin-Zug" von Dortmund nach Freiburg „erschließt" die badische Kirschenernte. Anschlußreisende fahren mit der „Nikotin-Bahn" in die Tabakfelder der Pfalz. Der Interzonen-Zug Osnabrück — Berlin ist „Fisch-Expreß". Er bringt die Fisch-Hamsterer von der Nordseeküste nach Sachsen, dem Textil-Paradies. Nach geglücktem Tauschgeschäft fährt man zurück im „Seidenstrumpf-Expreß". Die geplagte Reichsbahn hat berechnet, daß auf ihren Schienen bis zu 80 % Kalorien-Sucher rollen und daß in der Hochsaison der Kartoffelernte auf den Kopf eines Reisenden bis zu 6 Zentner Hamstergut kommen!

Aus „Die Tat" vom 28. Januar 1948

Kinder als Schmuggler

Aber jeder Zollgrenzschutzbeamte begegnet fast täglich Kindern, die von Banden vorausgeschickt werden und eine Art Marschsicherung darstellen. Er könnte sie, von ihnen unbemerkt, passieren lassen, um die eigentlichen Schmuggler zu fassen. Er tut es aber meist nicht, weil es durchaus möglich und üblich ist, daß diese Jugendlichen schon selbst die Unternehmer sind. Führen sie allerdings kein Schmuggelgut mit, so ist die nachfolgende Bande gewarnt und entwischt.

Es kann auch vorkommen, daß die Kinder, bepackt mit Kaffee, Kakao oder Zigaretten, eine drohende Haltung gegen die Beamten einnehmen und mehr als einmal haben starke Kinderbanden unter den Augen der Zöllner die Grenze praktisch ungehindert passiert. Denn diese Kinder wissen genau, daß sie keinen der Gewehrschüsse zu fürchten haben, die gegen Erwachsene abgefeuert werden können.

Junge Burschen, denen die Schmuggelware abgenommen worden ist, verfallen bisweilen auf den Gedanken, andern Kindern den Kaffee abzunehmen, damit sie nicht mit leeren Händen heimkommen. Kinderbanden, die sich aus Mädchen und Jungen zusammensetzen, verbergen sich häufig stunden- und nächtelang in Schlupfwinkeln. Minderjährige Mütter sind an der Grenze keine Seltenheit. Und sind sie schließlich gefaßt und werden abgeführt, so singen sie mit stolz geschwellter Brust das Lied der jungen Schmuggelaktivisten:

Wer nicht arbeiten will,
aber Geld verdienen will,
der muß schmuggeln gehn.
Für'n Rassierapparat
kriegst 'ne Tafel Schokolad;
wirst du dann geschnappt,
hast du Pech gehabt.

Und die Eltern dieser Kinder? Fast alle wissen von dem Grenzgeschäft ihres Nachwuchses, manche dulden, andere fordern, nur wenige verhindern ihn. Eine Vierzehnjährige, die die fünfköpfige Familie unterhält? Keine Seltenheit. Ein vierjähriges Kind auf dem Weg durch den Grenzwald? Alltäglich. Der ungekrönte jugendliche Schmugglerkönig mit 18 erlittenen Aufgriffen? Nur ein lokaler Rekord, der morgen schon gebrochen ist.

Essener Tagblatt vom 31. Mai 1950

„Fringsen"

Der Kölner Kardinal Frings äußerte sich 1946 zu den Diebstählen in einer Predigt:

„Wir werden uns erforschen müssen, jeder für sich, ob er das siebte Gebot treu befolgt hat, das das Eigentum des Nächsten schützt. Wir leben sicher in Zeiten, in denen der staatlichen Obrigkeit mehr Rechte über das Eigentum der einzelnen zustehen als sonst und in denen ein gerechter Ausgleich zwischen denen, die alles verloren, und denen, die noch manches gerettet haben, stattfinden muß. Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann."

„Fringsen" nannte man von Stund an in Deutschland die illegale Beschaffung von Nahrungsmitteln und Heizmaterial. Auf einem Kölner Güterbahnhof z. B. wurden im Winter 1946/47 täglich 18000 Zentner Kohlen „gefringst".

Overesch, Manfred: Deutschland 1945 — 1949. Königstein/Ts./ Düsseldorf 1979 (Athenäum/Droste). S.98

III. Die Besatzung

Erfahrungen mit der Besatzung

Frage: „Wie waren — einmal ganz allgemein gesagt — Ihre Erfahrungen 1945 bei der Besatzung?"

	Wenig gemerkt	Angenehm	Unangenehm	Sehr Unangenehm	
Deutsche, die die britischen Truppen bei der Besetzung erlebten	47%	16%	26%	11%	= 100%
Deutsche, die die amerikanischen Truppen bei der Besetzung erlebten	36%	15%	32%	17%	= 100%
Deutsche, die die französischen Truppen bei der Besetzung erlebten	28%	7%	35%	30%	= 100%
Deutsche, die die russischen Truppen bei der Besetzung erlebten	4%	1%	24%	71%	= 100%
Erwachsene Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet und West-Berlin	32%	12%	28%	28%	= 100%

Eine Umfrage vom November 1948 des Instituts für Demoskopie in Allensbach/Bodensee, in: Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts. Köln/Berlin 1954 (Kiepenheuer & Witsch) Band 2, S. 84

Das Besatzungsregime

Das Gesamtsystem der alliierten Besatzungsregime war komplex und umfaßte drei Ebenen, die untereinander in enger Wechselbeziehung standen: (1) Als oberste und erste Entscheidungsebene galt die ständige Außenministerkonferenz der vier Großmächte, die in jenen Jahren je zweimal im Jahr zusammentreten sollte. Auf ihr waren die allgemeinen und grundsätzlichen Beschlüsse und Richtlinien über die gemeinsame Deutschlandpolitik zu fassen. (2) Die mittlere oder zweite Entscheidungsebene stellte der alliierte Kontrollrat dar, der in Form einer „Treuhandschaft" die von den Alliierten übernommene Staatsgewalt im besetzten Deutschland ausüben sollte. (3) Die unterste und dritte Ebene des Besatzungsregimes wurde durch die Militärregierungen einer jeden einzelnen Zone gebildet; ihr sollte die Ausführung der auf den beiden oberen Ebenen beschlossenen Direktiven und Gesetze obliegen.

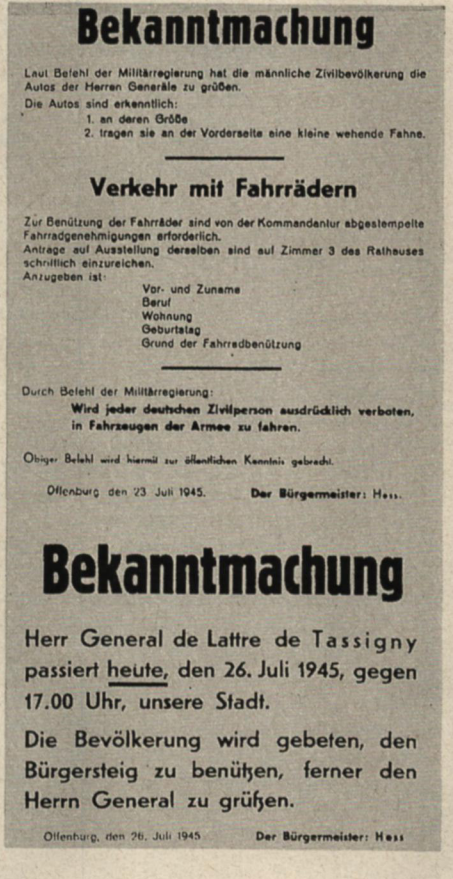
Stammen, Theo: Das alliierte Besatzungsregime in Deutschland. In: Becker, Josef u.a.: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1979 (W. Fink), S. 65

Radfahren ist verboten

Eine der ersten Anordnungen, die die französische Besatzungsmacht in jeder besetzten Stadt traf, hatte von geringfügigen Abweichungen einmal abgesehen, folgenden Inhalt:

1. Niemand darf sich zwischen 19 Uhr abends (die Zeit wurde im Sommer dann etwas heraufgesetzt) und 7 Uhr früh außerhalb seines Hauses aufhalten.
2. Alle Männer zwischen 15 und 60 Jahren müssen sich auf dem Rathaus melden.
3. Alle Schuß-, Hieb- und Stichwaffen müssen einschließlich der Munition beim Bürgermeisteramt abgeliefert werden. Das Gleiche gilt für Radio- und Photoapparate sowie für Feldstecher. Einwohner, bei denen ein Geheimsender gefunden wird, werden erschossen.
4. Radfahren ist verboten, ebenso privater Kraftwagen- und Motorradverkehr.
5. Telefongespräche sind nur innerhalb des Ortsnetzes zugelassen und werden überwacht.
6. Gasthäuser und andere öffentliche Gebäude sind geschlossen.
7. Panzersperren, Leichen und Tierkadaver müssen beseitigt werden.
8. Androhungen von Strafen bis hin zur Erschießung bei feindseligem Verhalten gegenüber der Ordnungsmacht.

Thies, Jochen u.a.: Südwestdeutschland Stunde Null. Düsseldorf 1979 (Droste), S. 67



Bekanntmachung

Laut Befehl der Militärregierung hat die männliche Zivilbevölkerung die Autos der Herren Generäle zu grüßen.
Die Autos sind erkenntlich:
1. an deren Größe
2. tragen sie an der Vorderseite eine kleine wehende Fahne.

Verkehr mit Fahrrädern

Zur Benützung der Fahrräder sind von der Kommandantur abgestempelte Fahrradgenehmigungen erforderlich.
Anträge auf Ausstellung derselben sind auf Zimmer 3 des Rathauses schriftlich einzureichen.
Anzugeben ist:
Vor- und Zuname
Beruf
Wohnung
Geburtstag
Grund der Fahrradbenützung

Durch Befehl der Militärregierung:
Wird jeder deutschen Zivilperson ausdrücklich verboten, in Fahrzeugen der Armee zu fahren.

Obiger Befehl wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Offenburg den 23. Juli 1945. **Der Bürgermeister: Hess.**

Bekanntmachung

Herr General de Lattre de Tassigny passiert heute, den 26. Juli 1945, gegen 17.00 Uhr, unsere Stadt.

Die Bevölkerung wird gebeten, den Bürgersteig zu benützen, ferner den Herrn General zu grüßen.

Offenburg, den 26. Juli 1945 **Der Bürgermeister: Hess**

Stadtarchiv Offenburg.

Information durch „Wandzeitungen"

Statt einer Tageszeitung zum Morgenkaffee — beides gab es nicht — drängten sich zerlumpte Gestalten vor „Wandzeitungen", die der jeweilige französische Ortskommandant herausgegeben hatte. Bevor es ab dem Spätsommer 1945 nach und nach in der Französischen Zone wieder Zeitungen gab, läßt sich das öffentliche Leben anhand solcher Anschläge geradezu seismographisch nachvollziehen. Zuerst rüde, militärische Befehle, bei deren Nichtbeachtung mit der Androhung der Todesstrafe nicht gerade zimperlich umgegangen wurde oder Anweisungen, die die Deutschen als amorphe, willenlose Masse von Menschen zweiten Grades abstempelten. Dann schrittweise der Umschlag hin zur üblichen Bürokraten- und Verwaltungssprache, schließlich der Fortfall der politisch-administrativen Plakate zugunsten von Anzeigen für den Kulturbetrieb, die die allmähliche Entspannung im Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Zonenbevölkerung gut demonstrieren.

Thies, Jochen u.a.: Südwestdeutschland Stunde Null. Düsseldorf 1979 (Droste), S. 61.

Die „Umerziehung" des deutschen Volkes

Die britischen, amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden betonten bei allen sich bietenden Gelegenheiten die große Bedeutung einer umfassenden „re-education"; sie verstanden darunter vor allem zwei Aufgaben; die Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit mit dem Ziel, dadurch auf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erzieherisch einzuwirken, und die Neuordnung des deutschen Erziehungswesens, das sie für die deutsche Fehlentwicklung verantwortlich machten. Den größten Eifer entwickelten die Vereinigten Staaten von Amerika, unbeeindruckt von der Warnung Morgenthaus: „Welcher Erzieher würde ohne Einschränkung behaupten, daß die Erziehung eines 60-Millionen-Volkes durch Ausländer Erfolg haben könnte?"

Deuerlein, Ernst: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1955. Konstanz 1965 (Athenaion), S. 79

Die Amerikaner in Marburg

Das erste Problem, vor das sich das Marburger Detachement gestellt sah, war die verständliche Abneigung der Deutschen gegen die Besetzung. Die Amerikaner konnten die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sie Besatzungstruppen in einem besiegten Land waren, das, ungeachtet der jüngsten Vergangenheit, stolz war auf seine Geschichte, seine Kultur und seine Zivilisa-

Für viele Schulkinder war die „Schulspeisung", das aus Beständen der Besatzungstruppen bereitgestellte Essen, die einzige warme Mahlzeit am Tag (siehe auch Seite 27).

tion. So sorgfältig und diplomatisch die Mitarbeiter des Detachements auch vorgehen mochten, in den Augen der Deutschen trugen sie doch dieses Stigma.

Doch darüber hinaus waren die amerikanischen Soldaten mit wenigen Ausnahmen schlechte Vertreter der idealen Demokratie, die sie den Marburgern predigten. Sie waren Kreuzfahrer, die ihren Glauben verloren hatten, aber trotzdem weiterkämpften. Ohne zu merken, wie nahe sie damit dem nationalsozialistischen Rassismus kamen, betrachteten sie die Deutschen als nicht ganz ebenbürtig. Wenige Marburger sprachen ihnen das Recht auf bequeme Quartiere ab, nachem sie sich mit der Tatsache der Besetzung abgefunden hatten. Aber die Amerikaner beschlagnahmten Häuser, in denen drei oder vier Familien gewohnt hatten, und übergaben sie einer amerikanischen Familie. Sie verlangten ganze Stadtteile als amerikanische Enklaven und verboten den Deutschen, ihre Häuser zu betreten und ihre Gärten zu benutzen. Räume, die sie nicht brauchten, ließen sie leer stehen, und geräumte Häuser gaben sie mitunter den Eigentümern nicht zurück. Sie benutzten Extrazüge oder wenigstens reservierte Wagen und ließen sich auf den Bahnhöfen eigene Warteräume, Schalter, Toiletten usw. einrichten. Fahrgeld bezahlten sie anfangs gar nicht, später nur einen symbolischen Preis. Sie nahmen die schönsten Ferienorte für sich in Anspruch, und überall standen Tafeln: „Für Deutsche Zutritt verboten." Zum Teil finanzierten sie ihre Privilegien und ihr Wohlleben mit dem Geld der deutschen Steuerzahler — derselben Leute, die sie zu den Idealen der Gleichheit und Demokratie bekehren wollten.

Sie maßen Deutsche und Amerikaner nicht nach gleichem Maß. Das Entnazifizierungsgesetz setzte die Schuld des Angeklagten voraus, und dieser hatte seine Unschuld zu beweisen; manche Deutsche glaubten noch 1954, daß dies ein Grundsatz des amerikanischen Strafrechts sei. Zu Beginn der Besetzung wurden deutsche Zivilisten und Polizisten hart bestraft, wenn sie sich gegen Überfälle amerikanischer Soldaten zur Wehr setzten; die Angreifer dagegen erhielten keine oder nur eine milde Strafe. Die Militärregierung schickte deutsche Schwarzhändler ins Gefängnis, doch Amerikaner lieferten das wichtigste Tauschmittel für den Schwarzen Markt in solchen Mengen, daß die Marburger annehmen mußten, die Soldaten würden für den Verkauf von Zigaretten, Kaffee usw. nicht bestraft.

Detachement = Truppenteil für Sonderaufgaben, hier: Militärverwaltung

Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Köln 1964 (Kiepenheuer & Witsch), S. 245/246

Das andere Bild des Amerikaners

Die Besetzung hinterließ in Marburg ein festes Bild „des Amerikaners". Die Marburger halten die Amerikaner für energisch. Sie erledigten ihre Aufgaben mit einem Eifer, der nur dem Glauben an hohe Ideale entspringen konnte. Den Wiederaufbau nahmen sie mit viel Schwung und praktischem Können in die Hände, daß die Marburger einsahen: Deutschland hatte den Krieg wirklich verloren; die Niederlage war nicht das Werk von Saboteuren. Mit ihrem ungezwungenen und doch achtungsvollen Umgang untereinander gaben die amerikanischen Offiziere und Soldaten Anschauungsunterricht über die Idee der Gleichheit.

Sie beeindruckten die Marburger durch ihren Individualismus im Guten wie im Bösen. Vor allem aber sorgten sie dafür, daß etwas geschah. Sie ließen nichts unerledigt liegen. Sie räumten die Stadt auf. Sie setzten die Versorgungsbetriebe instand. Als Hungersnot und Seuchen drohten, schafften sie Lebensmittel heran. Sie packten die Probleme an, wie sie kamen, und lösten sie ohne perfektionistischen Ehrgeiz. Nach Ansicht der Marburger sind die Amerikaner praktische, energische, freundliche und umgängliche Leute.

Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Köln 1964 (Kiepenheuer & Witsch), S. 255

Ziele der Besatzungspolitik

Doch so einig sich die Alliierten im Krieg darüber waren, daß und wie sie das Deutschland der NS-Terroristen, die fast ganz Europa überfallen hatten, besiegen und besetzen mußten, so wenig wußten sie, was sie mit dem besetzten Deutschland im Frieden anfangen sollten. Es gab kein gemeinsames Konzept, und es gab keinen Zwang mehr zum gemeinsamen Handeln. Dafür aber gab es Einzelvorstellungen.

Drei der Sieger dachten sich ein Deutschland nach dem Vorbild des eigenen Landes. Die Sowjets wünschten sich einen zentralistisch organisierten Staat mit einer alles beherrschenden und an Moskau orientierten kommunistischen Partei — nach bürgerlichem Verständnis also keine Demokratie.

Die Engländer wollten ein Demokratie-System nach britischem Muster, einen zentralistisch regierten Staat mit einer starken Arbeiterpartei — in London war gerade die Labour Party an die Regierung gekommen. Die Amerikaner dachten an ein ebenfalls demokratisches Deutschland, aber an einen föderalistisch organisierten Bundesstaat mit starken Einzelländern. Alle natürlich versehen mit der amerikanischen Art von Hurra-Kapitalismus und der Abneigung gegen alles, was irgendwie mit Sozialismus oder Sozialisierung zu tun haben könnte. Die Franzosen schließlich wollten am liebsten überhaupt kein Deutschland, und wenn schon eines, dann ein ganz kleines. Sie wollten erstens das Saarland für sich und zweitens die Industriekonzentration an der Ruhr von jedem möglichen Deutschland abkoppeln.

Rudolph, Hagen: Die verpaßten Chancen. Hamburg 1979, S. 32

IV. Neubeginn des politischen Lebens

1. Aufbau der Verwaltung

Reorganisation der Verwaltung

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reichs waren alle nationalsozialistischen Organisationen verboten worden. Sehr viele Politiker und Beamte von den Reichsministerien bis herunter zur Kommunalebene hatten ihre Posten verlassen oder wurden von den Besatzungsmächten verhaftet. In der ersten Zeit nach der Besetzung übernahmen die Besatzungsmächte die gesamte Verwaltung in allen Bereichen. Da aber auf die Dauer das Personal der Militärregierungen zur Bewältigung der Probleme nicht ausreichte und sie darüber hinaus wegen ihrer mangelnden Kenntnisse der deutschen Szenerie nicht auf die Hilfe von Deutschen verzichten konnten, wurden immer mehr Verwaltungsaufgaben an deutsche Politiker und Beamte übertragen, und zwar ausgehend von der Kommune, über Kreis, Land bis zur Zone.

Die Auswahl der Deutschen erfolgte aufgrund von während des Krieges erstellten „weißen Listen" und in den Westzonen auch mit Hilfe von Geistlichen beider Konfessionen, da man diese für am wenigsten nationalsozialistisch belastet hielt. Die von den Militärregierungen herangezogenen deutschen Persönlichkeiten waren in ihrem Handeln ausschließlich der jeweiligen Besatzungsmacht verantwortlich. Diese Politiker unternahmen den schwierigen Versuch, unter den Bedingungen eines Besatzungsregimes bei katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Politik im Interesse der Bevölkerung zu treiben, von der man nur die materiellen Bedürfnisse, nicht aber die politischen Vorstellungen und Ziele kannte. Außerdem drohten sie, in den Verdacht zu geraten, als Kollaborateure der Besatzungsmächte angesehen zu werden.

Weisz, Christoph: Deutsche Politik unter Besatzungsherrschaft. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945—1949 (Beck), München 1976, S. 60/61

Ab Herbst 1945 wurden in den westlichen Besatzungszonen die Länder gebildet, deren Regierungen von den alliierten Militärbehörden eingesetzt (und zuweilen auch wieder abgesetzt) wurden. Diese Landesregierungen besaßen nur beschränkte Zuständigkeiten im Rahmen wirtschaftlicher und sozialer Angelegenheiten. Die örtliche Selbstverwaltung wurde gefördert, die „Oberbürgermeister und Landräte" hatten anfangs eine beherrschende Stellung.

Im Laufe der Jahre 1946 und 1947 fanden die ersten Landtagswahlen statt, um in den Ländern einen demokratischen Aufbau von unten nach oben zu gewährleisten. Nach Volksabstimmungen traten Landesverfassungen in Kraft.

In der amerikanischen Zone wurde ein Länderrat, in der britischen Zone ein Zonenbeirat gebildet, um die politischen Maßnahmen der einzelnen Länder überregional aufeinander abzustimmen.

Die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen und britischen Zone berieten auf mehreren Konferenzen über Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Lösung der erheblichen Versorgungsprobleme über die Zonengrenzen hinweg. Am 1. Januar 1947 konnten beide Zonen zum „Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (Bizone) zusammengefaßt werden.

Die Zeit der Oberbürgermeister und Landräte

In allen westlichen Besatzungszonen waren in den ersten Monaten die Landkreise die größten deutschen Verwaltungseinheiten; Walter Grobe sagt darüber in seiner Untersuchung *Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands*: „Zunächst . . . ist jeder Kreis auf sich selbst gestellt und eine selbständige kleine Wirtschaftsrepublik . . . Der Landrat . . . leitet nicht nur die eigentliche Kreisverwaltung, er ist auch verantwortlich für die in seinem Kreis untergebrachten Landes- und Reichsbehörden, für die Eisenbahn, die Post und anderes mehr. Ähnlich wie der Vogt in der Frühzeit des Territorialstaates ist der Landrat in diesen Monaten der oberste Beamte seines Bezirks, bei dem alle Fäden der öffentlichen Verwaltung zusammenlaufen."

Alle drei westlichen Besatzungszonen wollten die deutsche Verwaltung stufenweise aufbauen, überzeugt, dadurch die sachlichen und personellen Probleme lösen und zugleich in den Deutschen Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten wecken zu können. Mit Nachdruck versicherte General Clay am 12. September 1945 in einem Brief: „Wenn die Deutschen demokratische Methoden lernen sollen, dann halte ich es für das beste, damit alsbald auf der Lokalebene zu beginnen." Diese Absicht gab dem Oberbürgermeister und vor allem dem Landrat ein in der deutschen Geschichte beispielloses Ansehen . . .

Deuerlein, Ernst: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1955. Konstanz 1965 (Athenaion), S. 117

Wie Theodor Heuss Kultusminister in Württemberg-Baden wurde

Maier und Dawson waren sich bald einig. Die Regierung, die zu bilden sei, erklärte Dawson, solle eine „richtige Regierung" sein — „and not a catstail", kein Katzenschwanz. Auf Vorschlag Maiers wurden die Sozialdemokraten Fritz Ulrich und Otto Steinmayer sowie die ehemaligen Zentrumsabgeordneten Josef Andre und Josef Beyerle, die der werdenden CDU zuzurechnen waren, mit Ministerämtern betraut. Lediglich im Falle des Kultusministers bestanden die Amerikaner auf einem Kandidaten ihrer Wahl.

Dawson radebrechte am Namen eines „Dr. Hoes" herum, der ihm empfohlen worden sei. Er habe ein Buch mit dem Titel „Hitlers Weg" geschrieben und sei überhaupt „an excellent man". Gemeint war Professor Theodor Heuss, der später der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland werden sollte.

Maier war mit der Wahl seines Freundes durchaus einverstanden. Wie Maier war Heuss nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten aus der Politik ausgestiegen und hatte mehr schlecht als recht seinen Lebensunterhalt mit Zeitungsartikeln verdient, nachdem er seinen Lehrstuhl an der Hochschule für Politik in Berlin verloren hatte. Während des Krieges war er nach Heidelberg gezogen, um seiner herzkranken Frau die ständige Angst vor den Bombenangriffen zu ersparen.

In Handschuhheim, einem dörflichen Vorort von Heidelberg, traf Major Lewis, der Adjutant Dawsons, Heuss beim Teppichklopfen an. Der Amerikaner erläuterte seinen Auftrag und fragte dann: „Nehmen Sie das Amt an, das wir Ihnen anbieten, Mister Hoes?" Die Antwort, die er erhielt, verblüffte und belustigte ihn zugleich. „Ja, aber nur, wenn Sie mir ein Dienstmädle besorgen." Das Dienstmädchen wurde besorgt. Am 24. September 1945 konnte die württembergisch-badische Landesregierung von Oberst Dawson in ihr Amt eingeführt werden.

Ruhl, Klaus-Jörg: Die Besatzer und die Deutschen. Amerikanische Zone 1945—1948. Düsseldorf 1980 (Droste), S. 108

Die Westzonen schließen sich zusammen

Erste Phase: Auf Veranlassung der Zonenbefehlshaber schlossen die deutschen Landesregierungen für jeden der lebenswichtigsten Aufgabenbereiche — Wirtschaft, Finanz, Arbeit, Ernährung, Rechtspflege — Verwaltungsverträge ab. Während die Briten dabei zentralistische Modelle vor Augen hatten, setzten die Amerikaner zusammen mit den Regierungen der süddeutschen Staaten das föderalistische Prinzip, also eine starke Eigengewalt der Länder, durch. So bestand jeder dieser Verwaltungsräte aus den zuständigen Landesministern. Jedem der fünf Verwaltungsräte war ein Verwaltungsamt zugeordnet, das einem ministeriellen Ressort entsprach. Die Beschlüsse der Räte, Maßnahmen der Ämter konnten in den Ländern nur durchgeführt werden, wenn dort entsprechende Gesetze und Verordnungen erlassen wurden. Außerdem kamen dauernde Überschneidungen zonaler und bizonaler Kompetenzen vor . . .

Zweite Phase: Als die Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947, auf der

man eine Einigung über eine deutsche Zentralregierung herbeiführen wollte, gescheitert war und die katastrophale Ernährungslage und die schlimme Arbeitslosigkeit in Deutschland zu energischem Handeln zwangen — man brauchte für die Verteilung der Marshall-Plan-Hilfe in Deutschland eine verhandlungsfähige und verantwortliche zentrale Stelle —, ging man weiter. Ein Abkommen der beiden Militärregierungen vom 29. Mai 1947 baute die bisherige Bizonenverwaltung auf parlamentarischer Grundlage neu auf.

Um nicht durch Eifersüchteleien von Länderregierungen und Parteien gehemmt zu werden, zog man bei der Planung deutsche Vertreter nicht offiziell bei. Durch dieses Abkommen wurde das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet" geschaffen. Es bestand von Juli 1947 bis Februar 1948 und in reorganisierter Form bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik . . .

Dritte Phase: Im Februar 1948 ging man einen Schritt weiter. Man reorganisierte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und machte es zu einem aktionsfähigeren, nunmehr ganz und gar staatsähnlichen politischen Körper.

Man erweiterte den Wirtschaftsrat durch neue Landtagsabgeordnete, um ihm so eine breitere Legitimitätsgrundlage zu geben. An die Stelle des Exekutivrates trat der Länderrat als zweite gesetzgebende Körperschaft, gebildet aus je zwei von den Landesregierungen gestellten Vertretern der acht Länder. Daraus ist dann der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland hervorgegangen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß dabei das föderalistische Prinzip überzogen wurde. Manche Weiche ist damals schon gestellt worden.

Als drittes Organ wurde der Verwaltungsrat geschaffen, um die Tätigkeit der einzelnen Zonenverwaltungen zu koordinieren. Er bestand aus den Leitern dieser Verwaltungen und einem Oberdirektor, die vom Wirtschaftsrat gewählt wurden und von der Militärregierung bestätigt werden mußten, der Oberdirektor auch vom Länderrat. Der Verwaltungsrat hatte praktisch die Stellung eines dem Wirtschaftsrat parlamentarisch verantwortlichen Kabinetts. Freilich erfolgte das Verwalten und Regieren immer noch in Abhängigkeit von den Besatzungsmächten und ihren obersten Organen, die sich das Recht zur Genehmigung der Gesetze des Wirtschaftsrates vorbehalten hatten . . .

Carlo Schmid, Der Weg des deutschen Volkes nach 1945

2. Politische Parteien

Die Mehrheit der Bevölkerung stand den Parteien und einer Teilnahme am politischen Leben passiv gegenüber.

Die Zulassung von politischen Parteien geschah in den drei westlichen Besatzungszonen nur zögernd (von August bis Dezember 1945). Teils wurden Parteien, die schon vor 1933 bestanden, wiedergegründet (z. B. SPD, KPD), teils kam es zu Neugründungen (z. B. CDU, CSU, FDP).

Eine Umfrage

Die Initiative in den Parteien ging von oben, nicht von unten aus, und die politische Apathie der Deutschen verschwand nicht, auch wenn die meisten an den Wahlen teilnahmen. Eine 1950 veranstaltete Umfrage ergab, daß 75 Prozent der Befragten zwischen 15 und 19 Jahren, 65 Prozent der 20—25jährigen und 62 Prozent der über 25jährigen kein Interesse an Politik hatten. 79 Prozent der Jugendlichen und 82 Prozent der Älteren unter den Befragten erklärten, sie würden keine verantwortliche Position im politischen Leben übernehmen, auch wenn man sie dazu auffordern würde.

Gimbel, John: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Köln 1964 (Kiepenheuer & Witsch), S. 211

Konrad Adenauer

Malte einer Schwarz auf Weiß, dann müßte er sagen, was einmal ein norwegischer Korrespondent schrieb: „Über Konrad Adenauer liegt etwas Herrscherhaftes, und in Rot gekleidet würden bei ihm alle jene Züge hervortreten, die wir von den Kardinalporträts her kennen." Malte einer Schwarz auf Weiß, dann müßte er sagen, Adenauer sei die personifizierte Schroffheit, Schlauheit und Verschlagenheit und von der Tugend der Herzensgüte besitze er nichts . . .

Es ist wahr: In der deutschen Nachkriegspolitik gibt es bessere Rhetoren, geistvollere Beherrscher des Wortes, auch volltönendere Köpfe, aber es ist kein Zweifel, daß

Konrad Adenauer 1946.

niemand vermag, unter den lebenden Zeitgenossen der deutschen Nachkriegsgeschichte auch nur eine einzige Gestalt zu nennen, die ihm als Klassiker der Politik in voller Gestaltungskraft gleichkäme. Nur der 1952 verstorbene Kurt Schumacher, sein großer Widersacher, konnte ihm, wie es der Volksmund etwas flott ausdrückt, das Wasser reichen.

Konrad Adenauer hat gewiß manchmal seinen kleinen Verdruß und seinen großen Ärger, auch seinen mittelmäßigen Zorn vermag er an den Mann zu bringen, aber es riecht nie, wie etwa bei Schumacher, nach Pulver um ihn. Er ist der Gelassene, der Abgeklärte, und in der Spinnstube seiner politischen Weberei bekennen auch seine Widersacher: an Talent, widrige Tatbestände aus der Welt zu schaffen, kommt ihm in der Bundesrepublik niemand gleich . . .

Konrad Adenauer ist kein Intellektueller. Seine Wirkungen, auch auf das Volk, auch auf seine politischen Gegner, die sich oft überfahren glauben, erzielt er aber ganz aus dem glücklichen Gleichgewicht geistiger und gemüthafter Kräfte, die sich der Zergliederung entziehen. Mit der Aufzählung positiver und negativer Eigenschaften ist seiner Persönlichkeitswirkung nicht beizukommen . . .

Es kann nicht verschwiegen werden, daß Konrad Adenauer ein sehr selbstbewußter Mann ist. Manche meinen, es sei die kalte Lust des Virtuosen, auf dem Instrument zu spielen, das Macht heißt. Er kenne keine Freundschaften und benutze Menschen nur so lange, wie sie seinen Zwecken dienlich seien. Auch sein Verhältnis zum Parlament — das habe schon seine frühere Oberbürgermeisterzeit in Köln bewiesen, wo er meist sehr selbstherrlich gegen seine eigene Zentrumsfraktion regiert habe — sei mehr oder weniger platonisch. In dieser Behauptung scheint ein Körnchen Wahrheit zu stecken. Adenauer hat eine fatale Neigung zur Taktik, die aber nicht einmal eine echte Begabung ist. Er kann vieles abwechselnd und zugleich sein: empfindlich und väterlich, hochmütig und rücksichtslos, gerade, wie es ihm ins Konzept paßt. Seine Neigung, selbstherrlich zu sein, wurde ihm nicht erst vorgeworfen, seitdem er 1949 Bundeskanzler wurde. Dies Gefühl hat nicht nur das Parlament, sondern das haben auch seine engeren politischen Freunde . . .

Man weiß, daß er wenig zur Geselligkeit neigt, obwohl er Rheinländer ist. Seine Unlust, sich mitzuteilen, ist sprichwörtlich. Seine Rede ist von keiner Glut befeuert wie etwa bei seinem verstorbenen Widersacher Kurt Schumacher. Seine Worte sind kein schönrednerischer Genuß. Er hat nur einen mittelmäßigen Wortschatz. Der rheinische Tonfall, das leicht singende, gemüthafte Kölnische der Aussprache hat einen warmen Unterton. Das Farbenpigment und die Farbenpalette Schumachers gehen ihm gänzlich ab. Man vermeint nur das lebendige Fleisch der Worte, ohne jede Beschönigung, zu sehen. Seine Bilder, deren er nur wenige gebraucht, sind dürftig, dazu bieder, manchmal hausbacken. Ganz selten benützt er ein schmückendes Beiwort. Der Effekt seiner Sätze ist die verblüffende Vereinfachung, das Knappe, Präzise, Plastische, fast Naive. Seine konventionellen Worte, die zuweilen mehr Schreibe als Spreche sind, kommen beim Zuhörer unmittelbar an.

Henkels, Walter: Zeitgenossen. Hamburg 1953 (Rowohlt) S. 32—37

Berlin und das Rheinland waren die Zentren der politischen Entwicklung der CDU. Die „christlichen Demokraten", die sich im Dezember 1945 zur „Union" (CDU) vereinigten, wollten Christen beider Konfessionen und Angehörige aller sozialen Schichten ansprechen. In ihrem wirtschaftspolitischen Programm wandelte sich die CDU von der Bejahung der Planung und Lenkung der Wirtschaft zur Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft. Die CDU wurde zur entscheidenden Gegenkraft zum demokratischen Sozialismus, wie ihn die SPD unter ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher vertrat. In Bayern entwickelte sich die „Christlich-Soziale Union" (CSU).

Adenauer und sein Chauffeur (1945)

Adenauer verfügte nicht nur über ein Auto, sondern auch über einen Chauffeur. Beide hatte er von seinem Schwager Suth ausgeborgt, der Oberstadtdirektor von Köln war. Der Chauffeur hieß, wie der sozialdemokratische Parteiführer, Schumacher. „Niemand kann sich vorstellen", so erzählte er einmal, „was wir damals alles durchgemacht haben. Wir fuhren bei jedem Wetter, und wir fuhren fast immer im 100-Kilometer-Tempo, trotz der miserablen Straßen. Dr. Adenauer hatte seinen Terminkalender, und der mußte pünktlich eingehalten werden. Schonung gab es nicht." Der junge, robuste Kölner war oft nahe daran, schlappzumachen. „Aber wenn ich dann den Siebzigjährigen sah", sagte er, „wie er unermüdlich arbeitete, schämte ich mich . . ."

Konrad Adenauer pflegte während der Fahrt in seinen Akten zu arbeiten oder seine Reden zu entwerfen. Es war Winter geworden, und die Kälte war in dem ungeheizten Auto zuweilen fast unerträglich. Die beiden lebten von belegten Broten und heißem Tee aus einer Thermosflasche. Da sie die Quartiere in den Gasthäusern fast durchweg von Flüchtlingen belegt fanden, waren sie froh, hie und da in einem Kloster, einem Krankenhaus oder bei einem Parteifreund unterzukommen.

Manchmal fuhren sie eine ganze Nacht durch, und wenn sie dann morgens um fünf Uhr wieder in Rhöndorf anlangten, sagte Adenauer, dem die Anstrengung kaum anzumerken war, gemütlich zu Schumacher: „So, jetzt können Sie schön ausschlafen; ich brauche Sie erst wieder um neun."

Behr, Hermann: Vom Chaos zum Staat. Frankfurt/M. 1961, S. 137/138

Die SPD („Sozialdemokratische Partei Deutschlands") wurde sofort nach Kriegsende von Hannover aus von ihrem politischen Führer Kurt Schumacher wiederaufgebaut.
Die SPD erstrebte Demokratie und Sozialismus, lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab und war betont national. Sie forderte die sozialistische Planung und Lenkung der Wirtschaft, die Sozialisierung der Großbetriebe und eine Agrar- und Bodenreform.

Kurt Schumacher mit seiner Sekretärin Annemarie Renger und Erich Ollenhauer 1949.

Kurt Schumacher

Es gehörte zu den tragischen Tatsachen des politischen Lebens in der Bundesrepublik, daß die beiden größten und bedeutendsten Politiker der Nachkriegsjahre, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, in einem persönlichen Verhältnis zueinander standen, das alle Beobachter nur mit Betrübnis und Besorgnis registrieren konnten . . .

Sie waren Feuer und Wasser. Sie waren die schlechtesten Nachbarn, die man sich denken konnte, die sich mit grimmiger Erbitterung bekämpften. Das Wort Schumacher brachte den einen, das Wort Adenauer den anderen in Harnisch . . .

Er war der Typ des deutschen Bildungsmenschen, aber eine dramatische, explosive Natur. In seiner Rede war nahezu jedes seiner Worte ein Schuß ins Schwarze, jedes Wort ein Blitz. „Sehen Sie", so begann er beim Referieren, sich zur Ruhe zwingend, das ist so und so. Der erste Satz war noch verhalten. Aber schon bei ihm bemerkte man die brennende Lunte am Pulverfaß. Der zweite Satz war geschliffen und spielend, aber beim dritten war das Akzentuierte da, der Schuß. Und jeden Schuß unterstrich er mit der skandierenden, ihm verbliebenen linken Hand, die hervorschnellte aus der geschlossenen Faust zu den ausgespreizten fünf Fingern. Die Gesichtsmuskeln zuckten, die Augen rollten dabei.

Seine Sätze waren von plastischer Schöpferkraft und von großer Durchsichtigkeit. Die Antworten, die er auf Fragen gab, waren für die Journalisten sofort druckreif. Seine Ausführungen waren für die Zeitungsschreiber stets ergiebig. Zugkräftige Überschriften lieferte er in Mengen. Seine rednerischen Pointen brauchte er sich nicht abzuringen. Er konnte Leitartikel sprechen, ohne zu verhalten. Viel Pfeffer tat er hinzu. Er sprach — ein ungewöhnlich reger Geist — in kühnen grammatischen Bildern.

Er war voll sprühenden, geistvollen Witzes, aber ohne jeden Humor. Er liebte es, den Gegner mit dem polemischen Florett zu durchlöchern, in der Luft zu zerfetzen. Es machte Schumacher ein Vergnügen, seine Gegner aufzuspießen, sie schonungslos bloßzustellen, und er hatte stets handgreifliche, bestechende und funkelnde Argumente, dies zu tun. Seine Reden, die er aus dem Stegreif hielt, waren mit Sarkasmus, Hohn und Ironie getränkt.

Schumacher war nicht — übrigens genau wie Adenauer — der Dolmetsch seiner Partei. Er war die Partei. Er war der eigenwillig Denkende. In allen Sätteln war er zu Hause, in der Geistesgeschichte und den Literaturen genau so wie in den Philosophien, in den Dingen der Wirtschaft und der Politik . . .

So außergewöhnlich Schumachers Erscheinung auf der politischen Bühne der Nachkriegszeit war, so tragisch war seine physische Unzulänglichkeit. Man weiß, daß ihm ein Arm (den er als Soldat im ersten Weltkrieg verlor) und ein Bein fehlten (das ihm im Jahre 1948 als Folge einer fast elfjährigen KZ-Haft amputiert werden mußte). Nicht nur seine Physiognomie, sein zuckendes Gesicht, sondern auch seine Reden verleugneten die schweren Prüfungen nicht, die er hinter sich gebracht hatte. In seinem Gesicht und in seiner Gestalt war seine Lebensgeschichte mit all ihrem Leid und Elend abzulesen. Betroffen war jeder, der ihn, von seiner Sekretärin mühselig geführt, zum ersten Male sah.

Henkels, Walter: Zeitgenossen. Hamburg 1953 (Rowohlt) S. 223—225

Kurt Schumacher baut die SPD wieder auf

An die Tür der Dachkammer in Hannover-Badenstedt klopfte im Juni 1945 eine Gesandtschaft aus Stuttgart an. Sie bestand aus ehemaligen schwäbischen Mitstreitern und war von Wilhelm Keil ausgeschickt worden, unter dem Schumacher einst in der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" gearbeitet hatte.

„Du muscht komme, Kurt", drangen die schwäbischen Genossen in Schumacher, „du wirscht gebraucht!"

Wie sich herausstellte, suchten die Franzosen, die Stuttgart erobert hatten und es samt einem großen Teil Württembergs besetzt hielten, einen württembergischen Ministerpräsidenten, und das konnte — nicht nur nach der Meinung der Sozialdemokraten — kein anderer als Dr. Schumacher sein.

Die Gesandten aus Stuttgart hätten „ihren Doktor" am liebsten gleich mitgenommen. Aber Schumacher ging nicht mit. Seit je hatte er eine Abneigung dagegen gehabt, seinem politischen Temperament durch die Übernahme eines öffentlichen Amtes gleichsam Fesseln anlegen zu lassen. Jetzt kam dies um so weniger in Frage, als es galt, die Sozialdemokratische Partei erst einmal wieder aufzubauen. Das einzige, was er den Freunden aus Schwaben versprechen konnte, war, sie so bald wie möglich in Stuttgart wenigstens zu besuchen.

In der Zwischenzeit hatte Kurt Schumacher in Hannover, Jacobstraße 10, die erste Geschäftsstelle der Partei eröffnet, die nach außen allerdings noch als „Büro Dr. Schumacher" getarnt werden mußte.

Daß die Partei die politische Bühne in ihrem alten Kostüm betreten sollte, war anfänglich gar nicht so sicher gewesen. Es hatten sich zahlreiche Einwände dagegen erhoben. Ihr Name schien zu eng mit der Weimarer Republik und deren Bankrott verknüpft zu sein. Außerdem hatte Hitler die „Sozis" so oft verächtlich gemacht, daß manche fürchteten, es sei etwas im Volk davon hängengeblieben. Auch wurde von verschiedenen Seiten gewünscht, daß die Partei auf eine breitere Grundlage gestellt würde, etwa nach den Vorstellungen, die man von der britischen Labour Party hatte.

Doch Schumacher ließ sich nicht irremachen. Die Partei, so sagte er, habe zwar neben vielen Siegen, die sie erfochten habe, auch manche Niederlage erlitten, doch sei noch immer so viel Brauchbares in ihr enthalten, daß es nicht auf eine Liquidation, sondern lediglich auf eine Erneuerung ankomme.

Es war ihm gelungen, ein Fahrrad zu erwerben. Auf diesem Rad, das weder ganz alt noch so neu war, daß es die Begehrlichkeit des erstbesten umherstreunenden Fremdarbeiters erweckt hätte, fuhr er täglich linkshändig, mit leer schlenkerndem rechtem Jackenärmel, von seiner Wohnung in Badenstedt ins Zentrum Hannovers.

Ein Auto zu bekommen, war damals so gut wie unmöglich. Der gesamte Fahrbetrieb war auf Anordnung der Besatzungsmacht ausschließlich „lebenswichtigen Transporten" vorbehalten. Wie aber hätte Kurt Schumacher für seine Art Beschäftigung Lebenswichtigkeit in Anspruch nehmen können?

Schließlich aber gelang es doch, den Leiter des hannoverschen Fahrwesens, einen Sozialdemokraten, dahin zu bringen, daß er Schumacher seinen eigenen Wagen wenigstens leihweise überließ.

Nun konnte er den Umfang seiner Wirksamkeit über Hannover hinaus ausdehnen. Er ließ sich nach Hildesheim, Braunschweig, Lüneburg, Hamburg, wo er 1944 noch einige Zeit im KZ Neuengamme hatte zubringen müssen, nach Bremen und ins Ruhrgebiet fahren. Auf diesen Reisen trug er Listen bei sich, auf denen die Namen alter Kampfgefährten standen, die für die Parteiarbeit neu gewonnen werden sollten. Doch in vielen Fällen erwiesen sich die Namen als die von Toten, von Opfern des Nationalsozialismus.

Verschiedentlich wurden Bedenken geäußert, ob Schumacher sich selbst und die Partei nicht gefährde, wenn er sie trotz des Verbots von Parteigründungen aufzubauen versuche. Zum überwiegenden Teil aber wurde seine aufopfernde Arbeit begrüßt, und er erhielt fast überall das Mandat, das Netzwerk der Parteiorganisation über ganz Deutschland zu spannen.

Behr, Hermann: Vom Chaos zum Staat. Frankfurt/M. 1961, S. 74—76

Theodor Heuss 1949.

Theodor Heuss

Der Stil, in dem Theodor Heuss als „Landesvater" residiert, entspringt dem echten menschlichen Gehalt seiner Persönlichkeit. In den Abendstunden sieht man ihn zuweilen, ein bißchen Luft schöpfend, im Park spazieren, die Zigarre scheint nicht auszugehen, und von Wilhelm Buschs freundlichem Zitat, daß „Rotwein ist für alte Knaben eine von den besten Gaben", hält er einiges, wobei wir augenzwinkernd die Hoffnung haben, daß er solcherart Indiskretion passieren läßt. Er trinkt gern sein „Viertele" württembergischen Rotweins. Die Zigarre und das „Viertele" verleihen seinem Bilde echte Form und Farbe und viel Versöhnliches . . .

Heuss, der Professor, war nie ein Schulmeister und ein Mann des Katheders. Feind dem Deklamatorischen und der Gespreiztheit, trägt er stets ein verstehendes, verzeihendes Lächeln um die Mundwinkel, das Kenntnis gibt von der alten Lebensweisheit, daß die menschlichen Schwächen und Torheiten allemal groß sind, bei seiner Person nicht ausgenommen. Er hat sich zwar in der breiten Masse des Volkes echte Autorität erworben, aber er wird nie ein Staatsheros werden, dafür ist seine Lebensunmittelbarkeit viel zu groß und sein Lebensstil viel zu unkompliziert, zu einfach und — er hört das Wort nicht gern — zu schlicht . . .

Wer den alten Herrn näher kennt, wer mit ihm plaudern konnte über dies und jenes, wer sein schelmisch-ironisches, humorvolles Augenzwinkern erlebte, die Wärme und Klugheit, die unkomplizierte und unzeremonielle Art, der wird von der Persönlichkeit Theodor Heuss' tief und nachhaltig beeindruckt sein. Die Bilder und Sprachfiguren, deren er sich bei der Rede und beim zwanglosen Plaudern bedient, die Bildung, der Gedankenreichtum und sein plastischer Witz sind wie eine Farbenpalette. Die Offenheit und Unmittelbarkeit seines Wesens, die Milde und Versöhnlichkeit seines Geistes, der unverwechselbare Tonfall von Ironie, Wärme und Weisheit — seine Rede ist ein Aneinanderreihen reizvoller Genrebilder — haben ihm in seiner Amtszeit in der Masse des Volkes ungewöhnliche Verehrung und Zuneigung eingetragen.

Henkels, Walter: Zeitgenossen. Hamburg 1953 (Rowohlt) S. 23—27

Theodor Heuss war 1948/49 der erste Bundesvorsitzende der „Freien Demokratischen Partei" (FDP). Dieser Parteiname setzte sich jedoch erst 1948 durch für die vielfältigen liberalen Strömungen, die nach 1945 unter verschiedenen Parteinamen entstanden waren. Die Liberalen betonten das Recht auf Privateigentum und die Bedeutung der „freien Initiative" für die Wirtschaft.

Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in München

Seit dem Herbst 1945 haben sich in einer stilvoll eingerichteten Altbau-Wohnung in München-Schwabing immer wieder ein gutes Dutzend Männer getroffen, um eine liberale Partei ins Leben zu rufen. Hauptakteure sind der Kaufmann Walter Sternfeld, der einmal FDP-Vorsitzender in München werden wird, Otto Bezold, später einmal Vizepräsident des bayerischen Landtags, und Maximilian Fuchs, früher einmal Sekretär der Demokratischen Partei.

Besonders Bezold taucht immer wieder bei Captain Tully auf und drängt darauf, eine Lizenz zu bekommen. Bis der Captain eines Tages ein Parteiprogramm sehen will. Das bringt die Liberalen ernstlich in Verlegenheit, denn daran haben sie noch gar nicht gedacht. Da erinnert sich Maximilian Fuchs, daß irgendwo am Tegernsee die Witwe von Professor Rothenbücher, eines wichtigen Mitgliedes der alten Demokratischen Partei, lebt. Dort müßte sich ein altes Parteiprogramm finden lassen. Aber wie dahin kommen?

Bezold fragt, wie Georg Wulfius später berichten wird, den Captain, ob er nicht einen Jeep bekommen könnte. Tully aber ist auch geographisch nicht so recht auf dem laufenden. „Where ist the lake?" Bezold: „Etwa 50 Kilometer von München entfernt."

Tully schlägt die Bitte aus. Er könne Bezold keinen Jeep geben, da das eine Bevorzugung einer Partei darstellen würde. Statt dessen schlägt der Captain vor: „Mr. Bezold, warum fragen Sie mich denn nicht, ob ich Ihnen nicht mal eine kleine Erholungsfahrt, einen Ausflug an diesen See, ermögliche?"

Bezold versteht nur langsam. Schließlich stellt ihm Tully einen Jeep und einen Fahrer zur Verfügung, und er läßt in den Jeep auch noch ein Freßpaket mit Sandwiches packen, weil er vermutet, daß Bezold vor lauter Bescheidenheit zu wenig Kilometer angegeben hat.

Die Fahrt wird ein Erfolg. Bezold trifft Frau Rothenbücher. Er bekommt ein Programm der Demokratischen Partei, das er in München ein bißchen umarbeitet und bei Captain Tully einreicht. Ergebnis: Ab 30. November 1945 hat die LDP ihre Lizenz.

Rudolph, Hagen: Die verpaßten Chancen. Hamburg 1979, S. 241/243

Die CSU — eine neue Partei

Die stärkste politische Kraft in Bayern zwischen 1918 und 1933 war die Bayerische Volkspartei (BVP). Sie war eine konservative, förderalistische Partei katholischer Prägung. Das Zentrum, die katholische Schwesterpartei, bestand in Bayern nicht. 1945 stellte sich die Frage, ob man die BVP wiederbeleben oder eine überkonfessionelle Partei gründen sollte.

In der CSU war das förderalistische Erbe der BVP nicht unumstritten. Zwei in etwa gleich starke Gruppen standen einander gegenüber: der altbayerische Flügel unter Führung von Fritz Schäffer und Alois Hundhammer auf der einen, Josef Müller und seine vornehmlich fränkischen Anhänger auf der anderen Seite.

Am 28. Mai 1945 hatte die amerikanische Militärregierung Schäffer, den letzten Vorsitzenden der BVP vor der „Machtergreifung", zum Ministerpräsidenten ernannt. Ursprünglich hatte Schäffer die Absicht, die BVP wiederzugründen, verzichtete aber vorerst aus taktischen Gründen darauf. Wie die meisten bürgerlichen Politiker befürchtete er einen allgemeinen Linksrutsch in der Bevölkerung als Folge der wirtschaftlichen Notlage. Daher versuchte er, die Besatzungsmacht gegen eine rasche Zulassung politischer Parteien einzunehmen.

Damit trat er erstmals in Gegensatz zu Josef Müller. Zwar glaubte auch dieser an ein anfängliches Übergewicht der sozialistischen Parteigruppen, doch zog er daraus andere Folgerungen als Schäffer. Früh begann er mit der Sammlung Gleichgesinnter. Dabei bediente er sich des Wohlwollens der Amerikaner, das sie dem ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Häftling entgegenbrachten; ein ungemein wichtiger Vorteil, der sich zuvörderst in Freizügigkeit auszahlte.

Anfang Juli 1945 traf Müller in Rothenburg o. T. mit Adam Stegerwald zusammen, der damals im Auftrag der Amerikaner die Verwaltungsgeschäfte des Regierungsbezirks Mainfranken versah und politisch wieder aktiv zu werden gedachte. Stegerwald hatte sich in den zwanziger Jahren als Kritiker der Weimarer Parteienvielfalt einen Namen gemacht. Sein leidenschaftlicher Appell auf dem Essener Gewerkschaftskongreß von 1920, das Zentrum müsse zu einer überkonfessionellen und mehrheitsfähigen Partei reformiert werden, war noch in guter Erinnerung. Jetzt sah Stegerwald sich von der Geschichte bestätigt. Für ihn kam eine Neuauflage von BVP und Zentrum nicht in Betracht.

Josef Müller teilte diese Auffassung voll und ganz. Die Weimarer Parteien hatten sich zu eng erwiesen und überdies im Kampf gegen die NSDAP versagt. Allein ein völliger Neubeginn konnte die Übernahme deutscher Politik durch Deutsche moralisch rechtfertigen. Eine neue Partei die nicht mit dem Kainsmal des Vergangenen behaftet war, mußte geschaffen werden.

Muchler, Günter, CDU/CSU — Das schwierige Bündnis, München (Verlag Ernst Vogel)

Der US-Leutnant und die CSU

Frühwinter 1945. Im Landkreis Schonau erwecken die Gründungsaktivitäten für die »Christlich Soziale Union« den Argwohn des zuständigen »US Legal Officer«. Hinter dem Wort »christlich« in dem Parteinamen vermutet der jüdische Leutnant eine rassistisch motivierte Abgrenzung gegenüber Juden. Der stellvertretende Schongauer Landrat Franz Josef Strauß räumt die Bedenken des Besatzungsoffiziers überzeugend aus: »Bei uns kann jeder Mitglied werden, der sich zur Satzung bekennt. Hier ist ein Aufnahmeantrag. Wenn Sie ihn unterschreiben, sind Sie Mitglied.«

Klein, Hans. Anekdoten über Franz Josef Strauß, Percha, (Verlag R. S. Schutz)

Wahlkampf 1949

Die parteipolitischen Gegensätze der Nachkriegsjahre traten im Wahlkampf zum 1. Deutschen Bundestag 1949 sehr deutlich hervor:

Am 14. August 1949 wird der Erste Deutsche Bundestag gewählt. Bis zuletzt bleibt der Ausgang der Wahl ungewiß, allgemein wird mit einem knappen Sieg der SPD gerechnet. Bei einer überraschend hohen Wahlbeteiligung von 78,5 Prozent erhält die CDU/CSU 31 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die SPD nur 29,2 Prozent auf sich vereinigen kann.

Vorausgegangen ist ein Wahlkampf, an dem sich insgesamt 16 Parteien beteiligen, der aber von Anfang an im Zeichen heftigster Auseinandersetzungen zwischen den beiden Hauptrivalen CDU (in Bayern CSU) und SPD steht. Gegensätze in weltanschaulichen Fragen (Stellung zur Kirche, Elternrecht) und die Wirtschaftspolitik sind die zentralen Themen, Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher die Hauptmatadore. In der Verhinderung einer Mehrheit der Linksparteien zur Sicherung und Fortführung des vom Frankfurter Wirtschaftsrat eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurses sieht Adenauer das Ziel des Wahlkampfes. Schumacher sagt dagegen der „freien Marktwirtschaft Professor Erhards" den erbitterten Kampf an und stellt im Falle eines Wahlsieges die Sozialisierung von Großindustrie, Kredit-, Finanz- und Versicherungswesen in Aussicht. Die in beiden Parteien vorhandenen Befürworter einer großen Koalition können sich nicht durchsetzen. Beide Parteiführer stellen die grundsätzlichen Gegensätze ihrer Parteien heraus und setzen auf die Wirksamkeit programmatischer Alternativen und eindeutiger Fronten. Wechselseitige Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit und Vorwürfe, Lügen zu verbreiten, kennzeichnen die emotionsgeladene Endphase des Wahlkampfes. Die katholische Kirche unterstützt die Unions-Parteien, die Gewerkschaften stehen der SPD zur Seite.

Weber, Jürgen: Die Bundesrepublik nimmt Gestalt an. In: Das Gründerjahr. (Schulfunk SDR/SR/SWF), S. 6/1

V. Schuld und Strafe

Entnazifizierungsverfahren vor einer Spruchkammer.

1. Vergangenheitsbewältigung und Kollektivschuldthese

Die Alliierten hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Verantwortlichen für die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft zu bestrafen. Führenden Nationalsozialisten wurde, soweit sie sich nicht bereits durch Selbstmord oder Flucht einer Bestrafung entzogen hatten, 1945/46 in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof der Prozeß wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsgebräuche und gegen die Menschlichkeit gemacht. Sie wurden zu Todesstrafen oder bis zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt. Die Sieger hofften, durch diesen Prozeß neue völkerrechtliche Maßstäbe zu setzen. Umstritten blieb, ob hier Recht gesprochen oder Rache geübt wurde.

Der Nürnberger Prozeß

Der „Nürnberger Prozeß" löste erneut eine Welle der Ablehnung und der Feindseligkeit gegenüber Deutschland aus, wurden doch durch ihn Einzelheiten der nationalsozialistischen Verbrechen bekannt. Die deutsche Bevölkerung stand, mit eigenen Sorgen beschäftigt, dem Prozeß apathisch gegenüber; die Vorstellung, daß es sich um Siegerjustiz handle, war weit verbreitet. Die Untaten des Dritten Reiches wurden mit den Schäden des Luftkrieges verglichen. Auch wurde an der Auswahl der Angeklagten Kritik geübt; jeder von ihnen wurde anders beurteilt. Vor allem wurde summarische Anklage gegen Massenorganisationen als eine Folge generalisierender Kollektivbeschuldigung verstanden.

Deuerlein, Ernst: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1955. Konstanz 1965 (Athenaion), S. 73

Die „Kollektivschuld"

Die Weltöffentlichkeit, bestürzt und empört über die täglich neuen Enthüllungen nationalsozialistischer Untaten, drang auf Maßnahmen zur Bestrafung aller Schuldigen und zur Ausmerzung nazistischer Auffassungen. In dieser Situation entstand der Begriff von der *„Kollektivschuld des deutschen Volkes":* Nicht nur die nationalsozialistischen Usurpatoren, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sind verantwortlich für den Ausbruch des Krieges und für die verübten Verbrechen.

Deuerlein, Ernst: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1955. Konstanz 1965 (Athenaion), S. 68

Der Bundespräsident Theodor Heuss:

Es hat keinen Sinn, um die Dinge herumzureden. Das scheußliche Unrecht, das sich am jüdischen Volke vollzogen hat, muß zur Sprache gebracht werden in dem Sinne: Sind wir, bin ich, bist du schuld, weil wir in Deutschland lebten, sind wir mitschuldig an diesem teuflischen Verbrechen? Das hat vor vier Jahren die Menschen im Inland und im Ausland bewegt. Man hat von einer „Kollektivschuld" des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahintersteht, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis es gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe.

Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat — und er hat uns viel angetan —, ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.

Aus der Rede des Bundespräsidenten am 7. Dezember 1949 im kleinen Kursaal zu Wiesbaden anläßlich einer Feierstunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Wiesbaden.

Der Philosoph Karl Jaspers:

Angesichts der Verbrechen, die im Namen des deutschen Reiches verübt worden sind, wird jeder Deutsche mitverantwortlich gemacht. Wir haften kollektiv. Die Frage ist, in welchem Sinn jeder von uns sich mitverantwortlich fühlen muß. Zweifellos in dem politischen Sinne der Mithaftung jedes Staatsangehörigen für die Handlungen, die der Staat begeht, dem er angehört. Darum aber nicht notwendig auch in dem moralischen Sinne der faktischen oder intellektuellen Beteiligung an den Verbrechen. Sollen wir Deutsche für die Untaten, die uns von Deutschen zugefügt wurden, oder denen wir wie durch ein Wunder entgangen sind, haftbar gemacht werden? Ja, — sofern wir geduldet haben, daß ein solches Regime bei uns entstanden ist. Nein — sofern viele von uns in ihrem innersten Wesen Gegner all dieses Bösen waren und durch keine Tat und durch keine Motivation in sich eine moralische Mitschuld anzuerkennen brauchen. Haftbarmachen heißt nicht als moralisch schuldig erkennen.

Kollektivschuld also gibt es zwar notwendig als politische Haftung der Staatsangehörigen, nicht aber darum im gleichen Sinne als moralische und metaphysische und nicht als kriminelle Schuld ...

Politisch handelt im modernen Staat jeder, zum mindesten durch seine Stimmabgabe bei Wahlen oder durch Unterlassung des Wählens. Der Sinn politischer Haftung erlaubt es niemandem, auszuweichen.

Jaspers, Karl: Die Schuldfrage (1946)

Verfahren vor deutschen Gerichten

Deutsche plädierten dafür, die im deutschen Namen begangenen Verbrechen und Unrechtstaten auch im deutschen Namen zu verfolgen und zu sühnen, die Verfahren in die eigene Gerichtsbarkeit zu überführen:

„Das Urteil eines deutschen Gerichtes wird einen ungleich größeren Widerhall beim deutschen Volk haben, als es die Strafe eines internationalen Militärgerichtes haben kann. In Anbetracht der Entwicklung einer neuen deutschen Demokratie in den kommenden Jahren ist ein solches Vorgehen politisch von großer Wichtigkeit und wird auch einen wichtigen Beitrag zur endgültigen Entnazifizierung des deutschen Volkes leisten. Es wird außerdem das Entstehen einer Legende verhüten, der Legende nämlich, die Kriegsverbrecher seien zwar von einem internationalen Tribunal, nicht aber vom deutschen Volk verurteilt worden."

Die Alliierten folgten dieser Argumentation. Die Entnazifizierung wurde in deutsche Hände gelegt.

Trees, Wolfgang u. a.: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste) S. 191

2. Entnazifizierung

Problematische Entnazifizierung

Der Kontrollrat wünschte eine einheitliche Handhabung der Entnazifizierung; er erließ am 12. Januar 1946 die Direktive Nr. 24, die Richtlinien für die politische Bereinigung von Ämtern und verantwortlichen Stellungen enthielt; ihr war eine Liste mit 99 Kategorien für Nationalsozialisten, höhere Beamte und Militärpersonen beigegeben. Die Entfernung weiterer Kategorien aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben war dem Ermessen der Entnazifizierungsbehörden überlassen. Auf der Grundlage der Direktive erging für die amerikanische Besatzungszone das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus", das am 5. März 1946 im Rathaus zu München unterzeichnet wurde. Es sah die Einteilung der vom Gesetz Betroffenen in fünf Kategorien (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete) vor; als Strafen, die als „Sühnemaßnahmen" deklariert wurden, waren Geldbuße, Vermögensentzug, Amtsenthebung, Berufsausschluß, Pensionsverlust, Wahlrechtsbeschränkung und Arbeitslager bis zu 10 Jahren vorgesehen. Zur Durchführung des Gesetzes wurde in jedem Land ein sogenanntes Befreiungsministerium errichtet, dem die gleichzeitig gebildeten Spruchkammern, Berufungskammern und der Kassationshof nachgeordnet waren. Alle Verfahren waren öffentlich und wurden in Anlehnung an das Prozeßrecht durchgeführt; die Militärregierungen behielten sich die Überprüfung und Einziehung aller Sprüche vor . . .

Die Entnazifizierung führte zu einer tiefen und langanhaltenden Erregung der deutschen Öffentlichkeit. Sie machte umfangreiche Ermittlungen erforderlich, bei denen Denunziationen nicht ausgeschlossen werden konnten. Da für die Besetzung der Spruchkammern juristisch geschultes Personal nur in beschränktem Umfang zur Verfügung stand, war deren Ansehen nicht unbestritten. Die wieder oder neu entstandenen politischen Parteien, zur Mitwirkung an der Entnazifizierung aufgerufen, empfanden diese in zunehmendem Maße als unliebsame Belastung. Die kleinen Fälle wurden zuerst behandelt; ihre Beschuldigten wurden z. T. hart bestraft. Die „Großfälle", deren Abwicklung durch umfangreiche Ermittlungen und Erhebungen verzögert wurde, profitierten von der zwischenzeitlich eingetretenen Veränderung der Haltung der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland; sie erhielten vergleichsweise lächerliche Sühnemaßnahmen . . .

Die mit der Entnazifizierung verfolgten Ziele wurden nicht erreicht; in der sowjetischen Besatzungszone ging sie in dem von der Besatzungsmacht eingeleiteten Gesellschaftsumbau unter, in den westlichen Besatzungszonen schuf sie Unbehagen. Weder die intellektuellen Urheber und die politischen Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, noch diejenigen, die in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern Europas Verbrechen begangen hatten, wurden von ihr erfaßt. Belastete wurden durch Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen, „Persil-Scheine" genannt, reingewaschen. Eine weitläufige Diskussion über das „Recht auf den politischen Irrtum" (Eugen Kogon) nahm ihren Anfang. Die Unzulänglichkeit der Entnazifizierung als Ersatz für die ausgebliebene Selbstbefreiung des deutschen Volkes wurde in zahlreichen Untersuchungen herausgestellt, die unterschiedliche, vom Zeitpunkt der Behandlung abhängige Beurteilung des einzelnen Falles und die stark voneinander abweichende Verfahrensweise in den einzelnen Besatzungszonen scharf kritisiert.

Deuerlein, Ernst: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1955. Konstanz 1965 (Athenaion), S. 77/78

Kritik an der Entnazifizierungspraxis

Das Entnazifizierungsgesetz hatte den Kreis der „Betroffenen" viel zu weit gezogen. Wir hatten wiederholt vorgeschlagen, die große Masse der Mitläufer mit geringen Geldbußen davonkommen zu lassen. Das wurde von der Besatzungsmacht stets abgelehnt. Als schließlich die Zahl der Fälle unübersehbar wurde, griff die Militärregierung mit Amnestien ein, die vor allem den Jugendlichen zugute kamen. Eine große Schuld an dem Mißlingen des Gesetzes trug der Umstand, daß die Spruchkammern parteipolitisch zusammengesetzt waren. Sie nahmen sich vor allem der kleinen Fälle an, um Leute, die aus Geschäft und Beruf geworfen waren, möglichst bald wieder ins Brot zu bringen. So blieben die schweren Fälle liegen.

Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. München 1959 (Isar-Verlag) S. 237

Aus dem Fragebogen

99 Sind Sie jemals zu einem Schweigegebot für eine Organisation verpflichtet worden? ..... 100. Falls ja, geben Sie die Organisation und Einzelheiten an .....

101. Haben Sie irgendwelche Verwandte, die jemals Amt, Rang oder einflußreiche Stellungen in irgendeiner der von Nr. 41 bis 95 angeführten Organisationen haben? ..... 102. Falls ja, geben Sie deren Namen und Anschriften an, den Grad Ihrer Verwandtschaft sowie eine Beschreibung der Stellung und Organisation. .....

.....

.....

103. Mit Ausnahme von kleineren Beiträgen zur Winterhilfe und ordnungsmäßigen Mitgliedsbeiträgen, geben Sie nachfolgend im Einzelnen alle von Ihnen direkt oder indirekt an die NSDAP oder irgendeine andere der oben angeführten Organisationen geleisteten Beiträge in Form von Geld oder Besitz an, einschließlich aller auf Ihr Ersuchen oder auf Grund Ihres Einflusses seitens einer natürlichen oder juristischen Person oder einer anderen rechtlichen Einheit geleisteten Beiträge .....

.....

.....

104 Sind Ihnen von einer der oben angeführten Organisationen irgendwelche Titel, Orden, Zeugnisse, Dienstgrade verliehen oder andere Ehren erwiesen worden? ..... 105. Falls ja, geben Sie an, was Ihnen verliehen wurde, das Datum, den Grund und Anlaß für die Verleihung .....

.....

106. Waren Sie Mitglied einer politischen Partei vor 1933? ..... 107. Falls ja, welcher? ..... 108. Welche politische Partei haben Sie in der Novemberwahl 1932 gewählt? ..... 109. Und im März 1933? .....

110. Wären Sie seit 1933 Mitglied einer verbotenen Oppositionspartei oder -gruppe? ..... 111. Welcher? .....

112. Seit wann? .....

VI. Eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung

1. Reisen in Deutschland

Bekanntmachung V des Bürgermeisters der Stadt Ebingen vom 27. 6. 1945

Zum Fußgänger-Verkehr innerhalb des Kreises Balingen ist kein Passier-Schein mehr notwendig. Dies gilt auch für den Weg über Straßberg nach Winterlingen. Jede Person muß stets einen gültigen Personal-Ausweis bei sich führen.

Dagegen ist der Fahrradverkehr innerhalb des Kreises ohne besondere Genehmigung des Kreiskommandeurs in Balingen verboten. Innerhalb der Stadt Ebingen ist der Fahrradverkehr nur mit dem vom Stadtkommandanten ausgestellten Ausweis zulässig.

Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts. Köln/Berlin 1954 (Kiepenheuer & Witsch) Band I, S. 184

Arbeit und Buße für die Deutschen

Im Januar 1946 befragte der „Wiener Kurier" den damaligen österreichischen Bundeskanzler Dr. Leopold Figl um seine Ansichten über den österreichischen Fremdenverkehr. Das Interview schließt mit den Sätzen: „Was den Reiseverkehr von Deutschland aus betrifft, so vertrat der Bundeskanzler die sicher berechtigte Ansicht, daß die Deutschen in Zukunft erst einmal arbeiten und ihre ‚Bewährungsfrist' abzahlen müssen, bevor Österreich und jedes andere Land daran denken wird, sich mit Besuchern zu befassen. Arbeit und Buße sind für die Deutschen im Augenblick die einzige Medizin, und nicht Erholung in Österreich und anderen fremden Ländern."

Aus „Der Tagesspiegel" vom 1. Dezember 1946

Ein Spiegel der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ist die Prioritätenliste für die Güterbeförderung auf Schiene und Wasserstraße im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet:

Stand: 28. Juni 1947

Dringlichkeitsstufe[a]	
1 a	Militärgut
1 b	Besatzungsverkehr
2	Lebensmittel aller Art, einschließlich landwirtschaftlicher und Gartenbauerzeugnisse
3 a	Kohle und Koks
3 b	Bergwerksbedarf einschließlich Kleidungs- und Kantinenbedarf
3 c	Grubenholz und Gasreinigungsmasse
4 a	Einfuhrgut
4 b	Ausfuhrgut einschließlich Reparationen
4 c	Transitgut

[a] *Dringlichkeitsstufen 1—4 unterliegen der Genehmigung der Militärregierung*

Abelshauser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945 — 1948. Stuttgart 1975 (DVA), S. 131

„Hamsterfahrt".

Eine Reise nach Berlin

Schlimmer und nervenaufreibender als der Zwang früherer Jahre ist der der Bürokratie. Ein auf dem Lande wohnender Geschäftsmann beantragt einen Interzonenpaß nach Berlin. Auf dem Landratsamt in Bückeburg liefert er den erforderlichen Fragebogen ab und erfährt dabei, daß dieser sowohl englisch als auch deutsch ausgefüllt werden muß. Der Beamte hätte es vielleicht gleich sagen können. Ein zweites Mal bringt der Antragsteller den Fragebogen zur Behörde. In drei Wochen soll er spätestens die Genehmigung erhalten. Doch inzwischen tritt ein neues Genehmigungsverfahren in Kraft, dadurch dauert es fünf Wochen. Die Genehmigung wird in Hameln erteilt. Die Post von dort läuft sechs Tage. Die ab Ersten des Monats laufende Genehmigung kommt am 6. in die Hände des Empfängers. Eine Woche ist verloren. Er kommt zur Bahn und will eine Fahrkarte kaufen, doch die muß — trotz Papierknappheit — schriftlich mindestens acht Tage vorher beantragt werden. Entgegenkommenderweise wird eine Karte für den 11. zugesagt. Der Antragsteller geht zum Ernährungsamt in Bückeburg, um Interzonenlebensmittelkarten, welch ein ansprechendes Wort, zu erhalten. Doch das ist nicht zuständig, meint, daß es die Karten irgendwo in Hannover gäbe, weiß aber nicht wo. Durch Zufall ist ein Angehöriger des Ernährungsamtes Stadthagen zugegen. Er weiß, daß seine Behörde für den Fall zuständig ist. Der Antragsteller reist am nächsten Tag nach Stadthagen. Das kostet einen halben Tag, abgesehen von dem Fahrgeld, inzwischen zeigt der Kalender den 8. des Monats an. Doch in Stadthagen braucht der Reisende eine schriftliche Reiseabmeldung der heimatlichen Dorfgemeinde. Ohne diese ist die Ausgabe der Karten nicht möglich. Das hat der Beamte aus Stadthagen gestern nicht für nötig gehalten, auch noch zu sagen. Der örtliche Bürgermeister ist ein freundlicher Mann, er macht keine Schwierigkeiten. Am 9. geht die Reise wieder nach Stadthagen. Wehe, wenn sie diesmal nicht Erfolg hat. Denn der 10. ist ein Sonntag, und es sind doch auch alle Vorbereitungen für den 11. als Reisetag getroffen. Mehr als ein Drittel der genehmigten Reisezeit ist verstrichen, noch ehe die Reise angetreten werden konnte, und dabei waren noch soviel Entgegenkommen und glückliche Umstände im Spiele. Eher denn am Hunger geht die Menschheit an der Bürokratie zugrunde. — Wieder nur ein Beispiel für zehntausende.

Rümelin, Hans A. (Hrsg): So lebten wir ... Ein Querschnitt durch 1947. Willsbach (Württemberg) 1948, S. 32/33

2. Produktion und Demontagen

Die Ziele der Sieger

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beruhte im wesentlichen auf den Vereinbarungen der Kriegskonferenzen von Teheran (Nov./Dez. 1943) und Jalta (Februar 1945). Mit ihm wollten die Alliierten folgende Ziele erreichen:

— die völlige Abrüstung Deutschlands einschließlich der Demontage der Rüstungsindustrie,
— die Vernichtung des Nationalsozialismus,
— die Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland,
— die Zentralisierung von Verwaltung und Wirtschaft.

Ferner sah das Potsdamer Abkommen vor, daß die Siegermächte in ihren jeweiligen Besatzungszonen Reparationen, also Maschinen und Waren, entnehmen konnten, um die Schäden wiedergutzumachen, die Deutschland während des Krieges verursacht hatte. Eine weitere wichtige Maßnahme war die angekündigte Verhaftung und Anklage gegen die Kriegsverbrecher sowie die Entfernung von mehr als nominellen Mitgliedern der NSDAP aus öffentlichen Ämtern und verantwortlichen Positionen der Privatwirtschaft.

Weber, Jürgen: 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Band I: Auf dem Wege zur Republik 1945 — 1947. München 1978, S. 27

Wirtschaftskrise 1946/1947

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Notlage in Deutschland zeigte sich nicht sofort. Für das Existenzminimum genügte nämlich das deutsche Wirtschaftspotential im ersten Nachkriegsjahr tatsächlich noch. Bis Ende 1946 reichten die aus der Kriegszeit geretteten Vorräte an Rohstoffen für eine bescheidene Produktion noch aus. Mit dem Beginn des strengen Winters 1946/47 jedoch wurde die Katastrophe sichtbar: Ernährung, Energieversorgung und Verkehr — drei ohnehin voneinander abhängige, aber auch jeweils für sich allein genommen lebenswichtige Größen — brachen zusammen. Nur das Eingreifen der Besatzungsmächte (de facto: Großbritanniens und vor allem Amerikas) verhinderte das Ärgste . . .

Zur Ernährungskrise kam die Kohlenkrise. Kohle war der wichtigste Rohstoff der deutschen Industrie, aber ebenso unerläßliche Voraussetzung eines funktionierenden Verkehrs- und Transportsystems und wichtigster Energieträger der privaten Haushalte . . .

Trotz beträchtlicher Anstrengungen auf alliierter (und auf deutscher) Seite, die Kohleförderung zu steigern, trotz materieller Anreize wie Schwerstarbeiterzulagen, Lohnerhöhungen und Prämiensystemen und trotz aller Bemühungen, durch Lenkungsmaßnahmen Prioritäten zu setzen, bildete die Kohle das Wirtschaftsproblem Nummer 1.

Das lag zum Teil an mangelnder Effektivität der veralteten und verbrauchten Anlagen, zum Teil auch an der mangelnden Qualifikation der Bergleute — eine Folge der ungünstigen Altersstruktur einerseits und des Zuzugs von unerfahrenen „Neubergleuten" andererseits —, zum Teil lag es auch am unwirtschaftlichen Einsatz der Kohle infolge der Zonengrenzen (Braunkohle aus der Ostzone, die zum Hausbrand gut geeignet gewesen wäre, diente bei geringem Wirkungsgrad dort zur Lokomotivfeuerung, während in den Westzonen Steinkohle der Industrie entzogen werden mußte, um verheizt zu werden). Wichtige Gründe waren wiederum die Ernährungskrise und das mangelhafte Transportsystem. Die Verteilung der Kohle war nämlich das fast noch größere Problem als ihre Förderung.

Benz, Wolfgang: Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 — 1949. München 1976 (Beck), S. 74/75

Der „Teufelskreis" der Wirtschaft

Der Außenhandel selbst war den Deutschen durch die Organe der Besatzungsmächte aus der Hand genommen und die Demontage in vollem Gange. Auch dem persönlich wohlwollendsten Vertreter der Militärregierung waren durch diese allgemeinen Strangulationsmaßnahmen der Alliierten die Hände gebunden, wenn er den Deutschen hätte helfen wollen, den „Teufelskreis" (. . .) zu durchbrechen. Weil der Kohlenarbeiter nicht genug zu essen bekam, konnte nicht mehr Kohle produziert werden, mangels Kohle stockte die — damals ohnehin noch zum Teil unter Verbot stehende — Stickstoffproduktion, und mangels Düngung blieb die Getreideerzeugung zu niedrig. Es war einer der gröbsten Widersprüche der alliierten Wirtschaftspolitik, daß sie von der deutschen Landwirtschaft die höchstmöglichen Leistungen forderte, um die Ernährungskrise zu überwinden und außerdem eine Bekämpfung des Schwarzen Marktes verlangte, aber gleichzeitig durch Demontagen und Produktionsverbote in der Industrie die Erzeugung der so dringend gebrauchten Betriebsmittel behinderte, deren Knappheit verschärfen half und dadurch dem Tauschhandel und Kompensationsverkehr selbst Vorschub leistete.

Schlange-Schöningen, Hans: Im Schatten des Hungers. Hamburg 1955 (Paul Parey) S. 80/81

Wirtschaftliche Grunddaten

Anteil der Besatzungszonen an Fläche, landwirtschaftlicher Nutzfläche, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential des Gebietes der vier Besatzungszonen Deutschlands (1946; vH)

Gebiet	Fläche	landw. Nutzfläche	Wohnbevölkerung		Arbeitskräftepotential
	1946	1946	1939	1946	1939
Amerikanische Zone	30,4	28,9	24,3	26,2	33,5
Britische Zone	27,6	29,8	33,6	34,2	24,1
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	58,0	58,7	57,9	60,4	57,6
Französische Zone a)	11,4	10,5	9,0	7,8	8,7
Sowjetische Zone	30,3	30,8	25,8	26,9	25,7
Berlin	0,3	—b)	7,4	4,9	8,0
Vier Zonen u. Berlin	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

a) Einschließl. Saargebiet; b) nach Sektoren den einzelnen Besatzungszonen zugeschlagen.

Abelshauser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945—1948. Stuttgart 1975 (DVA), S. 79.

Gemäß den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens sollte die deutsche Rüstungsindustrie vollständig vernichtet werden, und zur Bezahlung der Reparationen sollten deutsche Fabrikanlagen und Maschinen abgebaut und im Ausland wiedererrichtet werden. Diese Demontage industrieller Produktionsstätten hat das Verhältnis zwischen den Alliierten und den Deutschen erheblich belastet. In der Ablehnung dieser Demontagepolitik waren sich die deutschen Regierungen, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer und Arbeiter einig, weil sie diesen Abbau als sinnlose Zerstörung von Betrieben und Arbeitsplätzen ansahen. Die Haltung der Alliierten in dieser Angelegenheit war widersprüchlich: Einerseits leisteten sie mit ihren eigenen Steuergeldern Deutschland Hilfe und lieferten Lebensmittel, andererseits erschwerten sie es den Deutschen durch die Demontagen, selbst Waren zu produzieren, mit denen Deutschland die eingeführten Nahrungsmittel selbst bezahlen könnte. Mit fortschreitender Einsicht in diese Zusammenhänge setzten die drei westlichen Alliierten ab 1947 die Zahl der zu demontierenden Anlagen stark herab.

Die Demontage in Zahlen

Nach am 17. Oktober 1947 veröffentlichten Demontagelisten konnten die Briten aus ihrer Zone und dem Berliner Sektor Reparationsgüter aus insgesamt 496 Betrieben entnehmen. Ursprünglich hatte die IARA 842 Werke benannt. Tatsächlich wurden bis August 1950 411 total oder teilweise demontiert . . .

Die Amerikaner hatten in ihrer Zone ursprünglich 388 Werke angegeben, am 17. Oktober 1947 die Zahl auf 185 reduziert und bis August 1950 tatsächlich 183 demontiert. Darunter befanden sich in erster Linie Flugzeugwerke von Messerschmidt, Dornier, Junkers, Fieseler und Henschel. Die

Franzosen hatten zunächst 510 Werke benannt, am 6. November 1947 ihre Forderungen auf 266 zurückgenommen und bis August 1950 tatsächlich 103 demontiert, unter ihnen mehrere Flugzeugwerke von Dornier und die Vereinigten Kugellagerfabriken im südwestdeutschen Raum. Von den ursprünglich durch die IARA zusammengestellten 1740 Werken in den drei Westzonen sind damit bis Mitte 1950 real 697 zu Reparationszwecken total- oder teildemontiert worden.

IARA = Interalliierte Reparationsagentur

Overesch, Manfred: Deutschland 1945 — 1949. Königstein/Ts./Düsseldorf 1979 (Athenäum/Droste), S. 61

Folgen der Demontagepolitik

Für die Empfänger waren die demontierten Industrieanlagen großenteils wertlos: entweder waren sie unsachgemäß abgebaut und abtransportiert worden, oder die veralteten Fabriken arbeiteten unrentabel. In Westdeutschland konnten dagegen schon ab 1949 die demontierten Anlagen durch moderne und rationell arbeitende Werke ersetzt werden — nicht zuletzt mit amerikanischer Hilfe. Eines der Geheimnisse des „Wirtschaftswunders" der Fünfzigerjahre lag also in der ökonomisch sinnlosen Demontagepolitik der Alliierten.

Benz, Wolfgang: Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik. München 1976 (Beck) S. 78

Währungsreform — Umtausch der „Kopfquote".

3. Die Währungsreform

Gedanken an der Jahreswende 1947/48

Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

„... Das deutsche Volk ist immer noch ohne eigene Staatlichkeit und Souveränität, das Reich zerrissen und in Zonen aufgeteilt, die Wirtschaft trotz aller Planung planlos und außerstande, die Volksversorgung durchzuführen, die Arbeit in Gefahr, ihren sittlichen und wirtschaftlichen Wert zu verlieren, Treu und Glauben, Moral und Gesetz sind dabei, außer Kraft zu treten, Volkskraft und Volksgesundheit sind erheblich angegriffen, und eine im ganzen ungeklärte Lage kann nur eine ungeordnete Zukunft hervorbringen. Eigene Kraft reicht nicht aus, um dieser Entwicklung ein sofortiges Halt zu gebieten. Unsere einstigen und so fruchtbaren Beziehungen mit den Völkern der Welt wurden durch eine verhängnisvolle Gewaltpolitik zerstört. In solcher Lage nehmen wir Abschied vom Jahre 1947 und treten mit reicher Sorge in ein neues Jahr. Überall in unserem Volk wird mit banger Unruhe ihm entgegengesehen — was wird es bringen? ..."

(31. 12. 1947)

Weber, Jürgen: 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Band II. München 1979, S. 16

Am 20. Juni 1948 wurde in den drei Westzonen die schon lange geforderte und diskutierte Währungsreform durchgeführt, damit an die Stelle der „Zigaretten-Währung" des Schwarzen Marktes wieder „gutes" Geld trete, in welches die Bevölkerung Vertrauen setzen konnte. Die „Deutsche Mark" trat an die Stelle der Reichsmark. Das Umtauschverhältnis betrug 10 DM für 100 RM, bei Sparkonten sogar nur etwa 6,50 DM für 100 RM. Diese Währungsreform war insofern ungerecht, als Sparer und sozial Schwache die Hauptbetroffenen waren, während Schuldner und Besitzer von Sachwerten von dieser Reform profitierten. Weil der Handel vorher Waren gehortet hatte, waren „am Tag danach" die Läden voll mit den so lange vergeblich gesuchten Gütern. Die nun einsetzende stürmische Nachfrage ließ die Preise schnell steigen.

Am Tag danach

Sie hatten am Sonntag nach stundenlangem Anstehen in Warteschlangen, die manchmal über 100 Meter lang waren, ihre 40 D-Mark in Empfang genommen, den ersten Teil der Kopfquote, voller Skepsis, ob ihnen damit auch wirkliche Kaufkraft an die Hand gegeben war.

Am nächsten Morgen dann trauten sie ihren Augen nicht: Siehe da, die Heinzelmännchen hatten den Tisch gedeckt. In den Schaufenstern und Regalen der Geschäfte türmten sich die Waren geradezu. Nicht der alte Ramsch, nicht Aschenbecher, Feuerzeuge, Leuchter, Mausefallen und ähnliche Dinge, von denen es auch in den Jahren des Mangels immer genug gegeben hatte, nein, Kochtöpfe, Fahrräder, Schnürsenkel, Glühbirnen, Dinge, für die man früher von Geschäft zu Geschäft gelaufen war und doch vergeblich, alles war plötzlich wieder da. Und die Händler, die in den letzten Wochen froh schienen über jeden Kunden, den sie mit einem mürrischen Achselzucken aus dem Laden bekamen, weil er doch nur Reichsmark in die Kasse gebracht hätte, für die Großhandel und Produzenten schon lange nichts mehr herausrückten: Plötzlich bedienten sie wieder freundlich und zuvorkommend. Es war wie im Märchen, ein Wunder war geschehen.

Ein jahrelang angestauter Konsumbedarf brach sich nun Bahn. Viele Konsumenten gerieten bei dem Erlebnis, mit dem neuen Geld wirklich etwas kaufen zu können, in Rauschzustände. Und die Händler hatten nichts Eiligeres zu tun, als mit den frisch verdienten D-Mark sich bei Großhandel und Produzenten mit neuen Waren einzudecken. Der Geldumlauf erreichte eine atemberaubende Geschwindigkeit.

Willenborg, Karl-Heinz in: Weber, Jürgen: 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Band II. München 1979, S. 186

War die Währungsreform gerecht?

Am Tage der Währungsreform hielt mir der Bauunternehmer, bei dem ich zum Maurer umgeschult wurde, zwei Zwanzig-Mark-Scheine vor die Nase und sagte: Siehst du, jetzt habe ich genau so viel Geld wie du, jetzt kommt es nur darauf an, was man aus seinem Geld macht.

Ich war so naiv, daß ich tatsächlich einige Zeitlang glaubte, durch diesen Geldumtausch wären alle Menschen gleich geworden, alle hätten nun die gleichen Startchancen, die Währungsreform wäre eine besondere Art von Sozialisierung.

Der Bauunternehmer hatte ein Jahr später 2 Lastwagen und drei neue Betonmischer und ein neues Auto und einen Polier und 128 Arbeiter; ich konnte mir damals endlich ein neues Fahrrad kaufen, ich war anscheinend nicht tüchtig, ich habe nur 10 Stunden am Tag gearbeitet.

Nach einem weiteren Jahr begann ich zu ahnen, daß wir in dieser Bundesrepublik noch nicht alle gleichgeworden sind, daß sich irgendwie ein Mechanismus in Bewegung gesetzt haben mußte, der die einen begünstigte, die anderen benachteiligte — und dem, der hatte, noch gegeben wurde, dem, der nicht hatte, noch genommen wurde.

Max von der Grün: Was ist eigentlich passiert? In: Drewitz, Ingeborg: Städte 1945. Köln 1970 (Eugen Diederichs Verlag), S. 53/54

„Normalverbraucher" 1949

Wie und wovon lebte die Familie Normalverbraucher? Die Einzelhandelsgeschäfte füllten ihre Schaufenster wieder mit Fleisch, Wurst und Brot. Gebrauchte Autos und Motorräder wurden spaltenlang in den Zeitungen angeboten. Für manche Erzeugnisse wurde sogar schon geworben, für Strümpfe, Kaffee, Küchenherde, Weine, Stoffe. Doch die erste Teuerungswelle seit Einführung des neuen Geldes rollte durch das Land. Gleichwohl waren manche Waren unverändert rationiert. Wie also sah der Alltag zwischen Lohntüte und Einkaufsnetz aus?

Hans B., 33jähriger Schlosser, verheiratet, zwei kleine Kinder. »Ich verdiene nicht schlecht«, sagt er. Jeden Freitag erhält er 55 Mark auf die Hand für seine 45stündige Arbeitswoche. Erna, seine Frau, erzählt:

»Mein Mann gibt mir vom Montag mit Freitag täglich drei Mark Wirtschaftsgeld.«

Nach dem Einkauf von Milch, Brot und Käse bleiben für das Mittag- und Abendessen der vierköpfigen Familie 1,70 Mark. Dieses Geld reicht für Gemüse, Teigwaren und ein paar Suppenwürfel. Und ausnahmsweise ein Glas Bier. Fleisch dampft nur sonntags in den Schüsseln. Den Wochenendeinkauf besorgt der Ehemann. Mit dem Einkaufsnetz und fünfzehn Mark für Samstag und Sonntag zieht er los. Siebzig Pfennig kosten zwei Eier, neunzig Pfennig die Sonntagssemmeln, das Pfund Schweinefleisch so um die drei, vier Mark. Und der Familienvater leistet sich ein Päckchen Tabak für zwei Mark.

Die Familie Hans B. ist kein Elendsfall des Jahres 1949. Das Monatseinkommen beträgt 220 Mark. Etwa 120 Mark gehen für die Ernährung drauf und ein bißchen Genuß: ein Bier, Kekse, Tabak. Die Monatsmiete beläuft sich auf knapp vierzig Mark. Zehn Mark für Gas und Strom, zwei Mark Radiogebühren und 2,40 für ein Zeitungsabonnement. Für Versicherungen, für einen Sportverein oder gar für einen Kinobesuch bleibt nichts.

Albrecht, Norbert: Deutschland. Zürich/München 1979 (Ringier) S. 82 und 85

4. Die soziale Marktwirtschaft

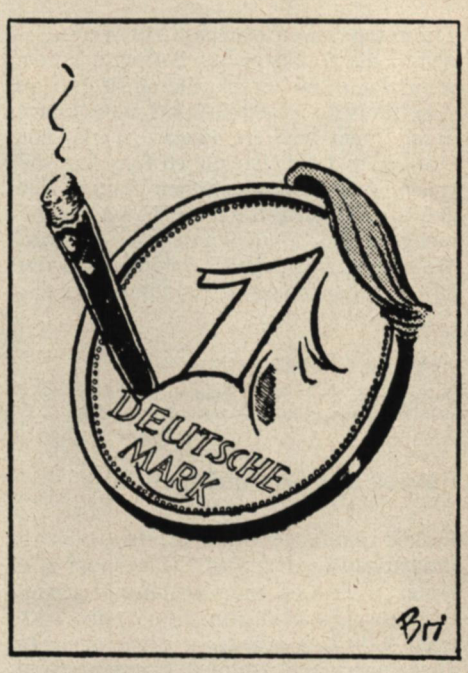
Gekoppelt mit der Währungsreform wurde in Westdeutschland auch eine Wirtschaftsreform angestrebt. Für den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Frankfurter Wirtschaftsrat, Ludwig Erhard, bestand der Kern dieser Maßnahmen in einer schnellen Aufhebung der strengen Bewirtschaftung (das heißt vor allem Freigabe der Preise, keine staatliche Planung oder Lenkung von Angebot und Nachfrage und Beschränkung des Staates auf seine Rolle als Hüter des Leistungswettbewerbs). Um die zukünftige Wirtschaftsordnung war eine heftige Kontroverse im Gang.

Kontroverse um die Wirtschaft

Zumindest fünf deutlich voneinander abgrenzbare Konzeptionen für den wirtschaftlichen Aufbau und die zukünftige Gestaltung des Wirtschaftssystems, hinter denen jeweils unterschiedliche soziale Gruppen verschiedener Größenordnung standen, können dabei auf deutscher Seite unterschieden werden. In einem groben politischen ,,Links-Rechts"-Spektrum stellen sich diese in etwa wie folgt dar: Das ,,linke" Extrem war die Errichtung einer Zentralverwaltungswirtschaft mit öffentlichem Eigentum an den Produktionsmitteln nach sowjetischem Muster. Dieses Konzept wurde vor allem von der KPD und, nach dem erzwungenen Zusammenschluß mit der SPD in der sowjetischen Zone, von der SED vertreten. Ein gemäßigter ,,demokratischer Sozialismus", der von einer Überführung der Großindustrie in Gemeineigentum, dezentralen Formen der Wirtschaftslenkung und der Beibehaltung in Privateigentum befindlicher mittelständischer Betriebe ausging, wurde demgegenüber von der SPD und großen Teilen der Gewerkschaften angestrebt. Diesem Konzept, wenn auch unterschiedlich begründet, stand auch der ,,christliche Sozialismus" nicht sehr fern, der vor allem in den Anfangsjahren nach 1945 von Teilen der CDU und der katholischen Kirche befürwortet wurde. Für einen ,,Ordo-Liberalismus", der unter Beibehaltung privater Eigentumsformen für einen geregelten Wettbewerb und einen kompensatorischen Ausgleich für sozial Schwache sorgen sollte, traten andere Teile der CDU, aber auch der FDP und anderer ,,bürgerlicher" Parteien ein. Das ,,rechte" Extrem eines durch staatliche Maßnahmen weitgehend uneingeschränkten ,,laissez-faire"-Kapitalismus entsprach schließlich ebenfalls den Vorstellungen von Teilgruppen der letztgenannten Parteien und, weitgehend, der Arbeitgeberverbände.

Berg-Schlosser, Dirk: Die Konstituierung des Wirtschaftssystems. In: Becker, Josef u. a.: Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1979 (W. Fink), S. 107

Trotz schwerer innerparteilicher Auseinandersetzungen in CDU und CSU unterstützten die Unionsparteien und die Liberalen Ludwig Erhards Konzep-



Das Gesicht der D-Mark.

tion von der sozialen Marktwirtschaft, die sich, von der SPD und den Gewerkschaften hart kritisiert, 1948/49 gegen Preissteigerungen und zunehmende Arbeitslosenzahlen durchsetzte.

Erhard: Wohlstand für alle

Das ist der soziale Sinn der Marktwirtschaft, daß jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, daß jeder Vorteil aus der Rationalisierung, jede Verbesserung der Arbeitsleistung dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht wird und einer besseren Befriedigung des Konsums dient.

Die Marktwirtschaft ist deshalb von dem System des freien Wettbewerbs nicht zu trennen; sie kann darum auch nicht auf die Funktion des freien Preises verzichten. Wer die Funktion des freien Preises ausschalten will — gleichgültig, ob das nun durch staatliche Stellen oder durch unternehmerische Organisationen wie durch Kartelle erfolgt —, ertötet damit den Wettbewerb und läßt die Wirtschaft erstarren.

In konsequenter Verfolgung dieser Gedankengänge habe ich es mit dem Tage der Währungsreform als meine vornehmste und wichtigste Aufgabe angesehen, die vielfältigen Einflußnahmen des Staates auf die Preisbildung einzuschränken und abzubauen. Jedermann weiß seit dieser Zeit, daß ich meine Wirtschaftspolitik auf den Grundsatz der Freiheit und Freizügigkeit gestellt habe, weil eine wirklich organische und harmonische Ordnung nur in einem durch freien Leistungswettbewerb und freie Preisbildung gesteuerten freien Markt zu gewährleisten ist.

Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle. Düsseldorf 1957 (Econ), S. 174/175

Die deutsche Wirtschaft erlebte im Juni 1948 keinen „Aufstieg aus dem Nichts". Der Produktionsanstieg setzte schon bald nach Kriegsende ein.

Neben der Währungsreform war der Marshallplan ab 1948 der Entwicklung der Wirtschaft förderlich. Aufgrund der Anregung des amerikanischen Außenministers George Marshall erhielten die Westzonen bzw. die Bundesrepublik zwischen 1945 und 1956 etwa 15,5 Mrd. DM, wovon nur ein Drittel zurückbezahlt werden mußte.

Kein Aufstieg aus dem Nichts

Die Frage nach dem Zusammenhang von Besatzungspolitik und Rekonstruktion (der westdeutschen Wirtschaft) läßt sich zusammenfassend wie folgt beantworten: Angesichts systematischer Bemühungen der angelsächsischen Besatzungsmächte, die Industrieproduktion in ihren Zonen wieder in Gang zu setzen, hielt die Phase der Stagnation nach Kriegsende nicht lange an. In beiden Zonen folgte auf den Zusammenbruch ein schneller Anstieg der industriellen Produktion, der seine Dynamik bis in den Sommer 1946 bewahrte, bis in das vierte Quartal 1946 anhielt und rund vier Zehntel der Vorkriegsproduktion wiederherstellte.

Der bis dahin ungebrochene Aufschwung scheiterte im Winter 1946/47 an der akuten Schwäche des Transportsystems; die Folge war der Rückgang der Industrieproduktion auf ein schon im Vorjahr erreichtes Niveau. Ein zweiter, anhaltender Aufschwung setzte im Herbst 1947 ein, nachdem der Rückschlag im Frühjahr überwunden war. Hilfe von außen war bis dahin kaum erfolgt.

Die Kontinuität des Wachstums der industriellen Produktion seit Beginn des Rekonstruktionsaufschwungs im Herbst 1947 macht deutlich, daß die Beschleunigung der Wachstumsraten, die bisher als gesicherte Folgeerscheinung der Währungsreform galt, offenbar nur in der amtlichen Statistik stattfand. Der Wiederaufstieg der Industrie des britisch-amerikanischen Besatzungsgebietes selbst war am 20. Juni 1948 schon seit Monaten im Gange.

Wie die Währungsreform, so kann auch der Marshallplan nicht eine Entwicklung eingeleitet haben, die schon lange vor seiner Realisierung begonnen hat. Als im Oktober 1948 die ersten gewerblichen ERP-Lieferungen im Besatzungsgebiet eintrafen, trat der Rekonstruktionsprozeß schon in sein zweites Jahr. Die Bedeutung der Währungsreform und der Marshallplan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das „Wirtschaftswunder" der fünfziger Jahre muß deshalb erheblich eingeschränkt werden.

Davon bleiben die sozialpsychologischen und politischen Wirkungen unberührt, die sowohl von der Währungsreform wie vom Marshallplan ausgingen. Nach dem Währungsschnitt wurden gehortete Warenbestände aufgelöst. Sie erhöhten spürbar das Konsumgüterangebot.

ERP = European Recovery Program (Europäisches Wiederaufbauprogramm)

Abelshauser, Werner: Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft. In: Scharf/Schröder (Hrsg): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945—1949. Wiesbaden 1977 (Steiner), S. 15/16

5. Die Gewerkschaften

Neuer Anfang

Die Lähmung des öffentlichen Lebens, von Transport und Verkehr, Wirtschaft und Verwaltung dauerte nur wenige Wochen, der Wille zum Wiederaufbau mobilisierte rasch die Kräfte und Phantasie der Menschen. Wie dunkel die Zukunft Deutschlands auch erschien und wie ungewiß die Absichten der Siegermächte waren, untätig konnte und wollte niemand angesichts der Zerstörungen bleiben. Überall in den besetzten Gebieten, den zerstörten Städten, in notdürftig reparierten Wohnungen und Büros trafen sich Mitglieder, Funktionäre und Repräsentanten ehemaliger Verbände und Organisationen, um gemeinsam einen Neuanfang zu wagen und die Genehmigung dazu bei den zuständigen Militärbehörden zu erwirken. Bald traten neben den Gewerkschaften die Verbände der Bauern, der Ärzte, der Kommunen und, einige Zeit später, auch der Unternehmer, der Arbeitgeber, der Zeitungsverleger und schließlich auch der Beamten, Flüchtlinge und Heimatvertriebenen auf den Plan, die am Wiederaufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland mitwirken wollten und auf die politischen Entscheidungen der deutschen und alliierten Behörden einzuwirken versuchten.

Weber, Jürgen: 30 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Band II. München 1979, S. 265

Am 2. Mai 1933 waren die traditionsreichen Gewerkschaften von den Nationalsozialisten zerschlagen worden. Nach dem Krieg kam es zu einer überraschend schnellen Neuorganisation der Arbeiterbewegung. Freiwillig drängten die Arbeiter zu gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen.

Die Gewerkschaften, deren politischen Handlungsspielraum die Besatzungsmächte bestimmten, hatten einen entscheidenden Anteil am Wiederaufbau in den Jahren nach 1945 und gehörten zu den mächtigsten gesellschaftlichen Organisationen. Die westlichen Besatzungsmächte haben die Entwicklung und Initiativen der Gewerkschaften teils gebremst, teils gefördert. Erst im Juni 1946 durften sich die Gewerkschaften überregional zusammenschließen.

Die von dem Gewerkschaftsführer Hans Böckler erstrebte zentral gelenkte Einheitsgewerkschaft ließ sich gegenüber dem von den Briten geförderten Prinzip der Industriegewerkschaften nicht durchsetzen. Im April 1947 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Dachverband in der britischen Zone gegründet, im Oktober 1949 der DGB der Bundesrepublik Deutschland.

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ziele der deutschen Gewerkschaften vereinigt nachstehende Resolution aus dem Jahr 1947:

Ziele der Gewerkschaften

Das deutsche Volk leidet zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft unter den katastrophalen Folgen, die durch sie verursacht wurden. Als die größte Massenorganisation im deutschen Volk sind sich die Gewerkschaften ihrer besonderen Verantwortung für den Wiederaufbau des neuen demokratischen Deutschlands bewußt. Daraus ergibt sich für sie Recht und Verpflichtung, ihre Auffassung und auch Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Dieses neue Deutschland muß auf gesichertem demokratischen Fundament erbaut werden und der Welt Garantien für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern bieten. Das deutsche Volk darf sich dieser Pflicht nicht entziehen, nach Maßgabe seiner Kräfte und Mittel die von der Nazigewaltherrschaft in der Welt angerichteten Schäden wiedergutmachen zu helfen. Die Gewerkschaften machen aber darauf aufmerksam, daß für die Sicherung der Demokratie und des Friedens ausreichende Lebensmöglichkeiten und eine dauernde soziale Befriedung aller Schaffenden die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Um diese Voraussetzungen in Deutschland zu schaffen, müssen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse neu geordnet werden. Dazu gehören:

1. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muß.

2. Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft, Vergesellschaftung für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.

3. Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentralen Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.

4. Die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und die Wiedergutmachungsansprüche erfüllen zu können. Die Demontage von Industrieanlagen, die hierzu dienen können, muß eingestellt werden.

5. Die Aufstellung und Durchführung eines Export- und Industrieplanes sowie die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit dem Ziele, die wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Größere Auslandskredite für Rohstoffe und Lebensmittel sind auf absehbare Zeit dazu notwendig.

6. Die Durchführung einer Bodenreform in Verbindung mit der Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes zur restlosen Bebauung und besseren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft unter angemessener Beteiligung der Gewerkschaften ist dabei sicherzustellen. Die Erfassung der für die Volksernährung notwendigen Agrarprodukte muß nach einem einheitlichen Ablieferungsplan mit einer durchgreifenden Kontrolle der Durchführung gewährleistet werden.

7. Die Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher Einheit. Mit der Reform muß ein gerechter Lastenausgleich unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen sowie eine tiefgreifende progressive Vermögensabgabe verbunden werden, Sachwerte und Geldvermögen sind dabei gleichzustellen.

Die Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften sieht mit Besorgnis, daß die am Hitlerregime und dem Krieg hauptverantwortlichen reaktionären und militaristischen Kräfte, die im Monopolkapitalismus und der Verwaltung verankert waren, ihre Position zum Teil halten bzw. versuchen, sie zurückzugewinnen. Daher ist die sofortige Durchführung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen eine zwingende Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften, die sich für den Frieden und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands besonders verantwortlich fühlen und einsetzen, müssen durch ihren Zusammenschluß zu einer einheitlichen Kraft werden.

Wirtschaftsresolution der deutschen Gewerkschaften vom 8. Mai 1947 auf der vierten Interzonen-Konferenz der deutschen Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen

6. Probleme der Wirtschafts- und Sozialordnung

Wichtige politische Forderungen der Gewerkschaften, die hierin vor allem von der SPD unterstützt wurden, richteten sich auf die Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und Sozialisierung, die jedoch nur zu einem geringen Teil verwirklicht werden konnten.

Gerechte Verteilung der Lasten

Die gerechte Verteilung der Lasten ist die Grundlage nicht nur für den Neubau Deutschlands und seiner Wirtschaft, sondern auch für die notwendige soziale Hilfe. Ein Teil des deutschen Volkes hat alles verloren und besitzt kaum mehr, als was jeder einzelne auf dem Körper trägt. Ein anderer Teil besitzt etwas, aber lange nicht genug, um sich damit eine Lebensgrundlage zu geben. Ein dritter Teil aber hat den wirtschaftlichen Grundstock seiner Existenz unbeschädigt durch den Krieg gebracht und erlebt einen ungeheuren Zuwachs an Werten. Diese Dreiteilung des deutschen Volkes darf nicht bestehen bleiben.

Da es unmöglich ist, die anderen Teile auf die Höhe der sozialen Lage der durch den Krieg Nichtgeschädigten zu heben, wird der Ausgleich an einem unteren Punkte zu suchen sein. Er muß aber für all diejenigen, die Haus und Hof und alle Habe verloren haben, für die Vertriebenen, die Ausgebombten und Evakuierten einen Zustand möglichster Gleichheit mit denen bringen, die sich heute noch ihres Eigentums erfreuen. Alle Deutschen haben den Verlust des Krieges zu tragen und nicht nur einige Teile des Volkes. Den Verarmten und Vertriebenen kann nicht mit einer Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand geholfen werden, zu der jedem Staat die nötigen Mittel fehlen würden. Es kann nur den Besitzenden so viel genommen werden, um die Anfänge des Ausgleichs zu ermöglichen. Darüber hinaus wird der Kampf um die Verteilung des Sozialproduktes das Seine tun. Die Grundlage der Lebensgestaltung der arbeitenden Massen soll die Gewerkschaft sein. Ihr fällt auch die Aufgabe zu, das Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft in allen betrieblichen und überbetrieblichen Formen zu sein. Gerade in den Zeiten des Elends ist soziale Hilfe nötig!

Schumacher, Kurt: Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus. Hamburg 1948 (Phönix Verlag Christen & Co.), S. 37

Sozialisierungspläne

Die Sozialisierungsvorstellung der Gewerkschaften, wie sie 1947 Gestalt annahm, hob sich von den Vorstellungen der Parteien vor allem dadurch ab, daß die Gewerkschaften das Eigentum an den entprivatisierten Unternehmen auf den Staat beziehungsweise die Länder übertragen wollten, die dann durch besondere Gesetze Gemeinden, Gemeindeverbände oder Genossenschaften beteiligen sollten. Hinter dieser Idee stand zweifellos die Absicht, die Vertretung der Gewerkschaften in der Verwaltung solcher Unternehmen zu sichern.

Die Neuordnungskonzeptionen sind — sieht man von der Mitbestimmung in der Montan-Industrie ab — im wesentlichen gescheitert. Das könnte auch am Versacken der Bodenreform und am Ausbleiben einer Reform der öffentlichen Verwaltung gezeigt werden. Fragt man nach den Ursachen, so ist zunächst das geringe Interesse der Bevölkerungsmehrheit zu nennen, das einer Allianz zwischen konservativen und neoliberalen Kräften jenen politischen Rückhalt verschaffte, den sie zur Ausschaltung des linken CDU-Flügels benötigte. Die SPD erleichterte den Sieg der Allianz durch die Fixierung auf ein unrealisierbares Globalprogramm, durch den daraus resultierenden Verzicht auf praktische Politik und auch durch die Unfähigkeit, die Notwendigkeit einer Neuordnung vor den Wählern erfolgreich zu vertreten. Allerdings fielen durch die Politik der westlichen Alliierten bereits wichtige Vorentscheidungen . . .

Die deutschen Pläne zur gesellschaftspolitischen Neuordnung vor allem der Grundstoff- und Schwerindustrie wurden — soweit sie in Verfassungen oder Gesetze eingingen — von den anglo-amerikanischen Militärregierungen suspendiert oder verboten. Sie wurden deutscherseits nicht wieder aufgenommen.

Die von der britischen Militärregierung 1945/46 enteignete Kohle- und Stahlindustrie an der Ruhr wurde vielmehr 1950 bis 1952 von der Alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung wieder reprivatisiert. Aber auch solche Neuordnungsabsichten, an denen die westlichen Alliierten mäßig oder sehr interessiert waren, wurden teils zu spät, teils gar nicht angegangen oder versandeten. So blieben die Bodenreform und letztlich auch die Konzernentflechtungen infolge deutschen und alliierten Desinteresses stecken. Und alliierte Reformabsichten etwa für Erziehungswesen, öffentlichen Dienst, Justiz wurden vor allem seitens der US-Militärregierung dem „höheren" Ziel einer Effektivierung der Verwaltung und der — kapitalistisch organisierten — Wirtschaft geopfert; die zur Effektivierung vorzüglich herangezogenen Neoliberalen und Konservativen waren aber keine Partner zur Realisierung der erwünschten, wohl aber zur Verhinderung der unerwünschten Neuordnung.

Die Sozialisierungsgegner in Nordrhein-Westfalen etwa konnten des Wohlwollens und der Unterstützung seitens der US-Militärregierung sicher sein. Man möchte fragen, ob die britische Militärregierung eine weniger zaudernde Politik betrieben hätte, wenn SPD und CDU-Linke mit mehr Übereinstimmung und klarem Konzept, vor allem aber mit deutlicherem Rückhalt in der Bevölkerung aufgetreten wären.

Allerdings ist die These bedenkenswert, daß viele Deutsche nach zwölf Jahren staatlicher Reglementierung sich nach individueller wirtschaftlicher Freiheit gesehnt und dafür Nachteile wie die Lohn-Preis-Schere in Kauf genommen hätten. Die — von den Gegnern weidlich ausgenützte — teils tatsächliche, teils programmatische Verkoppelung von Sozialisierung und Wirtschaftsplanung hat, obgleich sie niemals als Junktim formuliert wurde, so möglicherweise in weiten Kreisen der Bevölkerung undifferenzierte Ablehnung von Planwirtschaft und Sozialisierung provoziert.

Plum, Günter: Versuche gesellschaftspolitischer Neuordnung. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 — 1949. München 1976 (Beck), S, 111 und 116/117

VII. Die Kirchen

Die Kirchen gehörten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zu den wenigen noch intakt gebliebenen gesellschaftlichen Institutionen. Ihr Einfluß auf Besatzer und deutsche Bevölkerung war weitreichend. Man erwartete von den Kirchen richtungweisende Worte und eine ethische Orientierungshilfe in der Aufbruchstimmung des politischen und wirtschaftlichen Neubeginns. Kirchenführer konnten sich sogar kritisch äußern. So schrieb der württembergische Landesbischof Wurm, Vorsitzender des vorläufigen Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, an die Christen in England im Dezember 1945:

Aus ernster Sorge

Aus ernster Sorge machen wir Euch darauf aufmerksam, daß mit dem Sieg der alliierten Mächte nicht einfach das Gute über das Böse gesiegt hat. Die militärische Eroberung und Besetzung unseres Landes war mit all den Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung verbunden, über die man sich in den Ländern der Alliierten mit Recht beklagt hat, und was seither in manchen Besatzungszonen auf dem Gebiet der Entnazifizierung geschehen ist, war auch nicht immer geeignet, den Eindruck eines höheren Maßes von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu erwecken. Die vielfachen Aufforderungen an das deutsche Volk, nun sich wieder emporzuarbeiten, klingen überall da wie Hohn, wo man der deutschen Industrie, auch derjenigen, die mit Kriegsausrüstung nichts zu tun hat, die letzten Rohstoffe und Maschinen weggenommen hat. Welchen Umfang die Tragödie hat, die sich gegenwärtig im Osten Deutschlands abspielt, vermag niemand zu sagen. Daß sie Millionen von Opfern fordern wird, muß wohl angenommen werden.

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Karlsruhe 1975, S. 222 (Generallandesarchiv)

Die Kirchen halfen tatkräftig mit ihren diakonischen Werken bei der Bewältigung der tausend Sorgen und Nöte des täglichen Lebens.

Breiten Raum nahmen die Diskussionen über die Schuld der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus ein. Waren die Kirchen Mitschuldige oder Märtyrer und nun Sieger?

Schuld und Sühne

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gibt am 19. Oktober 1945 in Stuttgart das Vorbild für eine Geisteshaltung, mit der Fehler eingestanden und der Schuld nicht ausgewichen wird. Der Rat erklärt: ,,Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über die Völker und Länder gebracht worden ... wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden.''

Der Münchener Kardinal Faulhaber zelebriert eine Messe im schwer zerstörten Münchener Dom.

Zu einer ähnlich eindeutigen Erklärung kann sich die katholische Kirche nicht durchringen. Aber einer der ihren, Reinhold Schneider, katholischer Schriftsteller und während der Nazi-Zeit mit Schreibverbot belegt, ein Mann von hoher moralischer Autorität, versucht immerhin schon 1945, der Selbstrechtfertigungs-Strategie die Attraktivität zu nehmen. Schneider appelliert an den Stolz seiner Landsleute und zeigt ihnen den Ausweg zu einer ehrlichen und trotz der Schuld aufrechten Haltung: ,,Es ist ... unser Stolz, uns, was die Schuld betrifft, vorerst auf uns selbst zu beschränken und nicht etwa zu sagen, daß auch andere schuldig seien. Dieses ‚auch' ist ein kindisches Wort ... In dem ‚auch' ist keine Haltung, und auf sie kommt es an ... Es kann im Leben eines Volkes eine Phase eintreten, da Sühne die einzig mögliche Haltung und damit die geschichtliche Tat dieses Volkes ist.''

Rudolph, Hagen: Die verpaßten Chancen. Hamburg 1979 (Gruner und Jahr), S. 136

Dieses Stuttgarter Bekenntnis ermöglichte die Hilfe und Zusammenarbeit im Rahmen der Ökumene mit ausländischen Kirchen und Institutionen. In der Öffentlichkeit fand es zwiespältige Aufnahme, weil es als Anerkennung einer Kollektivschuld mißverstanden wurde.
Pastor Martin Niemöller wandte sich gegen die Lüge und das Denunziantentum als Entartungserscheinungen der Entnazifizierung.

Christen beider Konfessionen wurden gemeinsam tätig im politischen und sozialen Bereich bei der Gründung der Parteien CDU und CSU sowie in den Gewerkschaften.
Eine Stellungnahme zu den gesellschaftspolitischen Problemen der Zeit aus der Sicht der katholischen Kirche:

Keine gerechte Verteilung der Güter

Geliebte Diözesanen! Auch eine neue Ordnung der Eigentumsverhältnisse wird sich als unvermeidlich erweisen. Wohl läßt sich das 7. Gebot, das das Eigentum schützt, niemals außer Kraft setzen und das Wort des ehemaligen Führers der französischen Sozialisten Proudhon: ,,Eigentum ist Diebstahl'' nicht zum neuen Rechte stempeln. Das Privateigentum beruht auf einer Forderung der Menschennatur und dem ausdrücklichen göttlichen Willen: Es ist als Hebel des Fortschrittes und als Quelle der Schaffensfreude unerläßlich und unersetzlich. Damit ist aber nicht gesagt, daß die kapitalistische Anhäufung der irdischen Güter in wenigen Händen der gottgewollten Ordnung entspricht. Namentlich nach einem Kriege vom Ausmaß des letzten Weltkrieges erscheint die rechte Verteilung der irdischen Güter auf das schwerste gestört. Es wird daher ein angemessener gesetzlicher Lastenausgleich unvermeidlich sein, bei dem Gemeinwohl und soziale Gerechtigkeit mit dem grundsätzlichen Festhalten am Privateigentum in Einklang zu bringen sind.

Aus: Gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 21. August 1947

VIII. Kultur und Kunst

1. Presse, Rundfunk und Film

Die Massenmedien Presse und Rundfunk waren die wichtigsten Instrumente der Alliierten bei der Umerziehung, Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Volkes.

Wer eine Zeitung herausgeben wollte, benötigte dazu bis 1949 eine Lizenz der Militärregierung.

An die Stelle des vom Staat abhängigen Rundfunks der Weimarer Republik setzten die Alliierten Rundfunkanstalten, die durch Aufsichtsgremien kontrolliert wurden. Der Rundfunk war bei der unzureichenden Versorgung mit Zeitungen längere Zeit die wichtigste Informationsquelle der Bevölkerung. Das Fernsehen gewann erst in den 50er Jahren an Bedeutung.

Die deutsche Presse im Juli 1948

In allen vier Zonen einschließlich Berlins erscheinen etwa 860 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von annähernd 20 Millionen Exemplaren. Davon sind über 700 sogenannte Kopfblätter: in der amerikanischen Zone etwa 55 Zeitungen mit wenigstens ebenso vielen Nebenausgaben. Gesamtauflage rund 4,5 Millionen, in der britischen Zone etwa 45 Zeitungen mit dem Zehnfachen an Kopfblättern, Gesamtauflage schätzungsweise wenigstens die gleiche wie in der US-Zone; in der französischen Zone an die 25 Zeitungen mit mehr als 160 Kopfblättern, Gesamtauflage annähernd 3 Millionen, in der sowjetischen Zone etwa 25 Zeitungen mit dem Dreifachen an Kopfblättern und einer (nirgends auch nur annähernd angegebenen) Gesamtauflage von schätzungsweise 3—5 Millionen; in Berlin 14 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 2,5 — 3 Millionen. Daneben erscheinen, als Ausnahme die von der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungsmacht für die deutsche Bevölkerung deutschsprachig herausgegebenen Millionenblätter ,,Neue Zeitung'' und ,,Tägliche Rundschau'', sowie die von der britischen Besatzung gesteuerte Hamburger ,,Welt'' mit 60 000 Auflage. Die wenigsten jener Zeitungen kommen in Auflagen unter 50 000 Exemplaren heraus, die meisten mit 100 000 und mehr, fast alle, ausgenommen die Berliner Blätter und die Mainzer ,,Allgemeine Zeitung'', die täglich erscheinen, vorerst nur zwei- bis dreimal wöchentlich. Ihr Umfang ist auf 4 — 6 Seiten beschränkt. Die Zeitungen der angloamerikanischen Nord- und Südzone verbrauchen monatlich annähernd 10% der dort erzeugten gesamten Papiermenge des gleichen Zeitraums, rund 4 000 von 40 000 Tonnen. Der Preis der Zeitungen beträgt 20 Pfennige je Nummer, 1,50 bis 2 Mark im Monat.

Kogon, Eugen: Vom Elend unserer Presse. In: Frankfurter Hefte 1948, Heft 7, S. 614 — 624

Die „Neue Zeitung" als Vorbild

Die ,,Neue Zeitung'' wird von Hans Habe in München als überregionales Blatt der amerikanischen Militärregierung gegründet, ,,um der neuen deutschen Presse ... als Beispiel zu dienen'', wie General Eisenhower in der ersten Ausgabe am 18. Oktober 1945 schreibt.

Die ,,Neue Zeitung'' wird tatsächlich zum Vorbild. Sie ist damals eine Sensation. Sie ist die beste Werbung für eine Demokratie nach amerikanischem Muster. Sie ist seriös, sie ist liberal, und sie geht die Probleme der Deutschen mit Einfühlungsvermögen an. Sie lehnt die These von der deutschen Kollektivschuld ab, hält aber eine Kollektivverantwortung für richtig. Sie diskutiert die deutsche Vergangenheit und die amerikanische Entnazifizierungspolitik, sie versucht zu erklären und zu überzeugen, sie gibt auch Fehler der Amerikaner zu, und sie setzt sich geschickt für eine deutsch-amerikanische Annäherung ein . . .

Berühmt wird auch der Kulturteil der ,,Neuen Zeitung''. Feuilleton-Chef ist hier Erich Kästner, dessen Bücher im Dritten Reich verbrannt worden sind. Jetzt macht er die Deutschen mit bisher verbotener Literatur bekannt. Thomas und Heinrich Mann schreiben für ihn, ebenso Alfred Kerr, Alfred Polgar, Sigrid Undset, Ludwig Marcuse — um nur einige wenige zu nennen.

Der Erfolg bei den deutschen Lesern ist überwältigend.

Rudolph, Hagen: Die verpaßten Chancen. Hamburg 1979 (Gruner und Jahr), S. 169

Der Nachkriegsfilm

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 13. 6. 1950 über die Aufnahme des Film „Berliner Ballade" (Gert Fröbe als Otto Normalverbraucher in dem 1948 gedrehten Film von Robert Adolf Stemmle, Buch Günther Neumann) in Paris:

Der Film ,,Berliner Ballade'', der im vergangenen Jahr auf der Biennale in Venedig den internationalen Filmpreis erhielt, läuft seit einigen Wochen in Paris in einem großen Kino auf den Champs-Elysées. Der Film zeigt die vielfältigen Elendsabenteuer, die dem vom Kriege heimkehrenden ,,Normalverbraucher'' in seiner zerstörten Stadt auferlegt sind, und noch einige andere dazu, die ihm, auf seinem kurzen Fluchtversuch in seine weitere deutsche Heimat, sonst noch zustoßen. Die Zerstörungen, das Elend, der Hunger, all das Unbeschreibliche aus dem Leben des deutschen, des Berliner Normalverbrauchers zwischen 1945 und heute wird mit dem unnachahmlichen Humor des Berliners geschildert.

Wenn nur ein Bruchteil dessen, was in dem Film so nebenbei, ganz im Hintergrund, als Kulisse gezeigt wird, ernst und schwer und mit der Tragik vorgeführt werden würde, die es verdient, würde kein Mensch in den Film gehen. Kein Mensch würde in den Film gehen, wenn er etwa als ,,Die Tragödie Berlins'' angekündigt oder sie gar darstellen würde. Ruinen und Elend will niemand sehen, nicht einmal beim Gegner. Aber jeder will einen humoristischen, witzigen und manchmal geistreichen Film sehen ...

2. Theater, Literatur und Musik

Nach zwölf Jahren geistiger Isolierung von kulturellen Entwicklungen in der Welt bestand jetzt für die Deutschen ein enormer Nachholbedarf. Der Brückenschlag nach „draußen" gelang.

Draußen vor der Tür

Hamburg, 13. Februar 1947. Der NWDR strahlt zum erstenmal ,,Draußen vor der Tür'' aus. Der Autor, Wolfgang Borchert, liegt krank im Bett. Sein Stadtteil wird infolge der Kohlennot von einer turnusmäßigen Stromsperre betroffen. Ein Freund könnte ihn mit dem Auto in einen anderen, mit Strom versorgten Stadtteil bringen — doch Borchert ist transportunfähig. Genau neun Monate und eine Woche später, am 20. November 1947, stirbt Borchert in Basel, wohin er inzwischen zwecks besserer Pflege gebracht worden ist. Einen Tag später wird das Stück in den Hamburger Kammerspielen unter Leitung von Wolfgang Liebeneiner uraufgeführt. Im Spätherbst 1946 auf dem Krankenbett in knapp acht Tagen von dem Sprecher der ,,Generation ohne Abschied'' geschrieben, erlebt das Stück eine triumphale Aufnahme, und das deutsche Theaterereignis geht dann auch über fast alle deutschen Bühnen. Die Taschenbuchausgabe sollte eine Auflage von mehr als einer Million Exemplaren erreichen.

Hamburg hatte kurz vorher eine andere aufsehenerregende deutsche Uraufführung erlebt. Am 8. November 1947 zeigte das Deutsche Schauspielhaus Carl Zuckmayers ,,Des Teufels General''. Das Stück, 1942/43 von Zuckmayer, wie er glaubte, ,,für die Schublade'' geschrieben, war knapp ein Jahr von den amerikanischen Kontrollbehörden zurückgehalten worden, weil es ihnen nicht in das Umerziehungskonzept paßte. Die Aufnahme war umstritten: Die einen priesen es als ,,antifaschistisches Stück'', die anderen als ,,Blankoscheck zur moralischen Entschuldigung hoher nazistischer Würdenträger'' (Paul Rilla). Es wurde zum größten Nachkriegserfolg. Allein zwischen 1947 und 1950 zählte man 3238 Vorstellungen — also durchschnittlich 2½ Aufführungen täglich!

Tress, Wolfgang u.a.: Drei Jahre nach Null. Düsseldorf 1978 (Droste) S. 171

Jazz, Fanal der Freiheit

„Nix Kultura" wurde zum zynischen Wort: und wenn sich im Zuge der Amerikanisierung und Russifizierung die ersten fremden Einflüsse bemerkbar machten, dann in der Sprache, in der Mode. In der sowjetischen Besatzungszone trugen Männer, Frauen, Kinder nach russischem Vorbild Steppjacken, Überfallhosen, Kittel, Pelzmützen und Kappen. Im Osten Deutschlands flossen russische Wörter in den Sprachgebrauch; ein anderes Deutsch artikulierte sich, überladen von Moskauer Ideologiebegriffen. Das ostzonale „Parteichinesisch" begann sich von der Sprache (West) so zu unterscheiden, daß Deutsche und Deutsche aneinander vorbeiredeten.

Deutschlands Westen kaute „Tschuinggam" (Chewing-gum), riß sich um „Bluudschiens" (Blue Jeans). Jugendliche kleideten sich in heißbegehrte Lumberjacks und Uniformteile der US-Army. Topmode für Männer war der amerikanische Bürstenhaarschnitt. Halbe Sätze stückelten sich aus amerikanischem Slang zusammen. Und was immer amerikanischer Herkunft war, galt als wertvollstes Gut, als bester Geist. Keine andere Literatur fand so viele junge Leser wie jene Heftchen, die auch ohne Alphabet zu verstehen sind: die Comicstrips, die Bildgeschichten von Mickey Mouse. Und jene Musik, gemischt aus Afrika, Amerika und Europa, die unter den Nazis als „entartet" diffamiert worden war, galt als Fanal neuer Freiheit: der Jazz. Jazz, ursprünglich die Musik der von Amerika versklavten Neger, wurde zur Hymne an die Freude. Der Name Louis Armstrong löste mehr Verzückung aus — zumindest bei den Jüngeren — als Bach und Beethoven. Hörquellen des Jazz waren die amerikanischen Rundfunksender AFN (American Forces Network). Ein AFN-Kult gedieh.

Albrecht, Norbert: Deutschland. Zürich/München 1979 (Ringier) S. 64

3. Jugend, Schule und Studium

Demokratisierung des Unterrichts

„Der Kontrollrat nimmt folgende Grundsätze an und leitet sie als Richtlinie den Zonenbefehlshabern und der alliierten Kommandantur in Berlin zu:

1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden.

2. Unterricht, Schulbücher und jeder andere unerläßliche Schulbedarf müssen in allen vollständig aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Lehranstalten, die sich hauptsächlich mit schulpflichtigen Schülern befassen, unentgeltlich sein. Außerdem müssen denjenigen Unterstützungen bewilligt werden, die sie nötig haben. In allen anderen Unterrichtsanstalten, einschließlich der Universitäten, müssen die, die es nötig haben, in den Genuß der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Schulbücher und des unentbehrlichen Schulbedarfs sowie von Unterstützungen kommen können.

3. Die gesamte Schulpflicht muß sich auf alle im Alter zwischen sechs und mindestens fünfzehn Jahren erstrecken. Darüber hinaus müssen die, die ihre Studien nicht in einer Unterrichtsanstalt mit ganztägigem Unterricht fortsetzen, wenigstens zu einem teilweisen Schulbesuch bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verpflichtet werden.

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe ‚Grundschule' und ‚Oberschule' müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben ..."

Aus der Direktive Nr. 54 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Juni 1947 über die Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland

Kauf eines Schulheftes

Pressemeldung vom 5. 12. 1947:

In Montabaur erwarb ein Mann ½ kg Schnittmuster, Kreuzworträtsel, Schlagernoten und andere kräftige Papiere für 5,80 RM, um damit seinem Sohn gegen diese Menge „Altpapier" ein Schulheft für 0,15 RM kaufen zu können.

Erstaunlich, daß die Schüler ausharrten

Die sozialen Verhältnisse der Schulkinder aller Altersklassen und die Zustände an den Schulen waren in den ersten Jahren nach dem Krieg katastrophal. Die meisten Kinder hatten zwar ein mehr oder weniger zerstörtes Zuhause, aber sie mußten ihr Bett mit Geschwistern teilen. Die Kleidung war alt und wärmte in den Wintermonaten nicht richtig, die Schuhe zerschlissen, weil sie keiner reparieren konnte. Seife war Mangelware und eine Zahnbürste besaß kaum jemand. Die größte Sorge aber war der Hunger, verbunden mit der Frage, ob es heute etwas zu essen gäbe. Wie überall in Deutschland existierten auch in der Französischen Zone nur wenige Schulgebäude, die nicht ganz oder doch zumindest teilweise zerstört waren. Alle noch einigermaßen brauchbaren Gebäude hatten die Besatzungsbehörden beschlagnahmt. Rund ein Drittel der Schulkinder mußte aufgrund der Verhältnisse einen Schulweg von täglich drei Kilometern oder mehr zurücklegen, ohne daß es entsprechende Beförderungsmittel gab. Jede zur Verfügung stehende Schulbank war um ein Mehrfaches überbesetzt — es fanden sich Klassen, in denen auch die Fensterbretter als Sitzgelegenheit während des Unterrichts dienen mußten. Hautinfektionen, Krätzmilben und Läuse plagten die meisten Kinder. Die Ansteckungsgefahr war groß, weil die hygienischen Verhältnisse miserabel waren. In den kalten Wintermonaten fiel oft der Unterricht ganz aus, denn es gab kaum Heizmaterial. Angesichts dieser Lage hatten die Lehrer große Mühe, das erforderliche Unterrichtssoll zu erfüllen. Es bleibt erstaunlich, daß sowohl sie wie die Schüler trotzdem in den Schulen ausharrten und den Unterricht so gut wie möglich absolvierten.

Thies, Jochen u. a.: Südwestdeutschland Stunde Null. Düsseldorf 1979 (Droste), S. 125

Die Schulspeisung

Vom April 1947 an erstreckte sich die Schulspeisung, als welche sie jetzt organisiert wurde, über die ganze nunmehr ernährungswirtschaftlich vereinigte Doppelzone. Etwa 3½ Millionen Schulkinder zwischen 6 und 18 Jahren wurden täglich mit einer zusätzlichen Mahlzeit von 350 Kalorien versorgt. Die Nahrungsmittel dafür stammten fast ganz aus alliierten Verpflegungslagern und aus der Einfuhr, nur geringe Mengen aus deutschen Beständen. Auf deutscher Seite hatte der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart, später die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt/M. die Verantwortung und Aufsicht. Sie übernahmen die Waren und verteilten sie an Länder, wo die Durchführung bei den Landesernährungsministern, den Landräten, Bürgermeistern und Schulleitern lag. Zur Beratung und Kontrolle wurden in allen Instanzen Ausschüsse eingesetzt, in denen auch die Elternschaft vertreten war. Um möglichst allen bedürftigen Kindern helfen zu können, wurde die Schulspeisung von März 1948 an nur noch an 5 Wochentagen ausgegeben, so daß sie jetzt 4½ Millionen Kindern zugute kam. Von September 1948 an wurden auf Vorschlag des Direktors der VELF auch die Hochschulen mit 150 000 Studenten einbezogen.

Bis zur Währungsreform mußten die zur Schulspeisung bestimmten Lebensmittel, wie die übrige Nahrungsmitteleinfuhr, in deutscher Währung bezahlt werden. Zur Deckung der Kosten wurde ein Preis von 25 Pfg. für die Mahlzeit erhoben, der für Kinder mittelloser Eltern herabgesetzt wurde. Nach der Währungsreform waren selbst diese geringen Beträge einem großen Teil gerade der hilfsbedürftigsten Familien unerschwinglich oder es war doch zu befürchten, daß sie das Geld dafür nicht aufwenden würden. Da auch die öffentlichen Haushalte zu angespannt waren, um sämtliche Kosten zu übernehmen, stellte die Militärregierung die erforderlichen Nahrungsmittel im Werte von jährlich 150 Mill. DM unentgeltlich zur Verfügung, um das Hilfswerk nicht zu gefährden . . .

Die Kinder erhielten das Essen umsonst. Vom Mai 1949 an wurde die Schulspeisung auch auf die französische Zone ausgedehnt und kam damit im ganzen 4,8 Millionen Kindern und 228 000 Studenten zugute. Am 1. September 1949 wurde sie auch in West-Berlin für 265 000 Kinder und 10 000 Studenten eingerichtet.

Schlange-Schöningen, Hans: Im Schatten des Hungers. Hamburg 1955 (Paul Parey) S. 121/122

Studenten 1948. In diesem Hamburger Studentenwohnheim wohnten, schliefen und arbeiteten bis zu 20 Studenten in einem Raum.

Studienplätze auf dem Schwarzen Markt

Die Universität als eine Institution von besonderer Bedeutung für den Wiederaufbau Deutschlands, in der eine junge Generation heranreifen sollte, die berufen war, das Bild eines neuen, besseren Deutschland zu prägen: dies war der Ausgangspunkt der Überlegungen all jener, die sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu den Möglichkeiten einer Reform der deutschen Universitäten äußerten. Sie hatten erkannt, daß der von allen angestrebte politische Neubeginn nicht allein durch Änderung der politischen Institutionen zu erreichen war, sondern primär durch eine geänderte Gesinnung des einzelnen mitgetragen werden mußte. Es war die große Hoffnung aller, eine erneuerte deutsche Universität könne zumindest helfen, aus der allgegenwärtigen kulturellen und gesellschaftlichen Not einen Weg zu weisen, ihre reformierte Lehre könne der bestimmende Zeitgeist von morgen werden und eine Geisteshaltung der künftigen Politiker, Lehrer, Geistlichen und vieler Eltern formen, die eine Wiederholung des Geschehenen für immer unmöglich machen sollte.

Die Voraussetzungen und Vorzeichen der Wiedereröffnung der deutschen Universitäten waren denkbar ungünstig. Bis auf wenige Ausnahmen, darunter die Göttinger Universität, die im September 1945 als erste in allen Fakultäten die Vorlesungen eröffnete, waren die Räumlichkeiten der deutschen Hochschulen stark beschädigt oder zerstört. Durch die Vertreibung der jüdischen und der politisch mißliebigen Professoren und Beamten hatten die Universitäten schwere personelle Einbußen erlitten, insbesondere hinsichtlich der Qualität der Lehre. An Lehrmitteln herrschte unabsehbarer Mangel, die tägliche Arbeit war gekennzeichnet durch Improvisation. Die Studenten, meistenteils aus Krieg und Gefangenschaft zurückgekehrt, erwiesen sich als unerhört wissensbedürftig und lerneifrig in einer für sie äußerst schwierigen materiellen Situation. Einzigartig in der Geschichte der deutschen Hochschulen dürfte wohl sein, daß Studenten selbst die Gebäude mit errichteten oder ausbesserten, in denen sie lernen und arbeiten wollten.

Im Sommersemester 1947 waren in Deutschland 77 507, in Bayern rund 24 000 Studenten immatrikuliert, die Zahl derer, die wegen Überfüllung der Universitäten abgewiesen werden mußten, war etwa ebenso hoch; sechs Jahrgänge drängten in diesen ersten Nachkriegssemestern zugleich zum Studium, Studienplätze wurden bisweilen sozusagen am Schwarzen Markt gehandelt.

Bolz, Rüdiger: Ansätze einer Universitätsreform im Spiegel deutscher Nachkriegszeitschriften. In: Hay, Gerhard (Hrsg.): Zur literarischen Situation 1945 bis 1949. Kronberg 1977. S. 63/64

Die Studenten

Karl Barth, der Theologe, der in Bonn zwei Sommer-Gastsemester las, sagte seinen Bonner Hörern: „Nun haben wir uns aus der Nähe kennengelernt und nun kann ich es Ihnen aussprechen. Der Bonner Student ist ein anderes Wesen als der von 1932. Aber ich kann im ganzen nicht finden, daß er sich zu seinen Ungunsten verändert hat. Er zeigt allerdings viele Merkmale einer etwas merkwürdig verbrachten Jugendzeit. Er bringt etwas weniger Wissensstoff und auch Ausdrucksfähigkeit mit, als es damals üblich war. Er denkt und redet in seinen positiven und negativen Urteilen noch etwas propagandamäßig. Er wird an ein richtiges akademisches Disputieren der Dinge sich erst wieder gewöhnen müssen. Und dann ist er ja auch so geplagt mit den Nahrungs- und Wohnungssorgen, unter denen heute ganz Deutschland zu seufzen hat, und darüber mit Büchersorgen und so manchen anderen rein materiellen und bürokratischen Sorgen. Ich entdeckte aber eine überraschend große Offenheit, Willigkeit und Bereitschaft, ein rasch wachsendes Verständnis für Gegenstand und Methode und zuletzt eine mich tief bewegende Dankbarkeit. Die Eindrücke, die ich empfangen habe, waren eindeutig solche, die es mir erlauben, in ruhigem Vertrauen an die deutsche studentische Jugend von heute zu denken."

Henkels, Walter: Kohlen für den Staatsanwalt. Düsseldorf 1969 (Econ) S. 202

Jugend und Politik

Frage:
„Die Jugend lehnt Parteipolitik ab?"
Antwort:
„Parteipolitik ist ein ganz anderes Gebiet und liegt außerhalb der Aufgaben des Bundesjugendrings. Der Bundesjugendring verhält sich in parteipolitischen und konfessionellen Fragen neutral. Die Freiheit, die er für sich beansprucht, muß er auch uneingeschränkt seinen Mitgliedern lassen. Gewiß werden aus der deutschen Jugend einmal die deutschen Politiker kommen, aber die Jugend als Ganzes lehnt Partei- und Tagespolitik ab, weil sie zu einem Lebensstil der Duldsamkeit und einer echten Toleranz kommen muß, weil sie sich nicht festlegen kann und will auf starre Doktrinen und Parteimeinungen mit ihrer harten Intoleranz (weshalb einem Erwachsenenverband angehörende Jugendgruppen nicht in den Bundesjugendring aufgenommen werden können). Sieht man aber Politik an als die Beschäftigung mit den Dingen des öffentlichen Lebens, so weit sie die großen Anliegen des Volkes betreffen, dann nimmt die deutsche Jugend ganz bewußt an der Politik teil, ja sie ist den großen Fragen des deutschen Volkes weit aufgeschlossener als es die deutsche Jugend nach dem 1. Weltkrieg war. Sie ist auch keineswegs so skeptisch wie man immer tut. Sie ist nur skeptisch jeder Machtpolitik gegenüber, weil sie sie nicht gebrauchen lassen will."

Aus einem Interview mit Josef Rommerskirchen, 1. Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings und Bundesführer der deutschen Katholischen Jugend. Staats-Zeitung und Herold, New York, vom 15. 11. 1949

IX. Bilanz und Ausblick

1. Erreichtes und Erhofftes

Bundeskanzler Adenauer: Weihnachtsbotschaft 1949

Dieses Weihnachtsfest können viele von uns zusammen mit ihren Familien feiern, voll Dank dafür, daß unser Weg — wenn auch langsam — bergauf führt. Viele von uns haben noch ein Heim oder haben wieder ein Heim. Die meisten von uns haben Arbeit und Brot. Wenn wir vier, ja, wenn wir nur zwei Jahre zurückdenken, dann wird uns der große Unterschied, der seitdem eingetreten ist, deutlich. Sicher, es ist noch lange nicht alles so, wie wir es uns wünschen. Vor allem die vielen Vertriebenen und Ausgebombten leben zum Teil noch immer unter sehr drückenden Verhältnissen. Ihrer wollen wir besonders gedenken in diesen Tagen und versuchen, ihnen ihre Lage zu erleichtern, wenn nicht anders, dann wenigstens durch ein freundliches, teilnehmendes Wort. Den Kriegsgefangenen und Verschleppten gilt ein besonders herzlicher Gruß an diesem Feste. Vielleicht können wir mit Recht hoffen, daß die Tragödie der Kriegsgefangenen und Verschleppten — dank auch der Bemühungen der Hohen Kommissare — im kommenden Jahr zu Ende geht. Wir wollen in diesen Tagen einmal die Stille pflegen und Einkehr bei uns selbst halten. Wenn wir die hinter uns liegende Katastrophe noch einmal in unser Gedächtnis zurückrufen, uns vor Augen halten, wie es bei uns aussah, dann sehen wir, daß doch vieles erreicht ist. Das Wort der Engel in der Heiligen Nacht ‚Friede den Menschen, die eines guten Willens sind', ist eine Verheißung, an die wir glauben. Wir hoffen, daß der Menschheit der Friede geschenkt wird.

Was tun Sie mit 1000 DM?

„Was würden Sie tun, wenn Sie heute überraschend 1000.— D-Mark erhielten?" Diese Frage ist an 1000 Personen in den drei Westzonen gerichtet worden, die nach den statistischen Merkmalen der Gesamtbevölkerung ausgewählt waren.

Gegenstand	Einheimische	Flüchtlinge*)
Bekleidung (einschl. Wäsche, Schuhe)	50%	60%
Möbel, Betten, Hausrat	16%	43%
Nahrungs- und Genußmittel	15%	15%
Sparen, ins Geschäft stecken, Schulden	18%	7%
Haus- und Wohnungsbau, Instandsetzung	7%	3%
Reisen, Erholung	7%	3%
Angehörige unterstützen	8%	6%
Radio, Fahrzeuge, Näh- und Schreibmaschinen	15%	13%
Mehr Bücher, Theater, Konzerte	1%	0,5%
Außergewöhnliche Wünsche	2%	1%

*) *Die Zahlen addieren zu mehr als 100, da manche Befragte mehr als einen Gegenstand genannt haben.*

Zentner, Kurt: Aufstieg aus dem Nichts. Köln/Berlin 1954 (Kiepenheuer & Witsch) Band 2, S. 55

Aus einer Umfrage „Welche Wünsche haben Sie für 1950?"

„Ich möchte keinen großen Kummer erleben, meinen Arbeitsplatz erhalten und ein bißchen glücklich sein", erklärt eine kaufmännische Angestellte. Und ihre Kollegin fährt fort: „Wir alle wissen, daß wir heute keine Ansprüche stellen können. Die Hauptsache ist, daß man lebt. Heiraten? Das ist zu schön, um wahr zu sein."

So kehren immer die gleichen Gedanken wieder: Nur nicht arbeitslos werden, sein bescheidenes Auskommen haben und hin und wieder sich eine kleine Entspannung gönnen. Die Politik ist „heißes Eisen". In Trauer und Entsagung erwähnen die Gefragten, daß ein Zusammenschluß von West- und Ostdeutschland wohl in weiter Ferne liegt.

Helmut Lucas in: Münchner Merkur, Nr. 213, vom 30. Dezember 1949

Eine Umfrage bei Berliner Ehepaaren

Alter		Beruf		Netto-Einkommen zusammen	Wohnung		Besondere Ausgaben	geheiratet	Kinder	
Er	Sie	Er	Sie		Zimmer	Preis			Zahl	Alter
40	35	selbst. Kaufmann	—	540,—	2½	110,—	—	1936	1	3½
29	25	Monteur	Verkäuferin	320,—	2 (möbl.)	60,—	Eigene Möbel werden nach und nach angeschafft.	1941	—	—
38	32	Rechtsanwalt	Schauspielerin (z.Z. ohne Engagement)	600,—	3	120,—	Mutter der Frau mit im Haushalt. Möbelanschaffungen, da ausgebombt.	1940	1	9
27	24	Photograph	Hilft mit	400,—	2	60,—	etwa 200,— DM für Anschaffungen im Geschäft	1948	—	—
38	40	Bote	Hausangestellte, arbeitslos	170,—	1 (möbl.)	35,—	5,— DM für Geschirr, Kochtöpfe, Bettwäsche.	1948	—	—
41	37	Arzt (An Krankenhaus im Ostsektor)	—	2500,— Ostmark, Teil umgetauscht	Einf.-Haus	190,— (Westm.)	Mutter des Mannes lebt mit im Hause. 1 Hausangestellte.	1935	6 (5 Töchter)	1—11
31	26	Lehrer (Vor 3 Monaten aus Gefangsch. zurück)	—	350,—	2 (möbliert bei den Eltern)	40,—	Anschaffung eigner Möbel, Wäsche usw.	1943	2	6 5
30	30	Eigentümer eines Blumengeschäftes	Hilft im Geschäft	etwa 300,—	2	70,—	—	1945	1	4
27	27	Kaufmann (arbeitslos)	Kontoristin	280,—	1	45,—	—	1949	—	—

Aus „Sie" (Berlin) vom 19. März 1950

2. Weichenstellungen und prägende Ereignisse

Nicht nur 1945, auch das Jahr 1949 bedeutete einen Einschnitt für die deutsche Geschichte. Der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Westen stand im Osten die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber.

In den Jahren nach 1945 sind im Rahmen des sich herausbildenden und verschärfenden Ost-West-Konfliktes mit seinen weltweiten politischen Blöcken und gegensätzlichen Regierungs- und Gesellschaftssystemen Entscheidungen getroffen worden, deren Folgen bis heute das Leben in Deutschland bestimmen.

Konrad Adenauer begründet die Entscheidung für den Westen

Wir befanden uns durch unsere geographische Lage zwischen zwei Machtblöcken, die völlig gegensätzliche Lebensideale verfochten. Wir mußten entweder zur einen oder zur anderen Seite, wenn wir nicht zerrieben werden wollten. Eine neutrale Haltung zwischen den beiden Mächtegruppen hielt ich für unser Volk für unrealistisch. Früher oder später würde die eine oder die andere Seite in jedem Fall versuchen, das deutsche Potential auf ihre Seite zu bekommen. Sowjetrußland zeigte eindeutig, daß es vorerst nicht gewillt war, das ihm überlassene deutsche Gebiet wieder freizugeben, und daß es darüber hinaus bestrebt war, auch den anderen Teil Deutschlands allmählich an sich zu ziehen.

Es gab für uns nur einen Weg, unsere politische Freiheit, unsere persönliche Freiheit, unsere Sicherheit, unsere in vielen Jahrhunderten entwickelte Lebensform, die die christlich-humanistische Weltanschauung zur Grundlage hat, zu retten: fester Anschluß an die Völker und Länder, die in ihrem Wesen die gleichen Ansichten über Staat, Person, Freiheit und Eigentum hatten wie wir. Wir mußten hart und entschlossen Widerstand leisten gegenüber jedem weiteren Druck vom Osten her.

Unsere Aufgabe war, das Mißtrauen, das überall in den westlichen Ländern gegen uns Deutsche bestand, zu zerstreuen. Wir mußten versuchen, Schritt für Schritt das Vertrauen zu uns Deutschen wieder zu wecken. Grundvoraussetzung hierfür war meines Erachtens ein klares Bekenntnis zum Westen, stetig und ohne Schwanken. Unsere außenpolitische Haltung mußte klar, folgerichtig und offen sein.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945—1953. (Fischer-Taschenbuch 798) S. 90

Vier Phänomene

Diese Entscheidung für den Westen trafen alle wesentlichen politischen Kräfte in den westlichen Besatzungszonen. Kurt Schumacher und die SPD mit ihrer streng antikommunistischen Politik bejahten sie ebenso wie Konrad Adenauer und die CDU, die den bürgerlichen Nationalismus durch eine klare Westorientierung überwunden hatte. Die Politik dieser Parteien wurde von den Wählern honoriert. Die SPD erzielte im Vergleich zur Weimarer Republik einen deutlichen Vertrauenszuwachs. Die CDU und ihre bayerische Schwesterpartei CSU wurden zur stärksten politischen Kraft, die nicht nur die Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die ersten zwanzig Jahre ihrer Existenz prägen sollte.
Zusammengefaßt läßt sich sagen: Im Deutschland der Jahre 1945—1948 spiegeln sich vier Phänomene wider, die das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges waren:

1. Deutschland wird zum Objekt einer Weltpolitik, in der Europa seine beherrschende Stellung eingebüßt hat.

2. Deutschland fällt in einen parlamentarisch-demokratischen und einen kommunistischen Teil auseinander, wie sich Europa insgesamt in Länder mit parlamentarischem oder kommunistischem System teilt.

3. Die sozio-ökonomischen und kulturellen Erschütterungen in Deutschland bieten die Chance des Wiederaufbaus, der Modernisierung und Industrialisierung, die neue Formen überstaatlicher Zusammenarbeit erforderlich machen. Deutschlands Integration in den Westen ist die Voraussetzung für den westeuropäischen Wiederaufbau.

4. Schließlich erweist sich die parlamentarische Demokratie nach der nationalsozialistischen Diktatur auch in Deutschland als überraschend regenerationsfähig und widerstandskräftig.

Bergsdorf, Wolfgang: Besatzung und politischer Wiederaufbau Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/79, S. 24

Vorentscheidungen 1945—49

Die inzwischen über Westdeutschland in den Jahren 1945 bis 1949 veröffentlichten Untersuchungen lassen erkennen, daß die Bundesrepublik zu einem großen Teil aus verfassungs-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Elementen besteht, die bis 1949 in den Westzonen „vorgefertigt" wurden. „Vorgefertigt" nicht nur im Sinne eines zeitlichen Vorher, sondern auch im qualitativen Sinne des unter besonderen Bedingungen und speziellen Einwirkungen so Entstandenen.

Die Länder beispielsweise wurden in der Mehrzahl von den Militärregierungen neu geschaffen; die Verfassungen mehrerer dieser Länder entstanden unter Kontrolle und Einfluß der Militärregierungen; der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik wurde durch Frankreich und die USA präjudiziert; etliche Besonderheiten der Parteien- und Gewerkschaftsorganisation sind Folgen britischer und amerikanischer Besatzungspolitik; nicht zuletzt sind die Bundesministerien wie die Verwaltungen von Bundestag und Bundesrat organisatorisch und personell aus den Institutionen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hervorgegangen.

Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945 bis 1949. München 1976 (Beck) S. 8/9

Was geblieben ist

Was ist übrig geblieben von jenen Jahren? Die Prägungen der sogenannten „schlechten Zeit" sitzen vermutlich tiefer, als wir zugeben wollen. Millionen Menschen haben damals ihre entscheidenden Erlebnisse gehabt. Noch heute begegnen wir ihnen täglich. Das sind diejenigen, die immer noch nichts wegwerfen können, die es für selbstverständlich halten, daß Teller leergegessen werden, denen fast die Tränen kommen, wenn sie sehen, wie in unseren Gärten des Überflusses das Obst reift und verdirbt. Sie horten und horten für den nächsten Winter, für den nächsten Krieg, für das nächste Leben . . .

Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln. Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen und Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.

Surminski, Arno: Einleitung. In: Grube/Richter: Die Schwarzmarktzeit. Hamburg 1979 (Hoffmann und Campe), S. 11/12 und 13

Gelungene und mißlungene „Befreiungen"

Wir haben uns von der Gewaltherrschaft des Dritten Reiches nicht selbst befreit. Wir sind aber auch nicht im eigentlichen Sinne befreit worden. Die Gewaltherrschaft wurde vernichtet, zugleich aber das deutsche Volk insgesamt besiegt, das deutsche Land insgesamt besetzt. Unvermeidlicherweise und höchst verhängnisvollerweise. Wir haben uns nicht selbst befreit, wir sind auch nicht selbst befreit worden, wohl aber sind uns bestimmte, definierte „Befreiungen" auferlegt worden.

Von diesen auferlegten Befreiungen ist eine einzige erfolgreich gewesen: die Befreiung vom Militarismus. Die totale Niederlage, mit der der totale Krieg für uns endete, und die Vernichtung oder Entfernung aller Waffen und militärischen Ausrüstungen, Zerstörung, Tod und Mangel haben bei der überwiegenden Majorität des Volkes einen gründlichen Überdruß an Krieg und Militär bewirkt. Man hat genug davon. Ob dieser Überdruß gleichbedeutend ist mit Friedfertigkeit, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist er das Gegenteil von Militarismus . . .

Anders steht es mit der zweiten der auferlegten Befreiungen, mit der „Befreiung vom Nationalsozialismus", der „Entnazifizierung". Diese Befreiung ist mißlungen.

Nicht deswegen, weil der „Nationalsozialismus" als Ideologie sich so mächtig erwiesen hätte, daß er die Niederlage überlebte und den rechtlichen und politischen Maßnahmen trotzte, die zu seiner Ausrottung ergriffen wurden. Der Nationalsozialismus als Ideologie ist nicht das Problem. Das Problem sind die Menschen, die Schuldigen, die Belasteten, die Mitläufer, die „Betroffenen" insgesamt und in ihrer Masse. Weder können wir uns von diesen Menschen befreien, noch kann uns irgend jemand sonst auf der Welt von ihnen befreien. Niemand aber kann sich selbst von seiner Vergangenheit befreien außer durch Reue.

Sternberger, Dolf: Die deutsche Frage. In: Der Monat 1949, 8/9, S. 16—21

Epoche der Restauration

Wir sind dabei, den Frieden zu verlieren. Die Völker Europas haben weder den militärischen Zusammenbruch noch den militärischen Sieg zu nutzen verstanden. Sie haben die Aufgabe nicht gelöst, die ihnen gestellt war: nach dem Zusammenbruch der alten Welt eine menschlichere aufzubauen. Sie haben den Weg des geringsten Widerstandes gewählt. In dem harmlosen Wort „Wiederaufbau" hat sich dieser Weg bereits 1945 angekündigt. Angst, Bedürfnis nach Sicherheit und Bequemlichkeit waren stärker als Mut, Wahrheit und Opfer, und so leben wir denn in einem Zeitalter der Restauration . . .

Als man die Demokratie tropfenweise einzuführen beschloß, eben militärbehördlich reglementiert und bloß „von unten nach oben", in den Gemeinden beginnend, ohne übergreifende Verbindungen und Kraft und auch nur Kenntnis, da war das restaurative Schema schon angelegt: wie sollte man in den vielen tausend Gemeinden, in denen nicht zufällig einer von den Menschen mit neuen Ideen saß, anders beginnen als nach dem alten Rezept? Man bildete die ersten deutschen beratenden Körperschaften nach dem Schema Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken, Protestanten, jede Gruppe 25 Prozent. Damit restaurierte man die alten Parteien und zugleich den alten politischen Gegensatz zwischen den Säkularisierten und den Christen. Man verführte die Deutschen, zum Jahr 1932 zurückzukehren, — unter Abzug der Nationalsozialisten und Militaristen. Die Deutschen freilich ließen es sich gefallen . . .

Dirks, Walter: Der restaurative Charakter der Epoche. In: Frankfurter Hefte. Jg. 5, 1950, H. 9, S. 942 und 946/947

Ein Mittelweg für Deutschland?

Hans Werner Richter über „Deutschland — Brücke zwischen Ost und West" (1. Oktober 1946):

Die Entwicklungstendenz in den großen Demokratien des Westens zeigt den Weg zum Sozialismus an, der Wille zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion den Weg zur Demokratie . . .

Es ist die Synthese zwischen der Freiheit der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Gemeinschaft, zwischen dem Recht auf individuelle Unabhängigkeit und wirtschaftliche Planung, zwischen der Demokratie und dem Sozialismus . . .

Die Brückenbildung als sozialistisches Land und demokratischer Staat zwischen dem Westen und zwischen dem Osten, zwischen der Sowjetunion und den demokratischen Staaten ist Deutschlands politische Möglichkeit.

Aus: Hans Schwab-Felisch (Hrsg.): Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitschrift. München 1962, S. 46—49

Europa verteidigungsfähig machen

Die schweizerische Wochenschrift „Die Weltwoche" beschäftigt sich zu Silvester 1949 mit der Frage der deutschen Wiederaufrüstung: „Der deutschen Einstellung gegen die Einführung einer deutschen Armee haftet eine gefährliche Unlogik an, die nicht versteht, daß heute eine Wiederaufrüstung im Rahmen Europas eben etwas ganz anderes bedeutet als eine bloße Aufrüstung in rein nationalem Rahmen. Ja, wir wagen es, in diesem Zusammenhang zu behaupten, daß heute keiner das Recht hat, sich einen guten Europäer zu nennen, der nicht im Rahmen seiner Kräfte alles tut, was er kann, um Europa verteidigungsfähig zu machen. Dies gilt für die Schweiz genau so wie etwa für Norwegen, Schweden, Frankreich, Belgien oder Deutschland. Ja, es gilt für Deutschland sogar noch mehr als für irgendein anderes Land."

Die Angst vor einem neuen Krieg

Es wird doch schon wieder das Lot
Gerichtet und Steine getragen,
Uhren gehen und schlagen,
Wir essen das tägliche Brot.
Warum, warum habt ihr Angst?

Wir fürchten uns nicht, nur
Daß der Krieg wiederkommt, nur

Daß sie uns, eh wir's gedacht,
Wieder verdingen,
Daß durch die stille Nacht
Die Flammen springen,
Daß uns die Saat verdirbt,
die kaum gesäte,
Daß das Land erstirbt,
Das kaum erspähte,
Der zage Schimmer
hinter dem Tann.
Und dann,
Dann
für immer.

Kaschnitz, Marie Luise: Rückkehr nach Frankfurt. In: Überallnie. Ausgewählte Gedichte 1928—1965. München 1969, S. 80 (Totentanz und Gedichte zur Zeit)

3. Verpaßte Chancen?

Bereits um das Jahr 1949 setzte Kritik an der eigenen Epoche ein, die um Fragen kreiste, ob nach 1945 Chancen des demokratischen Aufbaus versäumt worden seien oder ob in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nur „restauriert" und wieder Politik von „vorgestern" gemacht wurde.

Warum gab es keine Revolution?

Aus der Notsituation nach der Niederlage 1945 ist kein radikaler Umsturz entstanden; die vielfach befürchtete, von manchen auch erhoffte politische Nachkriegskatastrophe blieb aus. Dieses ist freilich nicht allein der Militäraufsicht durch die Besatzungsmächte zuzuschreiben. Eher noch liegen die Gründe dafür in der Erschöpfung der Individuen und der Apathie einer zerrütteten Gesellschaft, aus deren Mitte 4 Millionen gefallene Soldaten und 3,8 Millionen getötete Zivilpersonen zu beklagen waren. Die Gesellschaft verstand sich nicht mehr nach sozialen Kategorien, sondern nach den Schicksalskategorien ihrer Individuen . . .

In der Tat war für die unmittelbaren praktischen Probleme der ersten Nachkriegsjahre der Experimentalraum äußerst begrenzt; und die Aufgaben der Notbewältigung haben überwiegend auf den leichteren, weil besser eingefahrenen Weg einer Restauration früherer Zustände verwiesen. Das schloß allerdings das Scheitern echter politischer Neuorientierung mit ein, so daß die politische Entwicklung in den ersten Nachkriegsjahren heute weithin als eine irritierende Sackgasse gewertet wird. Der damit eingeschlagene Weg des künftigen westdeutschen Teilstaates hat gewiß unter dem Zwang der Umstände gestanden und ist auch von der weltpolitischen Krise des Kalten Krieges bestimmt worden. Aber er hat zugleich eine persönliche Identifizierung der Deutschen mit ihrer politischen Katastrophe verhindert.

Jacobmeyer, Wolfgang: Die Niederlage 1945. In: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945—1949. München 1976 (Beck), S. 22/23

Eine andere Geschichte

Aber ist die Bundesrepublik wirklich der Staat, den die Deutschen damals gewollt, den sie sich erträumt haben?
Es gibt da auch eine andere Geschichte . . .

Eine Geschichte, von der wir nichts wissen oder die wir erfolgreich verdrängt haben: die Geschichte von den verpaßten Chancen, Fehlentscheidungen und Mißerfolgen . . .

Nein, das, was die Deutschen von sich selbst gefordert, aber nicht erfüllt haben (oder was ihnen auch mal verboten worden ist); das, was sie an politischen und gesellschaftlichen Zielen formuliert, aber nicht wirklich angestrebt haben; das, was sie an Moral zur Schau getragen haben, ohne sich in der Wirklichkeit ihres Handelns darum zu kümmern — das sind die Chancen gewesen, die verpaßt worden sind . . .

Wie aber würde Deutschland heute aussehen, wenn, zum Beispiel, die „Antifaschistischen Ausschüsse", die ersten Impulse für einen demokratischen Neuaufbau nach dem Krieg, von den Alliierten nicht verboten worden wären? Wenn die Siegermächte und wenn später die deutschen Politiker bei der Besetzung von Spitzenpositionen nicht die NS-Wirtschaftsführer bervorzugt hätten? Wenn die absurde Entnazifizierung nach amerikanischen Rezepten nicht stattgefunden hätte, dafür aber die NS-

Straftäter schnell und ernstlich verfolgt worden wären? Wenn die schmerzhafte NS-Vergangenheit der Deutschen nicht verleugnet, sondern verarbeitet worden wäre? Wenn der Antikommunismus nicht den Rang einer Staatsreligion bekommen hätte? . . .

Die deutsche Einheit wurde nicht nur von der Sowjetunion, sondern ebenso von den Westmächten unmöglich gemacht. Und vielen deutschen Politikern war die Wiedervereinigung letzten Endes auch gar nicht so wichtig — trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Vergangenheitsbewältigung hat nicht stattgefunden.

Rudolph, Hagen: Die verpaßten Chancen. Hamburg 1979 (Gruner und Jahr), Klappentext und S. 12

Es wurden keine Chancen vertan

Damals in der Stunde Null, so heißt es immer wieder, da hattet ihr die Chance eines wirklichen Neubeginns. Wie habt ihr sie genutzt? Ein leichter Vorwurf schwingt darin mit, ein Bedauern, daß die einmalige Gelegenheit ausgelassen wurde, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Aus der subjektiven Sicht der Nachgeborenen mag an dem Vorwurf etwas dran sein, objektiv halte ich ihn nicht für gerechtfertigt. Die Vorstellungen darüber, wie eine gerechte Gesellschaft beschaffen sein muß, haben sich in den letzten Jahrzehnten radikal gewandelt. Damals wünschten die arg gebeutelten Menschen nichts sehnlicher, als wieder persönliches Eigentum zu erwerben, und sei es nur eine Ziege oder ein Fahrrad.

Wirtschaftliche Ungleichheiten wurden in viel stärkerem Maße als gegeben hingenommen, ohne darunter zu leiden. Es galt als legitim, durch Fleiß und Tüchtigkeit reich zu werden. Eine Veränderung der Gesellschaft in dem Sinne, daß persönliches Eigentum eine untergeordnete Rolle spielt und die kollektiven Einrichtungen überwiegen, wäre nur gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung durchsetzbar gewesen. Was die Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren wurde, entsprach weitestgehend den Idealvorstellungen, die sich die meisten Menschen in der Elendszeit von ihrem künftigen Staat gemacht hatten. Es wäre unfair, einem Staat nach dreißig Jahren einen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich bemüht hat, so zu werden, wie es die große Mehrheit seiner Bevölkerung haben wollte . . .

Wer den Alten vorwirft, sie hätten die Chancen der Stunde Null besser nutzen sollen, übersieht auch die damalige Ausnahmesituation. Essen, Trinken, Anziehen, Wärmen standen in einer so beherrschenden Weise im Vordergrund, daß jeder weiterführende Gedanke einem intellektuellen Luxus gleichkam, den man sich ohne schlechtes Gewissen nicht leisten konnte. Mit knurrendem Magen und kalten Füßen, bei Stromsperre im dunklen Zimmer und ausgehendem Ofen läßt sich nur sehr unvollkommen über eine gerechtere Gesellschaftsordnung nachdenken. In Ausnahmesituationen konzentriert sich alles auf das Nächstliegende, und das waren nicht Ideen zur Beglückung der Menschheit, sondern Pellkartoffeln und Bratheringe . . .

Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit dem psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles. Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungkinder ... alles war entschuldbar mit Krieg und Nachkriegswirren. Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz „Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: „Es ist eben Krieg." Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der „böse Staat" oder das „ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktion erfüllen, die damals die „schlechten Zeiten" hatten.

Surminski, Arno: Einleitung. In: Grube/Richter: Die Schwarzmarktzeit. Hamburg 1979 (Hoffmann und Campe), S. 10—12

4. Die Nachkriegsgeneration und ihre Erben

Damit sind wir bereits zu den Wesensmerkmalen der Generation gelangt, die als die Gründungsgeneration der Bundesrepublik anzusehen ist, und die ich als die „skeptische Generation" untersucht und gedeutet habe. Daß es sich hier um eine andere Generation handelt, mag man an den Lebensspannen ermessen: Wer in dem Jahrzehnt von 1945 bis 1955 zwischen 15 und 25 Jahren alt war, hatte zwar seine Kindheit und frühe Jugend im Dritten Reich verbracht, hatte die parteiorganisierte Welt des Nationalsozialismus erlebt, war zu ihren Zielen und Werten gezogen worden, aber er war nicht ihr ideeller Wegbereiter gewesen. Die Generation, die den Krieg geführt hat, war schon von den Jahrgängen her eine andere als die, die aus dem Krieg herauskam. Insofern ist der Begriff „Kriegsgeneration" mißverständlich, die Kennzeichnung „Nachkriegsgeneration" schon zutreffender. Ihre Grunderfahrung sind der Krieg und der Zusammenbruch, die zerstörte Heimat und die Heimatvertreibung, „die Stunde Null" im Sinne eines ökonomischen und politischen Trümmerfeldes, das Bekanntwerden der nazistischen Verbrechen, die auf Jahre erzwungene Untätigkeit durch die Besatzungsmächte und ihre Demontagen und nicht zuletzt Hunger und materielle Not, die die der Kriegszeit noch übertraf.

Auf diese totale Katastrophe als Folge des totalen Krieges hat diese Jugendgeneration vor allem mit zwei Verhaltensweisen geantwortet:

1. einer Entpolitisierung und Entideologisierung ihres jugendlichen Bewußtseins und Sozialverständnisses und

2. einer ungewöhnlichen Anstrengung, die private und persönliche Welt des Alltags und ihrer Familien, vom Materiellen her angefangen, wieder selbst aufzubauen und zu sichern.

Zum ersten gehört das bekannte „Ohne uns" gegenüber allen Versuchen einer ideologischen Wiedervereinnahmung, gegen eine Aktivität im Parteipolitischen, gegen eine Wiederbewaffnung. Diese Generation hat die Grundlagen ihrer neuen Staatlichkeit nicht frei gewählt, sondern die Besatzungsmächte haben sie in das freiheitlich-demokratische System des Westens eingegliedert. Daß die politische Lebenserfahrung dieser Generation damit in Einklang stand und sie damit diese „Fremdbestimmung" als eigenes Wollen übernahm, machte die sehr bald dann erreichte politische und soziale Stabilität der Bundesrepublik in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens aus.

Hier allerdings hat keine Theorie und kein Bekenntnis geleitet, sondern die erfahrene Gefährdung der vitalsten und einfachsten materiellen Daseinsgrundlagen, die Erschütterung der unmittelbarsten Familienbeziehungen, der Besitz- und Berufsverlust. Sie haben diese durch den totalen Krieg in übermenschlichen Anstrengungen erschöpfte Generation, ja die ganze Bevölkerung, dazu gebracht, nun alle Energie und Arbeitskraft auf den Aufbau ihrer privaten Existenzgrundlagen, ihrer Sicherheit und Wohlfahrt zu lenken. Diese „private", d. h. nicht von einer öffentlich-politischen Idee gesteuerte gemeinsame Leistung bestand auch darin, daß Arbeiter und Unternehmer ihre Betriebe wieder in Gang brachten, daß Wissenschaftler wieder ihre Wissenschaft trieben, Lehrer und Eltern ihre Schulen organisierten, daß selbständige Gewerbetreibende in Mengen aus dem Boden schossen und zum Teil noch heute blühende neue Unternehmen gegründet wurden. Es geschah mit einer gemeinsamen Selbstverständlichkeit, was das Ausland dann das „deutsche Wirtschaftswunder" nannte.

Diese Jugendgeneration des Wiederaufbaus, die „skeptische Generation" ist nicht gescheitert. Sie hat einen Rechtsstaat, eine funktionierende parteienpluralistische Demokratie, einen Wohlfahrts- und Sozialstaat aufgebaut, und ihre ökonomischen und technischen Leistungen können sich in der Welt sehen lassen. Und doch ist sie heute an ihrem Ende angekommen, ja sie und ihr Gemeinwesen sind der Gegenstand des Protestes einer neuen Jugendgeneration, die eben darin ihre Gestaltung gefunden hat. Das war vorauszusehen . . .

Das Sicherheitsverlangen der Generation des Aufbaus der Bundesrepublik war so groß, daß sie ihre Generationserfolge und -leistungen ihren Kindern nur zur Wiederholung und Fortführung anboten. Ihre Daseinsvorsorge und -fürsorge erwartete von ihren Kindern, nur Erben zu sein; um es mit einem abgewandelten Wort von Theodor Heuss zu sagen, man bot den Jungen nur die Aufgabe: „Nun verwaltet man schön!" Gegen diese Rolle als bloßer Erbe protestierte eine neue Generation.

Schelsky, Helmut: Was wurde aus dem Streben nach mehr Demokratie und Selbstbestimmung? In: General-Anzeiger Bonn, 31. Dezember 1979/1. Januar 1980, S. 18

Literaturhinweise

WISSENSCHAFTLICHE DARSTELLUNGEN UND DOKUMENTATIONEN

Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, Fink Verlag, UTB 854, 2. Auflage, München 1987.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, 8 Bände, dtv TB 5964, München 1984.

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 5 Bände, Deutsche Verlagsanstalt, F. A. Brockhaus, Stuttgart/Mannheim, 1983–1987, Band 1: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949.

Grebing, Helga u. a., Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945 bis 1949. Band 1: Die wirtschaftlichen Grundlagen, Band 2: Die Politik und Gesellschaft (Band 7 a und 7 b der Studienreihe Politik), Metzler Verlag, Tübingen 1980.

Grosser, Alfred, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, Hanser Verlag, 7. Auflage, München 1980, auch dtv TB 1007.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1982.

Lilge, Herbert, Deutschland 1945–1963. Zeitgeschichte in Zeit und Quellen, Edition Zeitgeschichte, Verlag Fackelträger, Hannover 1979.

Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland, dtv TB 4011, München 1966.

Weber, Jürgen (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Dokumentation in Text, Bild und Ton; Band 1: Auf dem Weg zur Republik 1945–1947 (1980), Band 2: Das Entscheidungsjahr 1948 (1981), Band 3: Gründung des neuen Staates 1949 (1982), Schöningh-Verlag, Paderborn.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Verlag Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1979.

BILD- UND TEXTDOKUMENTATIONEN, SACHBÜCHER

Böddeker, Günter, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, Ullstein TB 34322, München 1985.

Boelcke, Willi A., Der Schwarzmarkt 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege, Westermann Verlag, Braunschweig 1986.

Friedrich, Heinz (Hrsg.): Mein Kopfgeld. Die Währungsreform – Rückblicke nach vier Jahrzehnten, dtv TB 10901, München 1988.

Grube, Frank/Richter, Gerhard, Flucht und Vertreibung, Deutschland zwischen 1944 und 1947, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1980.

Grube, Frank/Richter, Gerhard, Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1979.

Italiaander, Rolf/Bauer, Arnold/Krafft, Herbert, Berlins Stunde Null 1945. Ein Bild-/Text-Band, 2. Auflage, Droste Verlag, Düsseldorf 1983.

Koch, Thilo/Hubmann, Hans, So fing es an. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1945–1949, Westermann Verlag, Braunschweig 1988.

Meyer, Sibylle/Schulze, Eva, Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben nach 1945, dtv TB 10902, München 1988.

Ruhl, Klaus-Jörg, Die Besatzer und die Deutschen. Amerikanische Zone 1945 bis 1948, Droste Verlag, Düsseldorf 1980.

Ruhl, Klaus-Jörg, (Hrsg.), Deutschland 1945. Alltag zwischen Krieg und Frieden in Berichten, Dokumenten und Bildern, 2. Auflage, Luchterhand Verlag (SL 514), Darmstadt und Neuwied 1985.

Ruhl, Klaus-Jörg, (Hrsg.), Frauen in der Nachkriegszeit. dtv TB 2952, München 1988.

Scherpe, Klaus R. (Hrsg.), In Deutschland unterwegs. Reportagen und Skizzen, Berichte 1945–1948, Reclams UB 7858, Stuttgart 1982.

Thies, Jochen/von Daak, Kurt, Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948. Ein Bild-/Text-Band, Droste Verlag, Düsseldorf 1979.

Trees, Wolfgang/Whiting, Charles, Drei Jahre nach Null. Geschichte der britischen Besatzungszone 1945–1948. Ein Bild-/Text-Band, 2. Auflage, Droste Verlag, Düsseldorf 1981.

Whiting, Charles, Norddeutschland Stunde Null. April–September 1945. Ein Bild-/Text-Band, Droste Verlag, Düsseldorf 1979.

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1. 2. Auflage 1989. Redaktion: Horst Pötzsch, Iris Möckel. Manuskript: Hans-Georg Herrnleben. Grafische Gestaltung: Klaus Werner. Fotos: Archiv der sozialen Demokratie (S. 16: SPD, FDP, CSU). Plakatarchiv der Bank- und Versicherungsoberschule (S. 16: CDU). Süddeutscher Verlag (S. 2, 5 unten, 6, 7 oben, 11, 13, 14, 17, 20, 25, 27). Ullstein (S. 3, 4, 5 oben, 7 unten, 15, 19). Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Verlag GmbH, Postfach 37 01 20, 8000 München 37.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Anforderungen sind an Franzis-Verlag GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Die Hefte werden kostenlos abgegeben.